Parlaments-Bücher.

Zweite Serie. Erster Theil.

Inhalt.

Erste Berathung über den Waffenstillstand von Malmö. Sistirung.

Stuttgart, 1848.
Franz Heinrich Köhler.

Arnold'sche Buchdruckerei. (H. Laupp.)

Verhandlungen über den Waffenstill-stand mit Dänemark.

Ein und siebenzigste Sitzung in der Paulskirche.

Montag den 4. September 1848. (Vormittags 9 Uhr.)

Präsident: **Heinrich v. Gagern.**

Präsident: Es ist mir von dem Reichsminister des Auswärtigen mitgetheilt worden, daß er in der heutigen Sitzung über den Abschluß des Waffenstillstands mit Dänemark der Nationalversammlung Eröffnungen zu machen wünscht. Ich ersuche denselben, das Wort zu nehmen.

Reichsminister **Heckscher**: Meine Herren! Sie haben eben gehört, daß mir von dem Herrn Minister Camphausen die Abschrift des Waffenstillstandes, der am 26. August zu Malmö abgeschlossen wurde, zugestellt worden ist. Es hat seitdem wiederholte Berathung im Ministerrathe stattgefunden. Es ist nicht zu leugnen, daß

sich nicht unwesentliche Abweichungen von dem Inhalte derjenigen Bedingungen in diesem Waffenstillstande finden, welche die Centralgewalt bei der Ertheilung ihrer Autorisation zum Abschlusse desselben aufgestellt hat. Es folgt daraus, meine Herren, zunächst die Berechtigung der Centralgewalt, die definitive Genehmigung dieses Waffenstillstandes zu ertheilen, oder vorzuenthalten. Aus demselben Grunde, und weil dieser Waffenstillstand kein rein militärischer ist, und weil er auf so lange Zeit abgeschlossen ist, wie Sie hören werden, folgt gleichfalls das Stattfinden der analogischen Anwendung derjenigen Vorschrift in dem Gesetze über die Herstellung der Centralgewalt, welches die Centralgewalt nur im Einverständnisse mit der Nationalversammlung ermächtigt, Krieg und Frieden zu schließen. Meine Herren! Zu gleicher Zeit mit dem Waffenstillstande ist dem Reichsministerium des Auswärtigen eine Erläuterungsschrift des Herrn Ministers Camphausen zugestellt worden; der Inhalt derselben wird bei Erörterung der wichtigen Sache mit zur Berathung kommen, dagegen ist mir heute Morgen, und zwar so eben eine neue Zuschrift von dem Herrn Camphausen zugestellt worden, welche ich mich gleichfalls beehren werde, Ihnen sofort vorzulesen. Der Waffenstillstandsvertrag selbst, und alles Wesentliche zur Bildung eines reifen Urtheils über denselben, und das von der preußischen Regierung während der Verhandlungen eingehaltene Verfahren ist zum Druck befördert, und hoffentlich — wenigstens habe ich die nöthigen Verfügungen getroffen — in diesem Augenblick schon in der Druckerei. Diese

sämmtlichen Documente sollen ohne Zeitverlust an die Nationalversammlung vertheilt werden. Es scheint mir — denn ich maße mir kein Urtheil darüber an — im allseitigen Interesse sehr wünschenswerth und angemessen, daß nach Vertheilung dieser Aktenstücke sofort ein besonderer Tag zur Discussion des Waffenstillstandes und des Verfahrens der preußischen Regierung in dieser Sache, sowie zur Beschlußnahme darüber, angesetzt werde, wobei Ihnen dann auch die Anträge des Ministeriums in Beziehung darauf werden vorgelegt werden. Ich bitte Sie nun, meine Herren, mir die Verlesung des Waffenstillstandes und des Schreibens des Ministers Camphausen zu gestatten. Zugleich richte ich aber die Bitte an Sie, kein vorschnelles Urtheil über das Verfahren des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zu fällen; denn er ist sich bewußt, auch bei dieser Gelegenheit seine Pflicht vollständig erfüllt zu haben. Zum vorläufigen Verständniß erlaube ich mir nun noch Folgendes voranzuschicken. Anfangs Juli ist zu Malmö ein Waffenstillstandsentwurf berathen, aber nicht definitiv angenommen worden. Später entstand aus den Berathungen in Bellevue ein weiterer Waffenstillstandsentwurf, der aber die Genehmigung von Dänemark nicht erhielt, wohl aber der Centralgewalt von der preußischen Regierung mitgetheilt wurde. Auf die Grundlage der Stipulationen von Bellevue, und ferner auf die Grundlage mehrerer, diesen Stipulationen von der Centralgewalt beigefügter Modificationen und Zusätze ist von Letzterer die nachgesuchte Autorisation an Preußen zum Abschluß

eines Waffenstillstandes ertheilt worden, den ich jetzt selbst verlese:

„Seine Majestät der König von Preußen in Seinem Namen, wie im Namen des deutschen Bundes, einerseits, und Seine Majestät der König von Dänemark, Herzog von Schleswig und Holstein andererseits, von dem Wunsche beseelt, so schleunig als möglich die Feindseligkeiten zwischen Ihren beiderseitigen Kriegsheeren zu beenden, haben zum Zwecke des Abschlusses eines Waffenstillstandes unter der Vermittelung Seiner Majestät des Königs von Schweden und Norwegen zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich: Seine Majestät der König von Preußen: den Herrn Gustav v. Below, Ihren General-Major à la suite ꝛc. — und Seine Majestät der König von Dänemark: den Herrn Christian Hoyer v. Bille, Ihren Kammerherrn, außerordentlichen Gesandten ꝛc. und den Herrn Holger Christian v. Reedtz, Ihren Kammerherrn ꝛc., welche sich in der Stadt Malmö vereinigt haben, und nach Auswechselung ihrer in guter und gehörig beglaubigter Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. I. Vom Tage der Unterzeichnung der gegenwärtigen Convention an gerechnet, sollen die Feindseligkeiten zu Lande und zur See während sieben Monaten vollständig eingestellt werden, mit einer Aufkündigung von einem Monate für jeden der beiden contrahirenden Theile. Wenn von der einen oder der anderen Seite eine Aufkündigung nicht stattfindet, so wird angenommen,

daß in die Verlängerung des Waffenstillstandes von beiden Theilen gewilligt ist.

Art. II. Würde der Waffenstillstand durch einen der beiden Theile aufgekündigt, so sollen die beiderseitigen Kriegsheere diejenigen Stellungen wieder einnehmen können, welche sie im Augenblicke des Abschlusses der gegenwärtigen Convention inne haben, und welche von zweien durch die commandirenden Generale ad hoc delegirten Offizieren auf einer Karte verzeichnet werden sollen.

Art. III. Die durch die Seemacht Seiner Majestät des Königs von Dänemark bewerkstelligten Blokaden sollen unverzüglich nach Auswechselung der Ratifications-Urkunden aufgehoben, und die hierzu erforderlichen Befehle, wenn irgend möglich, an demselben Tage den Befehlshabern der königlich dänischen Kriegsschiffe zugefertigt werden.

Art. IV. Alle Kriegs- und politische Gefangene sollen von beiden Theilen ohne Verzug und Vorbehalt in Freiheit gesetzt werden.

Art. V. Alle Schiffe, welche seit dem Beginne des Krieges aufgebracht oder mit Beschlag belegt sind, sollen binnen 12 Tagen nach der Unterzeichnung dieser Convention, oder früher, wenn dieß möglich ist, mit ihren Ladungen freigelassen werden: Preußen, sowohl in seinem eigenen Namen, als im Namen des deutschen Bundes, willigt darein, daß Dänemark für die Requisitionen in natura, die in Jütland für Rechnung der preußischen und Bundes-Truppen erhoben sind, entschä-

digt werde, und Dänemark verpflichtet sich seinerseits, den Werth der Schiffe oder Ladungen zu ersetzen, welche etwa verkauft sind, und nicht in natura zurückgegeben werden können.

Art. VI. Die beiden Herzogthümer, sowie die dazu gehörigen Inseln sollen sowohl von den dänischen Truppen, wie von denen des deutschen Bundes in dem Zeitraume von 12 Tagen, nachdem die betreffende Ordre den Oberbefehlshabern zugekommen seyn wird, geräumt werden. Jedoch soll es dem deutschen Bunde, wie Seiner Majestät dem Könige von Dänemark gestattet sein, die für den deutschen Bund in der Stadt Altona, sowie auf anderen Punkten der beiden Herzogthümer, und für Seine Majestät den König von Dänemark auf der Insel Alsen sich befindenden Hospitäler und Militär-Depots von Abtheilungen, resp. deutscher Bundes- und dänischer Truppen bewachen zu lassen, welche sowohl für den einen, wie für den andern der beiden Theile die Anzahl von 2000 (zweitausend) Mann nicht überschreiten sollen.

Die aus dem Herzogthume Schleswig gebürtigen Soldaten, welche sich gegenwärtig im Militärdienste in den Herzogthümern befinden, sollen, in besondere Abtheilungen formirt, im Herzogthume Schleswig stationirt werden. Diese Abtheilungen sollen, zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, unter die Befehle der in Gemäßheit des folgenden Artikels einzusetzenden Regierungsbehörde gestellt werden, welcher Letzteren es zustehen soll, zur Erleichterung des Landes, diejenigen Offiziere und Soldaten in ihre Heimath zu

entlassen, welche als für den Dienst nicht nöthig erachtet werden. Die im Herzogthume Holstein zu stationirende Militärmacht soll aus der gegenwärtigen Kopfzahl der regulären Truppen dieses Herzogthumes bestehen, welche einen Theil der deutschen Bundesarmee ausmachen. Diese holsteinischen Truppen werden zur Verfügung der Regierung der beiden Herzogthümer gestellt, dürfen aber nur in Folge einer Verständigung zwischen der Regierung der Herzogthümer und dem Oberbefehlshaber der deutschen Bundesarmee vermindert werden.

Art. VII. Die beiden contrahirenden Theile sind übereingekommen, für die Dauer des Waffenstillstandes eine gemeinsame Regierung für die beiden Herzogthümer einzusetzen, welche ihre Amtshandlungen im Namen Seiner Majestät des Königs von Dänemark in ihrer Eigenschaft als Herzog von Schleswig und Holstein und mit Dero Machtvollkommenheit ausüben wird, mit Ausnahme der gesetzgebenden Gewalt, die während der Dauer des Waffenstillstandes ruht. Diese Regierung wird aus fünf aus den Notabeln der beiden Herzogthümer zu wählenden Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche allgemeine Achtung und Ansehen genießen. Zwei von diesen Mitgliedern werden von Seiner Majestät dem Könige von Preußen, Seitens des deutschen Bundes, für das Herzogthum Holstein, und zwei von Seiner Majestät dem Könige von Dänemark, Herzoge von Schleswig und Holstein, für das Herzogthum Schleswig ernannt werden. Das fünfte dieser Mitglieder, welches die Functionen des Präsidenten der gemeinsamen Regierung der beiden

Herzogthümer zu übernehmen hat, wird in Folge gemeinschäftlicher Einigung von Ihren erwähnten Majestäten ernannt werden. Man ist dahin übereingekommen, daß weder die vor dem 17. März c. angestellt gewesenen Regierungsmitglieder (schleswig-holsteinische Regierung), noch Diejenigen, welche die Regierung seit dieser Epoche gebildet haben, in diese neue Verwaltungsbehörde eintreten können, welche letztere sobald als möglich und spätestens 14 (vierzehn) Tage nach Unterzeichnung der gegenwärtigen Convention in Function treten soll.

„Man hat sich ferner darüber verständigt, daß alle und jede, seit dem 17. März c. für die Herzogthümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln im Augenblick des Amtsantritts der neuen Regierung aufgehoben werden sollen; jedoch soll der Letzteren das Recht zustehen, solche, nach dem 17. März c. erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln wieder in Kraft treten zu lassen, deren Aufrechterhaltung ihr unerläßlich oder für den regelmäßigen Geschäftsgang ersprießlich erscheint, welche indessen keinenfalls etwas den Bestimmungen des Art. XI (eilf) Widersprechendes enthalten dürfen.

Art. VIII. Seine Majestät der König von Preußen, im Namen des deutschen Bundes, und Seine Majestät der König von Dänemark, sollen das Recht haben, Jeder Seinerseits einen Commissär zu ernennen, um in den Herzogthümern während der Dauer des Waffenstillstandes zu residiren, und vermittelnd über die Ausführung vorstehender Stipulationen zu wachen, sowie über die un-

parteiische Anwendung zu Gunsten der dänischen wie der deutschen Bevölkerung.

Art. IX. Das Herzogthum Lauenburg soll während der Dauer des Waffenstillstandes von einer Commission verwaltet werden, zu welcher Seine Majestät der König von Preußen, im Namen des deutschen Bundes, ein Mitglied, Seine Majestät der König von Dänemark in Seiner Eigenschaft als Herzog von Lauenburg, das zweite Mitglied ernennen, und beide Souveräne Sich über die Wahl des dritten Mitgliedes, des Vorsitzenden der Regierung des Herzogthums, vereinigen werden. Diese Behörde wird das Herzogthum Lauenburg im Namen Seiner Majestät des Königs von Dänemark, Herzogs von Lauenburg, in der Weise verwalten, wie solches im Art. VII (sieben), in Betreff der Herzogthümer Schleswig und Holstein, festgesetzt worden ist. Es wird von einer Verständigung zwischen dieser Verwaltungsbehörde und dem Oberbefehlshaber der deutschen Bundestruppen abhängen, ob es zweckdienlich ist, eine Abtheilung der deutschen Bundestruppen in das Herzogthum Lauenburg zur Verfügung der gedachten Behörde einrücken zu lassen.

Art. X. Die beiden contrahirenden Theile werden Großbritannien um die Garantie für die genaue Ausführung der Artikel der gegenwärtigen Waffenstillstands-Convention ersuchen.

Art. XI. Es ist ausdrücklich verstanden, daß die Bestimmungen dieser Convention in keiner Weise den Bedingungen des definitiven Friedens präjudiziren, über welchen die Verhandlungen unmittelbar eröffnet werden

sollen, und daß weder der deutsche Bund noch Dänemark die Ansprüche und Rechte aufgeben, welche Sie Jederseits geltend gemacht haben.

Art. XII. Die gegenwärtige Convention soll ratificirt, und die Ratificationsurkunde innerhalb eines Zeitraums von 8 (acht) Tagen, vom Tage der Unterzeichnung an gerechnet, in Lübeck ausgewechselt werden. Die gegenwärtige Convention ist in doppelten Exemplaren, in französischer, dänischer und deutscher Sprache ausgefertigt worden. Man ist übereingekommen, daß die über die Auslegung derselben etwa entstehenden Zweifel nach der Fassung des französischen Textes entschieden werden sollen. Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten die gegenwärtige Convention vollzogen und ihre Siegel beidrücken lassen. So geschehen zu Malmö den 26. August 1848. Gez. Gustav v. Below. (L. S.) Bille. (L. S.) Reedtz."

Es finden sich zu diesem Vertrage folgende Separatartikel.

„Behufs Vervollständigung und Erläuterung der Artikel des unter dem heutigen Tage abgeschlossenen Vertrages, sind die unterzeichneten Bevollmächtigten über folgende Punkte übereingekommen:

1) Mit Bezug auf Art. II.

Die Fortifications-Arbeiten, welche während der Feindseligkeiten auf beiden Seiten ausgeführt sind, sollen während der Dauer des Waffenstillstandes in dem Zustande verbleiben, in welchem sie sich heute befinden.

2) Mit Bezug auf Art. III.

Sofort nach dem Austausche der Ratificationsurkunde sollen Dampfschiffe mit königlich-dänischen Offizieren abgesandt werden, um den Befehlshabern der königlich-dänischen Kriegsflotte die Aufhebung der Blokaden zu überbringen. Diese Sendungen werden bezüglich der Nordseehäfen von Preußen, und hinsichtlich der Ostseehäfen von Dänemark bewirkt werden.

3) Mit Bezug auf Art. IV.

Alle Kriegs- und politischen Gefangenen sollen sofort nach Auswechselung der Ratificationsurkunden nach Eckenförde gebracht und in die Hände derjenigen Offiziere überantwortet werden, die zu ihrem Empfange gehörig ermächtigt sein werden.

4) Mit Bezug auf Art. VI.

Die militärischen Streitkräfte in dem Herzogthum Holstein sollen, in Betreff der militärischen Disciplin, unter die Befehle desjenigen Generals der deutschen Bundesarmee gestellt werden, den Seine Majestät der König von Preußen zu diesem Zwecke ernennen wird.

5) Mit Bezug auf Art. VII.

Indem festgesetzt worden ist, daß alle Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln jeder Art, die seit dem 17. März c. in Bezug auf die Herzogthümer erlassen sind, aufgehoben werden sollen, so begreift gegenwärtige Convention sowohl die in Kopenhagen, als die in demselben Zeitraume in den Herzogthümern erlassenen. Die gemeinsame Regierung der Herzogthümer wird so bald als möglich eine Specification derjenigen Gesetze,

Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln bekannt machen, die wieder in Kraft treten sollen.

6) Zu den Befugnissen der gemeinschaftlichen Regierung soll auch diejenige gehören, die Prozesse wegen politischer Vergehen niederzuschlagen.

7) Mit Bezug auf denselben Artikel.

Die Posten und sonstigen inneren Communicationen sollen wieder ihren regelmäßigen Lauf nehmen, und das Postamt zu Hamburg soll wiederhergestellt werden.

Die vorstehenden Bestimmungen sollen dieselbe Kraft und Giltigkeit haben, als wenn sie in der heute abgeschlossenen Uebereinkunft aufgeführt ständen, und werden gleichzeitig ratificirt werden. Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Separatartikel unterzeichnet und demselben ihre Siegel beigedruckt. — So geschehen zu Malmö, den sechs und zwanzigsten August ein tausend achthundert und acht und vierzig (1848). Gez. Gustav v. Below. (L. S.) (L. S.) Bille. (L. S.) Reedtz."

Es finden sich nun endlich zwei Zusatzartikel, welche sich beziehen auf die Bezeichnung derjenigen Personen, welche theils in den Herzogthümern Schleswig und Holstein, theils in Lauenburg die interimistische Regierung bilden sollen:

„Zusatz-Artikel I. Zur Ausführung des Art. VII des unter dem heutigen Tage abgeschlossenen Vertrages und in Uebereinstimmung mit der Art und Weise, welche dieser Artikel festsetzt, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten Seitens ihrer resp. Souveräne, Seiner

Majestät des Königs von Preußen, und Seiner Majestät des Königs von Dänemark, folgende Personen für die gemeinschaftliche Regierung der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein bezeichnet, nämlich: für die Präsidentenstelle: Seine Excellenz den Grafen Carl Moltke-Nütschau; als Stellvertreter: den Baron Adolf Blome zu Falkenberg; als Regierungsmitglieder: den Kammerherrn Baron Josias Friederich Ernst v. Heintze zu Bordersholm, den Etatsrath Thomas Prehn zu Ploen, den Landvogt Johann Friedrich Boysen zu Heyde, den Ober-Apellations-Gerichtsrath Alexander Friedrich Wilhelm Preußer zu Kiel; als Stellvertreter: den Kammerjunker Adolf v. Warnstedt, den Grafen Theodor Reventlov-Gersbeck, den Kammerherrn Adolf Bernhard Wilhelm Erdmann v. Moltke, den Justizrath und Bürgermeister Christian Friedrich Callisen in Flensburg. — Diese Wahlen sollen der Ratification der resp. Souveräne unterbreitet werden, und die bezeichneten Personen so bald als irgend möglich nach der Auswechslung der Ratificationsurkunden in Function treten. — Zu Urkund Dessen haben die Unterzeichneten diesen Zusatz-Artikel vollzogen und demselben ihre Siegel beidrucken lassen. — So geschehen zu Malmö den sechs und zwanzigsten August des Jahres ein tausend achthundert und acht und vierzig (1848). — (Gez.) Gustav v. Below. (L. S.) (L. S.) Bille. (L. S.) Reedtz.

Zusatz-Artikel II. Zur Ausführung des Art. IX der unter dem heutigen Tage abgeschlossenen Ueberein-

kunft und in Gemäßheit der Art und Weise, welche dieser Artikel festsetzt, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten, Seitens ihrer resp. Souveräne, Seiner Majestät des Königs von Preußen, und Seiner Majestät des Königs von Dänemark, folgende Personen für die Verwaltung (Regierung) des Herzogthums Lauenburg bezeichnet, nämlich: für die Präsidentenstelle: Seine Excellenz den Grafen Christian Andreas Friedrich v. Rantzau-Ratzdorff; als Regierungsmitglieder: den Kammerherrn Grafen Gottfried v. Reventlov, den Etatsrath Gustav Susemihl; als Stellvertreter: den Vice-Landmarschall Bülow zu Mussen, den Assessor Hartwig v. Linstow. — Diese Wahlen sollen der Ratification der resp. Souveräne unterbreitet werden, und die bezeichneten Personen so bald als möglich, nach dem Austausche der Ratificationsurkunden in Function treten. — Zu Urkund Dessen haben die Unterzeichneten diesen Zusatz-Artikel vollzogen und demselben ihre Siegel beigedruckt. — So geschehen zu Malmö, den sechs und zwanzigsten August ein tausend acht hundert und acht und vierzig (1848). (Gez.) Gustav v. Below. (L. S.) (L. S.) Bille. (L. S.) Reedtz."

Das letzte Actenstück, meine Herren, das ich zu verlesen habe, ist die bereits erwähnte Zuschrift des Ministers Camphausen, welche mir unmittelbar vor der heutigen Sitzung zugestellt worden ist, und welche folgendermaßen lautet:

„In der Unterredung, welche ich gestern mit Eurer Excellenz hatte, machten Sie auf den wiederholt in dem

Waffenstillstands-Vertrage mit Dänemark vorkommenden Ausdruck „deutscher Bund" aufmerksam, und ich nehme daraus Veranlassung, zu wiederholen, daß ich jenen Ausdruck nach Lage der Verhältnisse als den einzig richtigen ansehen muß. Er war in den früheren Projecten gebraucht, auch in demjenigen, welches von dem Reichsministerium als Grundlage der weiteren Verhandlung angenommen wurde, ohne daß mir hinsichtlich jenes Ausdrucks eine Bemerkung gemacht worden wäre. Ihn durch die Worte „provisorische Centralgewalt" oder „Erzherzog-Reichsverweser" zu ersetzen, würde unzuläßig gewesen seyn, weil die Notification der hinsichtlich der Centralgewalt für Deutschland eingetretenen Aenderung und des Antrittes Seiner kaiserlich königlichen Hoheit an Dänemark noch nicht ergangen, und Preußen weder beauftragt noch berechtigt war, seinerseits die Notification zu bewirken. Lag hierin ein formelles Bedenken, so wurde es in völlig genügender Weise dadurch beseitigt, daß Preußen im Namen Deutschlands handelte, also selbstredend auch im Namen der provisorischen Centralgewalt Deutschlands. Sobald aber das Land nicht die Regierung des Landes, der Bundesstaat nicht die Regierung des Bundesstaates zu nennen war, konnte keine andere Bezeichnung, als geschehen, gewählt werden. Abgesehen davon, daß in Folge des Beschlusses der Nationalversammlung vom 28. Juni zwar der Bundestag, keineswegs aber der Bund der deutschen Staaten selbst aufgehoben worden ist, kennt das Ausland nur den Namen „deutscher Bund", und wenn auch die Wahrschein-

lichkeit vorliegt, daß künftig ein anderer Name angenommen werden wird; so ist es doch bis heute nicht geschehen, und die königliche Regierung würde nicht befugt gewesen seyn, hierin vorzugreifen. — Daß Seine Majestät der König nicht nur im Namen des deutschen Bundes, sondern auch im eigenen Namen handelte, wird schon deßhalb einer besonderen Erläuterung nicht bedürfen, weil die Vollmacht für die königliche Regierung von Seiner kaiserlich königlichen Hoheit dem Erzherzog-Reichsverweser vorzüglich zu dem Zwecke erbeten und bewilligt worden war, um das Hemmniß zu beseitigen, welches bei den Verhandlungen zu Bellevue der Vorbehalt der Ratification erzeugt hatte. Indem die königliche Regierung sich auf Grund jener Vollmacht zum Abschlusse ohne Vorbehalt ermächtigt erklärte, mußte sie selbstredend auch im eigenen Namen die Ausführung verbürgen, und Dänemark gegenüber die Verantwortlichkeit für ihre Handlungen übernehmen, die sie als Bundesglied bei der Centralgewalt allein zu vertreten hatte. — Je lebendiger aber die königliche Regierung das Vertrauen würdigt, welches Seine kaiserlich königliche Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser in ihre Hand gelegt, die Verantwortlichkeit, welche das Reichsministerium der Nationalversammlung gegenüber übernommen hat, um so schmerzlicher würde sie es empfinden, wenn die Ansicht Raum gewänne, daß sie es an Bemühungen habe fehlen lassen, um jenem Vertrauen zu entsprechen, daß sie, ihr Mandat überschreitend, nicht zu Gunsten Deutschlands das Erreichbare erreicht habe. — Die Darstellung,

welche ich gestern Euer Excellenz einzureichen die Ehre hatte, war meines Erachtens geeignet, das Streben der königlichen Regierung, das ihr gewordene Mandat treu zu erfüllen, ausreichend zu bekunden. Wenn dennoch, wie ich aus einigen Aeußerungen schließen mußte, die Waffenstillstands-Bedingungen auf das Reichsministerium den Eindruck nicht genügender Uebereinstimmung mit dem Inhalte der Vollmacht gemacht haben, so darf ich mich der Hoffnung überlassen, daß bei einer lediglich sachlichen Prüfung und Vergleichung dieser Eindruck sich verwischen werde. Allerdings wird an eine solche Prüfung mit der Unterstellung gegangen werden müssen, daß der Auftrag der königlichen Regierung nicht darauf beschränkt war, einen in wörtlicher Fassung feststehenden Vertragsentwurf zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen, daß sie vielmehr den Auftrag hatte, auf Grundlage eines bestimmten Entwurfs eine Negociation zu eröffnen, und bei den verschiedenen Wendungen dieser Negociation dahin zu streben, mit dem Geiste der Vollmacht, mit den Intentionen des hohen Machtgebers im Einklange zu bleiben. Der königlichen Regierung war es unbenommen, günstigere Bedingungen zu erwirken, wie in einigen Punkten wirklich geschehen; sie mußte sich ebenfalls befugt halten, bei der Nothwendigkeit der Abänderung einer einzelnen Bestimmung das Aequivalent derselben in einer anderen Form anzunehmen. Eine in diesem Geiste angestellte prüfende Vergleichung der Vollmacht mit dem Waffenstillstands-Vertrage in seinem ganzen Umfange wird, davon bin ich

überzeugt, zu einem befriedigenden Resultate führen. Ich werde sie, nach dem, was ich Euer Excellenz bereits schriftlich und mündlich vorgetragen habe, hier nicht nochmals im Einzelnen versuchen. Doch will ich mir gestatten, auf zwei Punkte kurz zurückzukommen. — Zu der im Artikel VII. des Entwurfs von Bellevue enthaltenen Bestimmung, daß die Herzogthümer nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen verwaltet werden sollen, mußte von dem diesseitigen Bevollmächtigten ein durch die Vollmacht Seiner kaiserlich königlichen Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers bedingter Zusatz beantragt werden, bei dessen Erörterung sich ergab, daß die dänische Regierung jener früheren Fassung einen ganz anderen Sinn unterlege, als wir ihr unterlegt hatten, indem sie nämlich zu den bestehenden Gesetzen und Verordnungen die in Kopenhagen erlassenen gerechnet wissen sollte. Ohne Zurücknahme dieser Interpretation war der Artikel VII. auch mit wörtlicher Hinzufügung des fraglichen Zusatzes nicht nur unannehmbar, sondern geradezu unmöglich." . . .

Um Ihnen das Verständniß hierüber zu erleichtern, meine Herren, muß ich Ihnen Folgendes sagen: Es stand in der Stipulation von Malmö, daß die interimistische Regierung zu regieren habe nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen, und es wurde als eine nothwendige Erläuterung von der Centralgewalt verlangt, daß ausdrücklich gesagt werde, es seien unter diesen bestehenden Gesetzen und Verordnungen zu ver-

stehen alle bis dahin erlassenen Gesetze und Verordnungen. Weiter heißt es in diesem Schreiben:

„Würde die königliche Regierung richtig gehandelt haben, wenn sie in der Unmöglichkeit, die Vollmacht wörtlich auszuführen, die Verhandlungen abgebrochen hätte? Sie glaubte vielmehr, dem Sinne der Vollmacht gemäß zu verfahren, indem sie die Intention der provisorischen Centralgewalt, welche den anerkannten Bestand der nothwendigen, von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze und Verordnungen sichern wollte, zur Verwirklichung zu bringen strebte. — Der zweite Punkt betrifft die Dauer des Waffenstillstandes, in welcher ich eine erhebliche, oder nachtheilige Aenderung nicht zu entdecken vermag. Folgt, wie begründete Aussicht vorhanden ist, dem Waffenstillstand ein baldiger Frieden, so ist die für ersteren festgesetzte Dauer völlig gleichgiltig. Wäre hingegen Deutschland das Loos beschieden, nach Ablauf des Waffenstillstandes den Krieg erneuern zu müssen, so würde derselbe nach der dermaligen Weltlage eine Natur annehmen, zu welcher, um den Kampf erfolgreich zu bestehen, Deutschland einer mehr als dreimonatlichen Vorbereitung bedarf. Zudem würde die längere Frist zum Vortheil der beabsichtigten Bildung einer deutschen, in den abgelaufenen Monaten so schmerzlich entbehrten Marine nützlich verwendet werden können. — Wenn aber die von mir aufgestellte Ansicht nicht überall getheilt, wenn behauptet werden sollte, daß der von der königlichen Regierung vermittelte und in Vollziehung begriffene Waffenstillstand über die Vollmacht

Sr. kaiserlich königlichen Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers hinausgehe; so hege ich die innige Ueberzeugung, daß selbst in diesem Falle die Intention der königlichen Regierung die gerechte Würdigung finde, auf welche ich den Anspruch erhebe. Vor dem Vorwurfe würde ich die Regierung vollkommen gesichert erachten, daß in ihrem Verfahren die schuldige Rücksicht für die Centralgewalt entbehrt werde. Ich darf daran erinnern, daß schon einmal die Waffenstillstands-Verhandlungen ihrem Abschlusse nahe waren, und hauptsächlich deßhalb abgebrochen wurden, weil die Regierung wegen des inzwischen erfolgten Amtsantrittes die Ratification Sr. kaiserlich königlichen Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers nachträglich vorbehalten wollte, obwohl eine staatsrechtlich noch giltige Vollmacht des ehemaligen Bundestages in ihren Händen ruhte. Damals hat die königliche Regierung keinen Anstand genommen, der Rücksicht für die Centralgewalt in einem Umfange nachzugeben, der in anderen Richtungen erhebliche Inconvenienzen für sie zur Folge haben mußte, über welche die Erwartung der Anerkennung ihrer Gesinnung sie hinausschob. Noch weniger darf die Regierung besorgen, daß sie, im Besitze einer Vollmacht für die Gesammtheit, zu particularem Vortheile gehandelt zu haben, verdächtigt werde. Preußen hat in der schleswig'schen Angelegenheit niemals ein Sonderinteresse als Particularstaat vor Augen gehabt, noch haben können; es hat vom Anfange bis zum Ende als deutscher Staat für die deutsche Sache gehandelt, und welche Wendung das

öffentliche Urtheil auch nehme, so ist Preußen unter allen Umständen davor gesichert, Das, was es für Deutschland hingegeben, als Gaben im Particular-Interesse schildern zu hören. Daß hingegen die Regierung den schwer verletzten Interessen des Volkes in ihren ernsten Erwägungen ein hohes Gewicht beilegte, Dessen will sie sich vor Deutschland nicht anklagen, sondern rühmen. — Die Regierung würde um so mehr auf die Annahme rechnen dürfen, daß sie bei Ausführung ihrer Vollmacht im deutschen Interesse zu handeln sich bewußt war, als seit dem Tage, wo Seine kaiserlich königliche Hoheit, der Erzherzog-Reichsverweser, Preußen zu bevollmächtigen sich entschloß, die Stellung der europäischen Mächte zu der dänischen Angelegenheit und die politische Lage überhaupt eine erhebliche Aenderung erlitten hat. — Euer Excellenz ist diese Wahrnehmung, wenn auch nicht in dem Maaße, wie bei vollständig geregeltem diplomatischen Verkehr der königlichen Regierung sie sich aufdringen mußte, ebenfalls nahe getreten, und ich darf mich daher des Eingehens auf Einzelnes enthalten. Im Allgemeinen mag die Aufmerksamkeit, welche das Ausland in verschiedenartiger Form der Centralgewalt und der Nationalversammlung widmet, als das Zeichen willkommen seyn, daß in der Fremde der Glaube wächst, es werde dieses Mal dem deutschen Volke der Versuch der Einigung gelingen. Um so mehr werden wir dahin streben müssen, keine Spalte offen zu lassen, in welche bei Gelegenheit ein trennender Keil eingezwängt werden könnte. Und sowie auch diese Rück-

sicht die königliche Regierung bestimmte einen Waffenstillstand anzunehmen, der, ohne dem der Centralgewalt und der Nationalversammlung vorbehaltenen Friedensschlusse vorzugreifen, diesen Friedensschluß vorbereitet und erleichtert, so darf ich hoffen, daß dieselbe Rücksicht bei Vergleichung der Bedingungen des Vertrages mit der Vollmacht zu seinem Abschlusse leitend sein werde. — Ich erneuere Ew. Excellenz die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung. — Frankfurt a. M., den 3. September 1848. -- Camphausen."

Nach Verlesung dieser verschiedenen Actenstücke erlaube ich mir den unmaßgeblichen Antrag: „daß die hohe Versammlung beschließen wolle, nach Vertheilung der zum Drucke verordneten Acten einen Tag zur Erörterung dieser Angelegenheit zu bestimmen." (Stimmen von der Linken: Die Vollmacht!) Meine Herren! Die Vollmacht ist in die Druckerei geschickt worden. (Einige Stimmen von der Linken: Die Vollmacht ist die Hauptsache.) Sie können mir ebenso gut sagen, meine Herren, die Stipulation von Malmö, die Stipulation von Bellevue seien wesentliche Actenstücke zur Beurtheilung der Bedingung des Waffenstillstandes, und ich muß Ihnen das zugeben. Allein die Vollmacht, meine Herren, ist ohne die anderen Actenstücke gar nicht zu verstehen, und sie müssen daher gleichzeitig vorgelegt werden, und das soll, meine Herren, in kürzester Frist geschehen.

Präsident: Meine Herren! In Bezug auf diese Angelegenheit ist mir gestern Abend von Herrn Dahlmann eine Interpellation eingehändigt worden, die ich

heute früh dem Ministerium mitgetheilt habe. Herr Dahlmann verlangt die Interpellation zu verlesen, obwohl sie großentheils erledigt, wenigstens vorläufig durch die Mittheilung des Herrn Reichsministers erledigt zu seyn scheint.

Dahlmann von Bonn: Meine Herren! Am gestrigen Tage, mithin bevor ich auf officiellem Wege die Bedingungen des Waffenstillstandes kennen konnte, habe ich eine Interpellation in der schleswig-holstein'schen Sache an unsern Herrn Präsidenten schriftlich eingereicht. Ich bitte um die Erlaubniß, diese Interpellation vorlesen zu dürfen:

„Da der erfolgte Abschluß eines Waffenstillstands mit Dänemark gegenwärtig außer Zweifel steht, die Bedingungen desselben aber sehr verschiedenartig angegeben werden, so stellt der Unterzeichnete an den Herrn Reichsminister des Auswärtigen folgende Fragen:

1) Ist es gegründet, daß vermöge dieser Bedingungen die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein nicht allein aufgelöst wird, sondern auch die von derselben erlassenen Gesetze und Verfügungen sämmtlich aufgehoben sein sollen? wodurch jener von der deutschen Bundesversammlung, von der Krone Preußens, und endlich von der deutschen Centralgewalt förmlich anerkannten provisorischen Regierung, deren Bevollmächtigter in Frankfurt residirt, kraft deren Anordnung die Abgeordneten von Schleswig-Holstein in der deutschen Nationalversammlung sitzen, plötzlich der Charakter einer ungesetzlichen Gewalt beigelegt wäre,

2) Ist es gegründet, daß eben diese Stillstandsbedingungen den Grafen Karl v. Moltke, also den Mann, auf dem ganz hauptsächlich die Anklage der Schleswig-Holsteiner lastet, daß er die Beschwerden der Herzogthümer gegen Dänemark auf die äußerste Spitze getrieben habe, an die Spitze der neuen interimistischen Regierung über die Herzogthümer stellen? was nichts Anderes hieße, als die innere Ruhe und Ordnung dort der höchsten Gefahr aussetzen.

3) Ist es gegründet, daß bei der Ausführung des Waffenstillstands die schleswig'schen Truppen von den holsteinischen getrennt werden sollen? wodurch außer der Störung der militärischen Organisation eine Trennung beider Herzogthümer angebahnt würde.

4) Ist es endlich gegründet, daß dieser Waffenstillstand auf volle sieben Monate geschlossen ist? wodurch den deutschen Waffen gerade die gelegenste Jahreszeit, um von der dänischen Regierung einen vortheilhaften Frieden zu erzwingen, entzogen wäre.

Würden diese vier Fragen bejaht, so würde sich

5) die Frage daran knüpfen: Sind jene vier Zugeständnisse unter Genehmigung des Reichsministeriums des Auswärtigen erfolgt, oder beabsichtigt das Ministerium, seine Genehmigung zu versagen?

Meine Herren! Sie haben inzwischen die Bedingungen des Waffenstillstands auf officiellem Wege vernommen. Ich darf Sie nur an Eins erinnern: Am 9. Junius, vor noch nicht drei Monaten wurde hier in der Paulskirche beschlossen, daß in der schleswig-holstein'schen

Sache die Ehre Deutschland's gewahrt werden solle, die Ehre Deutschland's! (Stürmischer Beifall.)

v. Nappard von Glambek: Meine Herren! Ich habe Ihnen in meinem Namen und im Namen der Deputirten Heinrich Simon, Reh, Schoder, Max Simon, Golz, Vischer, Vogel von Guben, Eckart, Murschel, Freudentheil, Wagner, Falk, Haggenmüller, Rühl, v. Reden, Melly, Schulz, Hehner, Federer, Müller, Venedey, Wiethaus, Andersen, Engel, Sonnenkalb, in Bezug auf diese Angelegenheit folgenden Antrag zu stellen:

„Daß dem gedachten Waffenstillstand Seitens der Nationalversammlung die Zustimmung zu versagen, und die Centralgewalt zur ungesäumten Vollziehung des Beschlusses vom 9. Juni d. J., nach welchem der Krieg mit Dänemark energisch zu führen, und das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein, sowie die Ehre Deutschland's zu wahren, aufzufordern sei. —

Meine Herren! Wir fühlen Alle, daß die Stunde der Entscheidung da ist. (Viele Stimmen: Ja!) Niemals ist Besonnenheit und Ruhe so noth gewesen, als jetzt, wo alle unsere Leidenschaften entflammt sind. Ich fühle wohl die Wahrheit des Wortes, daß die vollste Kraft sich in der Mäßigung zeige. Aber wenn der Löwe sich niemals zum Sprunge streckt, sondern immer ruhigen Trabes dahintrollt, wird man endlich glauben, er habe sein Fell nur geborgt, und die höhnende Menge wird sich um ihn drängen und ihn erdrücken, bevor er seine Stimme erhebt und sich kund thut. Und dieß darf

nicht unser Fall sein, hier thut ein rascher Entschluß noth. Der Waffenstillstand wird schon in Ausführung gebracht, die Truppen ziehen sich zurück, und ganz Europa sendet aus allen Fenstern seine höhnenden Blicke auf unsern Rückzug. Fassen Sie sofort Ihre Entscheidung, und nach unserm Antrage. (Stürmisches Bravo.)

Präsident: Herr Waitz hat das Wort. — Meine Herren! Ich bitte um Ruhe!

Waitz von Göttingen: Meine Herren! Ich erscheine nicht in diesem Augenblick, um meinen Gefühlen hier an diesem Platze Luft zu machen; — es entgeht Keinem in dieser Versammlung, daß wir uns in einer Krisis befinden, bedeutend nicht allein für Schleswig-Holstein, nein, für Deutschland. — Meine Herren! Sie haben die Verlesung des Waffenstillstands-Vertrags gehört, Sie haben Dahlmann's Worte, Sie haben den Antrag verehrter Mitglieder gehört; wir werden darüber berathen, und es wird auch mir dann vergönnt seyn, meine schwache Stimme darüber laut werden zu lassen. Heute, meine Herren, will ich Sie auffordern, die Sache in ruhigem, aber raschem Gange der Verhandlung zu übergeben. Wir müssen die Papiere prüfen, um ein entscheidendes, ein über Deutschland entscheidendes Urtheil auszusprechen. Wir dürfen nicht dazu gehen, ohne daß unser Ausschuß die Sache in die Hand genommen. Ich bitte Sie, verweisen Sie die Mittheilung, die Sie empfangen, an einen Ausschuß zur schleunigen, unversäumten Berichterstattung. Meine Herren! Beauftragen Sie diesen Ausschuß, namentlich in kürze-

ster Frist, spätestens innerhalb 24 Stunden uns darüber Bericht zu erstatten, ob nicht wenigstens Anlaß sei, die Ausführung der getroffenen militärischen und sonstigen Maßregeln, die Ausführung dieser Maßregeln, welche den Waffenstillstand in Vollziehung setzen sollen, zu sistiren, bis die Nationalversammlung ihre Entscheidung in dieser hochwichtigen Sache getroffen hat (Beifall); denn, meine Herren, die Vollziehung hat begonnen, und eilen wir, daß sie nicht zu Ende komme, bis wir hier zu Ende kommen, und unsere Entscheidung über die Elbe dringt. Darauf richte ich meinen Antrag. (Beifall.)

Reh von Darmstadt: Meine Herren! Es kann zunächst nur die Frage hier zur Erörterung und Beschlußnahme kommen, ob sofort über Herrn Rappard's Antrag debattirt und beschlossen werden soll, und ich habe nur in dieser Beziehung das Wort erbeten. Der verehrte Redner vor mir, Herr Waitz, glaubt, daß wir einen Bericht in dieser Sache anhören müßten. Ich würde Dem ganz beistimmen, wenn wir uns nicht über das Materielle vollständig im Klaren befänden. Ich bin aber vollkommen überzeugt und nicht im geringsten Zweifel, daß wir Alles wissen, was wir brauchen, und da wir Das wissen, so sind wir verpflichtet, keine Stunde zu verzögern, und ich bitte daher, daß Sie dem Waitz'schen Antrage keine Folge geben. Es liegt eine Frage zur Erörterung, die die Ehre Deutschland's betrifft, und Deutschland dürfen wir keinen Augenblick darüber in Zweifel lassen, was die Nationalversamm-

lung, was wir wollen. Unser Weg ist angebahnt, und ihn zu gehen, ist unsere Pflicht. (Großer Beifall auf der Linken und im Centrum.)

Fürst **Lichnowsky** von Ratibor: Meine Herren! Wenn die Vertreter einer Nation, die sonst für so ruhig, für so besonnen, und gestatten Sie mir den so oft gebrauchten Ausdruck, für so langsam gilt, plötzlich, wie von einem elektrischen Funken durchzuckt erscheinen, so kann Jeder von uns dieses Gefühl nur theilen. Jeder von uns wird in einer die Ehre Deutschland's betreffenden Frage jede andere Rücksicht gewiß hintansetzen. Aber die Begeisterung allein genügt nicht, um über politische Fragen der höchsten Wichtigkeit ein vollgiltiges Urtheil zu fällen. Hüten Sie sich deßhalb, meine Herren, vor Ihrer eigenen ersten Bewegung, wenn sie auch noch so edlem Gefühle entspringt. Seien Sie ebenso besonnen, als kräftig, und unterstützen Sie den Antrag des Herrn Waitz. Ich fordere Sie auf und beschwöre Sie, nicht ab irato, nicht in dem Augenblicke des ersten Unwillens über eine so hochwichtige Frage, diese Cardinalfrage, an der die Zukunft und die Einheit Deutschland's hängt, Beschluß zu fassen. Bedenken Sie, meine Herren, unsere Stellung Europa gegenüber, und wie man über uns urtheilen wird, wenn wir mit stürmischer Hast beschließen, ohne die Vollmacht zu kennen, die von der Centralgewalt Preußen gegeben wurde; ohne die Instructionen zu kennen, die damit verknüpft waren; ohne die verschiedenen Actenstücke, die rasch von dem Herrn Minister des Auswärtigen vorgelesen wurden,

gehörig vernommen und geprüft zu haben. (Viele Stimmen auf der Linken: Sehr richtig! Bravo!) Dictiren Sie, wenn Sie es für unvermeidlich halten, die Fortsetzung des Krieges; verwerfen Sie die Sanction des Waffenstillstandes, wenn Ihre Ueberzeugung es von Ihnen begehrt; thun Sie Alles, was Sie für Deutschland's Ehre und Einheit nothwendig halten, — thun Sie es aber nicht in diesem Augenblicke, nicht heute, sondern thun Sie es in Ruhe und nach reiflicher Ueberlegung. Vier und zwanzig Stunden besonnener Forschung und Prüfung werden Deutschland keinen Nachtheil bringen, und uns vor Europa gewiß nicht der Schwäche zeihen. (Großer Beifall von allen Seiten.)

Präsident: Es liegen drei besondere Anträge vor: Der des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten: Einen Tag zu bestimmen, an welchem die Verhandlungen fortgesetzt werden sollen, nachdem die Papiere, die er in Druck gegeben hat, in Ihren Händen seyn werden. — Der zweite Antrag ist der des Herrn v. Rappard und Genossen; er geht dahin:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, daß dem gedachten Waffenstillstande Seitens derselben die Zustimmung zu versagen, und die Centralgewalt zur ungesäumten Vollziehung des Beschlusses vom 9. Juni dieses Jahres, nach welchem der Krieg mit Dänemark energisch zu Ende zu führen, und das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein, sowie die Ehre Deutschland's zu wahren aufzufordern sei."

Herr Waitz stellt den Antrag:

„Die von dem Herrn Minister gemachten Mittheilungen und vorgelegten Papiere zur schleunigen Begutachtung der Sache an einen Ausschuß zu verweisen, und diesem den Auftrag zu ertheilen, auf das Schnellste, und wo möglich innerhalb vier und zwanzig Stunden zu berichten, ob nicht Anlaß sei, die zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln bis zur Entscheidung der Nationalversammlung vorläufig zu sistiren."

Der Antrag des Herrn Reh, der mir soeben übergeben wird, geht dahin:

„Daß der Antrag Rappard's und Genossen sofort den vereinigten Ausschüssen für internationale Angelegenheiten und für Bildung der Centralgewalt zur unverzüglichen Berathung und Berichterstattung überwiesen und daß

2) in einer heutigen Nachmittagssitzung über diesen Bericht berathen und beschlossen werde."

(Beifall auf der Linken und im Centrum. Stimmen von der Rechten: Nein, morgen!) Meine Herren! Es handelt sich wohl zunächst um die Vorfrage der Dringlichkeit, in Bezug auf welche jetzt vorerst eine weitere Verhandlung stattfinden kann, wenn von der Nationalversammlung sie noch für nöthig erachtet werden sollte. Im Wesentlichen scheint mir Herr Reh und Waitz gleicher Ansicht zu sein, und nur über den Termin, bis zu welchem rasch berichtet werden soll, scheint ein Unter-

schied der Ansichten zu bestehen. Ob es möglich ist, bis heute Nachmittag zu berichten, gebe ich Ihnen anheim, besonders da es höchst wünschenswerth ist, daß die Actenstücke, die doch Jeder bei der Prüfung gern bei der Hand zu haben wünscht, vorliegen.

Reichsminister **v. Schmerling**: Ich finde zwischen den Anträgen der Herren Reh und Waitz einen bedeutenden Unterschied. Wenn ich recht verstanden habe, so geht der Waitz'sche Antrag zunächst nur dahin, daß mindestens die Frage als höchst dringlich erörtert werde, ob nicht bezüglich der militärischen Räumung der Herzogthümer eine sofortige Sistirung verfügt werde, während der Antrag des Herrn Reh dahin geht, daß die ganze Frage bezüglich der Ratification des Waffenstillstandes, als äußerst dringlich, in einer demnächst anzuberaumenden Sitzung zur Berathung komme. Ich finde daher zwischen beiden einen sehr wesentlichen Unterschied; der eine kann meiner Meinung nach allerdings in kürzester Zeit zur Berathung kommen; die Berathung des zweiten aber scheint mir durchaus nicht möglich, so lange nicht jene Papiere, welche das Ministerium in der ausgedehntesten Weise zur Kenntniß der Versammlung gebracht wissen will, sich in Ihren Händen befinden.

Präsident: Der Waitz'sche und der Antrag des Herrn Reh sind, was die Prüfung der 'ganzen Sache betrifft, übereinstimmend; der erstere hat aber einen zweiten, eventuellen Theil, daß der Ausschuß wenigstens die Frage schnell begutachten soll, ob nicht die militä-

rischen Verfügungen des Waffenstillstandes zu sistiren seien. Im ersten Theile, welcher die Verweisung an den Ausschuß betrifft, sind sie übereinstimmend.

Reh von Darmstadt: Meine Herren! Sie werden entschuldigen, daß ich eine Erläuterung meines Antrages anfüge. Es ist Voraussetzung meines Antrags, daß, wenn er angenommen wird, die jetzige Sitzung sich schließe, und die Herren, welche dem Ausschusse angehören, sofort zur Berathung zusammentreten. Denn wenn auch noch Papiere gelesen werden müssen, so bedarf es doch einiger Zeit, denn die Sache selbst ist schon im Allgemeinen bekannt genug, und soviel gewiß: Ein solcher Waffenstillstand wird wohl niemals gutgeheißen werden können. (Von vielen Seiten: Niemals!)

Präsident: Ich frage, ob noch Jemand über die Dringlichkeit der Sache sprechen will?

Francke von Schleswig: In bewegter Stimmung beginne ich mit der Bitte, daß, obgleich Schleswiger, der nach dem eben verlesenen Vertrage aus Ihrer Mitte auszuscheiden haben würde, Sie mir in dieser allgemeinen deutschen Angelegenheit einiges Wenige zu sagen gestatten. Meine Herren! Sie haben gehört von dem Herrn Reichsminister, daß der preußische Commissär die von der Centralgewalt ertheilte Instruction überschritten hat; Sie haben ferner gehört, wie der Herr Reichsminister erklärte, die Centralgewalt sei befugt, den Waffenstillstand entweder zu ratificiren, oder die Ratification zu versagen; Sie haben endlich gehört, daß der preußische Minister schriftlich angezeigt hat, der

Waffenstillstand, über welchen die Centralgewalt noch gar keine Ansicht geäußert, sei schon in der Vollziehung begriffen. Das sind ja die grellsten Widersprüche, die wohl ein sofortiges Einschreiten begründen möchten. — Ich will Ihnen nur mittheilen, wie es in diesem Augenblicke in Schleswig-Holstein aussieht. Die Landesversammlung, welche, wie wir jetzt hören, als gar nicht vorhanden betrachtet werden soll, ist versammelt (Bravo!), sie wird sich, wie ich aus einem Briefe ersehen, welcher mir von dem Präsidenten derselben heute zugekommen ist, für permanent erklären. (Lebhafter Beifall auf der Linken.) Sie wird sich keinen Waffenstillstand aufdringen lassen (stürmisches Bravo), welcher die Verfügungen, Gesetze und Anordnungen der provisorischen Regierung, die jetzt noch besteht, vernichtet, und welcher die Landesversammlung in ihrem Rechte, die Verfassung des Landes aufzubauen, nicht schützt. Ich habe Zeitungen in meinen Händen, aus welchen hervorgeht, daß sich das Land in der größten Aufregung befindet, von allen Seiten laufen Petitionen ein; es werden die Steuern verweigert werden, es wird, wenn die Nationalversammlung nicht hilft, die Anarchie im Lande entstehen. (Bewegung.) Dessenungeachtet, trotz dieser schreienden Umstände, unterstütze ich den Antrag meines Landsmannes Waitz, und fordere Sie auf, demselben beizupflichten, mit Ruhe und Mäßigung zu beschließen, daß die wichtige Angelegenheit zunächst dem Ausschusse überwiesen werde. Denn wahrlich nicht geringe, sondern centnerschwere Interessen, nicht bloß schleswig-holstein'sche,

sondern allgemein deutsche, europäische, stehen auf dem Spiele. — Ich weiß es, während über die Ratification noch nichts entschieden ist, ziehen schon die deutschen Truppen in Eilmärschen zum Lande hinaus, und wer bürgt dafür, daß nicht in demselben Augenblicke der Däne von der andern Seite hereinzieht? Dessenungeachtet aber bitte ich Sie, lassen Sie dem Ausschusse eine Frist von 24 Stunden, damit er die Frage prüfen, begutachten, und Ihnen ein Urtheil darüber vorlegen könne. Ich unterstütze den Antrag von Waitz. (Mehrere Stimmen: Gleich berathen! — Andere: Nein! nicht gleich! Morgen!)

Präsident: Ich habe einen Antrag von Eisenmann zu verlesen; derselbe lautet:

„Erstens: daß sofort beschlossen werde, die Centralgewalt zu beauftragen, daß sie die königl. preußische Regierung in Kenntniß setze, die Nationalversammlung habe sich die Entscheidung über den Waffenstillstand vorbehalten, und sei sohin die Ausführung des Waffenstillstandes zu verschieben.

Zweitens: der Waffenstillstandsvertrag mit den andern Papieren sei dem internationalen Ausschuß zur schleunigsten Berichterstattung zu übergeben."

Sodann ist von Herrn Biedermann beantragt:

„Die Nationalversammlung, in Erwägung, daß ein Waffenstillstand mit Dänemark nicht ohne Genehmigung der Nationalversammlung

definitiv abgeschlossen werden kann, beschließt sofort: — es sei durch die Centralgewalt sofort Veranstaltung zu treffen, daß dem am 26. August abgeschlossenen Waffenstillstand nicht eher Vollzug gegeben werde, bis die Nationalversammlung darüber beschlossen haben werde."

Herr Engel hat das Wort.

Engel aus Holstein: Unter dem Eindrucke der erschütternden Nachricht, die wir soeben vernommen haben, und durch welche die Ehre des deutschen Volks geschändet wird (auf der Rechten: Oh!): unter diesem erschütternden Eindrucke rede ich zu Ihnen. Meine Herren! Ich rede zu Ihnen nicht bloß im Gefühle eines Holsteiners, sondern in dem warmen Gefühle eines Deutschen. (Bravo!) Ich trenne die Rechte Schleswig-Holstein's nicht von der Ehre Deutschland's, denn sie sind ein und dasselbe. Deutschland hat die Sache Schleswig-Holstein's zu der seinigen gemacht. Wir erfahren, daß ein Waffenstillstand unter Bedingungen geschlossen worden ist, durch welche alles Dasjenige vernichtet wird, was der regenerirte Bundestag, was diese hohe Versammlung selbst beschlossen, und was auch die Centralgewalt bereits genehmigt hat. Es kann keine Frage sein, daß Bedingungen der Art, wie sie jetzt hinzugekommen sind, noch einen viel schlimmeren und nachtheiligeren Eindruck machen müssen, als diejenigen, die bei den früheren Verhandlungen in Malmö im Juli d. J. zur Sprache kamen. Ich erinnere Sie an den Eindruck, den die damaligen Mittheilungen in öffentlichen

Blättern auf diese hohe Versammlung machten. Jetzt aber sind viel nachtheiligere Bedingungen aufgestellt, und ich glaube, daß diese hohe Versammlung nicht dulden kann, daß auf ihr der Verdacht ruhe, sie könne auch nur den Gedanken fassen, solche Waffenstillstands-Bedingungen, welche die Ehre Deutschland's verletzen, zu genehmigen. Es wird gegenwärtig schon mit Vollziehung der Waffenstillstands-Bedingungen begonnen; es wird damit begonnen gleich in demselben Augenblick, wo in Lübeck die Ratificationen ausgewechselt werden. Es ist in öffentlichen Blättern nicht bloß gemeldet worden, daß Wrangel den hannöver'schen Truppen den Befehl gegeben, sich zurückzuziehen — und die Truppen ziehen sich wahrscheinlich jetzt schon zurück in Folge dieses Befehls, denn es sind seitdem schon Tage verflossen, — sondern nach Mittheilungen der gestrigen Börsenhalle sind auch die in Stade gefangenen dänischen Officiere am 2ten dieses Monats schon nach Kiel gebracht worden, um von dort nach Kopenhagen geführt und ausgewechselt zu werden. Ich erinnere Sie daran, daß die Zahl der dänischen Gefangenen etwa 80 beträgt, daß wir durch Auslieferung der Officiere den Dänen eine Macht in die Hände liefern, und daß, wenn die Truppen das Land verlassen haben werden, wir wehrlos dastehen. Das größte Elend ist im Verzuge . . . .

Präsident: Ich ersuche Sie dringend, nicht in's Materielle der Sache einzugehen.

Engel: Ich wollte nur nach dem Sachverhältniß die Dringlichkeit des Antrags begründen, daß Sie sofort

auf Discussion der Frage eingehen möchten, ob nicht der Waffenstillstand zu sistiren sei?

Beseler von Greifswald: Auch ich kann von mir sagen (viele Stimmen: Schluß! Schluß!), daß ich in dieser Sache mitzusprechen habe, nicht bloß als Deutscher, sondern auch als Schleswig-Holsteiner, denn wenn ich auch schon lange das Land verlassen habe, mein Herz ist doch dort geblieben. Nichts destoweniger muß ich auch für den Antrag des Abgeordneten Waitz sprechen, ich muß dafür sprechen aus allgemeinen Gründen, und aus der Natur der uns vorliegenden Sache; aus allgemeinen Gründen wegen unserer Stellung gegenüber dem Auslande, überhaupt wegen unserer Stellung bei Behandlung internationaler Fragen. Eine solche Frage von so unberechenbarer Wichtigkeit dürfen wir nicht behandeln und beschließen, wie sie eben ins Haus gebracht ist, wir müssen uns hier als Männer, als besonnene Männer zeigen, wir müssen nicht in übereilter Weise vorgehen. Aber, meine Herren, es sind auch besondere Verhältnisse, die zu berücksichtigen sind. Es kommt nicht bloß darauf an, ob die Vollziehung des Waffenstillstandes in den Herzogthümern möglichst bald sistirt werde, um die Herzogthümer zu schützen gegen Uebelstände; es kommt hier überhaupt nicht auf die Verhältnisse der Herzogthümer allein an, sondern wir haben noch andere Fragen von unberechenbarer Wichtigkeit ins Auge zu fassen, welches Verhältniß wir, die Nationalversammlung, einnehmen zum Ministerium der Centralgewalt, wer die Regierung in Händen haben soll, ob

wir hier solche Beschlüsse zu fassen haben, oder ob sie vorbereitet von dem Ministerium uns vorzulegen sind. (Ruf nach Schluß von der Linken.)

Präsident: Meine Herren! Der Redner hat das Wort, ich werde ihn dabei erhalten.

Beseler: Wir haben ferner zu erwägen das Verhältniß, in welchem wir zu einer deutschen Macht, zu Preußen, stehen. Es fragt sich, wie hier die Sache liegt, ob und inwiefern eine Uebertretung der gegebenen Vollmacht von Seiten Preußens geschehen, es fragt sich, wie die Vollmacht ausgestellt gewesen ist, wie die Instructionen gemacht sind, in welchem Verhältniß Vollmacht und Instruction zu einander stehen; man kann die Sache nicht erledigen, ohne genau informirt zu sein über die Actenstücke, ja es kann nicht bloß über das Materielle nicht sofort von uns entschieden werden, sondern auch nicht über die Sistirung der Vollziehung des Waffenstillstandes, denn, meine Herren, das wäre schon eine Anticipation unseres Urtheils; denn wenn über die Ausführung des Waffenstillstandes bestimmte Vorschriften gegeben sind, und es werden diese Vorschriften nicht eingehalten, so folgt daraus schon, daß wir einen wesentlichen Theil des Waffenstillstandes selbst verwerfen. Meine Herren! Alle diese Umstände sind von der größten Bedeutung, und ich beschwöre Sie, zeigen Sie sich in diesem Augenblick auch fest in Dem, was Sie nicht wollen, zeigen Sie, daß wir hier die Frage nach allen Seiten zu erwägen wissen, und daß, wenn wir einen entschiedenen Beschluß fassen, wir sagen können, daß

wir ihn erst nach reiflicher Ueberlegung gefaßt haben. (Ruf nach Schluß.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! —

Beseler: Meine Herren! Wir müssen durchaus erst Dasjenige kennen, wonach wir urtheilen sollen. (Eine Stimme auf der Linken: Sehr langweilig!)

Präsident: Wer das gesagt hat, den rufe ich zur Ordnung. Sie haben nicht das Recht, und es ist eine Unschicklichkeit, einem Redner zu sagen, er spreche langweilig.

Beseler: Meine Herren! Ich nehme den Vorwurf der Langweiligkeit gern auf mich, wenn ich im Bewußtsein stehe, nach besten Kräften für mein Vaterland zu sprechen und zu wirken. Ich werde in diesem Streben nicht irre gemacht werden durch solche Vorwürfe. (Beifall auf der Rechten.) Meine Herren! Worauf es ankommt, ist Das, daß wir unsere Person, und Alles, was an der Person hängt, dem Vaterlande nachsetzen und ihm es opfern. Ich beschwöre Sie, beschließen Sie nach dem Waitz'schen Antrag. (Vielstimmiges Bravo.)

Präsident: Es sind mir noch zwei weitere Anträge übergeben worden, und zwar von Herrn Zimmermann:

„Der Unterzeichnete stellt den Antrag: Die Nationalversammlung wolle noch in dieser Stunde beschließen, daß der Krieg gegen Dänemark fortzusetzen sei, und die deutschen Kriegsvölker schleunigst alle ihre Stellungen wieder einzunehmen haben."

Die Abgeordneten **Wigard**, **Blum**, **Fetzer** und **Tafel** übergeben folgenden Antrag:

> „Die Zurückziehung der Truppen möge sofort sistirt, und darüber **sogleich**, über die Hauptfrage selbst aber morgen Beschluß gefaßt werden.“

(Viele Stimmen: Sehr gut! Sehr gut!) Meine Herren! Ich glaube, über die Frage, welcher Beschluß **sogleich** gefaßt werden soll, über die vorläufige Frage könnten wir ohne weitere Discussion zur Abstimmung schreiten, und in dieser Beziehung geht der Antrag des Abgeordneten Zimmermann am weitesten.

Zimmermann von Stuttgart: Herr Präsident, ich schließe mich dem Wigard'schen Antrag an.

Präsident: Also ist der Antrag zurückgenommen. Der Antrag des Abgeordneten **Wigard** und Genossen geht dahin:

> „Die Zurückziehung der Truppen möge sogleich sistirt, und morgen über die Hauptfrage Beschluß gefaßt werden.“

Eisenmann von Nürnberg: Ich ziehe meinen Antrag zurück, da er im Wesentlichen gleichlautend ist mit diesem Antrage.

v. Rappard von Glambek: Ich nehme meinen Antrag auf sofortige Verhandlung ebenfalls zurück, und schließe mich dem Wigard'schen an.

Präsident: Alle Antragsteller, meine Herren, sind darüber einig, daß in der Hauptsache ein Bericht des Ausschusses erstattet werden muß, und zwar ein schleuniger. Die meisten Herren scheinen auch darin

einig zu sein, — es sind mir wenigstens verschiedene Erklärungen darüber geworden, — daß man wünscht, es möge zu dieser Berichterstattung der Ausschuß für internationale Angelegenheiten und der für die Centralgewalt zusammentreten und gemeinschaftlich diese Berichtserstattung übernehmen. Darin aber sind die Meinungen auseinandergehend, daß der Antrag von Wigard die Zurückziehung der Truppen in Folge eines sofort zu fassenden Beschlusses sistirt haben will, während Herr Waitz über diese Frage auch eine Berichtserstattung wünscht, die aber, wenn sie in der Hauptsache nicht sofort erfolgen könnte, beschleunigt werden möge. Das sind die Anträge, die vorliegen. Ueber die Frage, ob über die Sistirung der Zurückziehung der Truppen sogleich beschlossen werden soll, ist noch nicht discutirt worden. Wenn daher dieser Antrag Unterstützung findet, so müßte ich darüber die Discussion zulassen. Im Uebrigen, was die Hauptfrage betrifft, ist keine Verschiedenheit der Ansichten.

Wigard von Dresden: In meinem Antrage sind zwei Punkte unterschieden: einmal, was die Sistirung der Zurückziehung der Truppen betrifft, — darüber, glaube ich, brauche ich kein Wort zu verlieren, ich glaube, wir sind darüber Alle einig — (Zuruf von der Rechten: Nein! Nein!) — was den zweiten Punkt betrifft, so verlangt mein Antrag, daß morgen definitiv ein Beschluß in dieser Angelegenheit gefaßt werden soll, vorausgesetzt, daß heute die Sitzung sehr bald beendigt wird, und der Ausschuß sogleich zusammentritt und die

Angelegenheit berathet, damit uns dieser Bericht morgen vor der Sitzung vorgelegt werden kann, und wir dann in die Berathung eintreten können. Ich glaube, daß dieser Antrag Alles berücksichtigt.

Biedermann von Leipzig: Auch ich verwende mich für sofortige Sistirung der Zurückziehung der Truppen; denn hier liegt uns Alles klar vor. Der Minister des Auswärtigen hat gesagt, daß die Bedingungen, auf welche der Waffenstillstand geschlossen wurde, nicht die von der Centralgewalt vorgeschlagenen seien. Der Herr Minister hat gesagt, daß er nach seiner und des Ministeriums Ansicht glaube, daß der Vertrag unserer Genehmigung unterliege. Der Vertrag ist abgeschlossen ohne Vorbehalt unserer Genehmigung, auf andere Bedingungen, als die Centralgewalt vorgezeichnet hat; wir müssen daher sofort aussprechen: „Dieses gilt nicht, der Vertrag kann nicht vollzogen werden, bis nicht die Bedingungen erfüllt sind."

Reichminister **Heckscher**: Meine Herren! Bei aller gerechten Aufregung; die in der hohen Versammlung herscht, lassen Sie mich noch einmal Sie ersuchen, die Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, die in so wichtigen Dingen nothwendig ist. Es handelt sich um die Frage eines europäischen Krieges, es handelt sich um die Frage der deutschen Einheit und des hochwichtigen Verhältnisses zu Preußen, und endlich, meine Herren, bedenken Sie doch, würden Sie nicht durch die Annahme des Antrags, der dahin geht, zu beschließen, daß die Truppen nicht zurückzuziehen seien, gegen Ihr

eigenes Gesetz handeln; denn das Zurückziehen der Truppen ist eine Maßregel der Executivbehörde, und nicht der constituirenden Versammlung. Die Gründe, welche Herr Biedermann Ihnen für das Gegentheil eben auseinandergesetzt hat, treffen nicht zu. Sie haben sich das Recht vorbehalten, und wir haben es eingeräumt, daß Krieg und Frieden .... (Unruhe auf der Linken.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Reichsminister **Heckscher**: Das Gesetz sagt: „Krieg und Frieden soll nur geschlossen werden im Einverständniß mit der Nationalversammlung." Wir haben nun geglaubt, der Waffenstillstand assimilire einen Frieden, und darum haben wir gesagt: Allerdings muß darüber ein Einverständniß mit der Nationalversammlung hergestellt werden. Das Zurückziehen der Truppen aber hat einen vielleicht und wahrscheinlich wesentlichen Zusammenhang mit dem Waffenstillstand, aber es ist keine Stipulation des Waffenstillstands selbst, es ist eine reine executive Maßregel, und Sie würden übergreifen in die Befugnisse der Administration der Centralgewalt. Also bitte ich, im Interesse Deutschland's und des Vaterlandes, um Mäßigung und Besonnenheit. (Bravo! Unruhe.)

Schoder von Stuttgart: Ich muß dem Herrn Reichsminister des Aeußeren entschieden widersprechen. Die Nationalversammlung hat längst den Beschluß gefaßt, daß der Krieg zwischen Deutschland und Dänemark fortgeführt werden soll, bis die Rechte Schleswig-Holstein's und die Ehre Deutschland's gewahrt sein würden.

Diesen Beschluß hat die Centralgewalt zu vollziehen. Es ist nunmehr zwar ein Waffenstillstand zu Stande gekommen, aber einer, welcher anstatt die Ehre Deutschland's zu wahren, Deutschland in's Angesicht schlägt. Eine Folge dieses Waffenstillstands ist die Zurückziehung des Heeres. Sofern aber dieser Waffenstillstand nicht zu Recht bestehen kann, kraft unseres Beschlusses, sofern können auch die Folgen, welche daraus gezogen wurden, jetzt noch nicht eintreten. Deutschland hat nicht überflüssig Geld, um seine Truppen ohne Zweck hin- und hermarschiren zu lassen, wie dieses geschehen zu sollen scheint. Vor einem Monat hat der Kriegsminister erklärt, daß er zur kräftigen Fortführung des Krieges Truppen aus ganz Deutschland zusammenziehen werde. Kaum sind diese Truppen am Kriegsschauplatze angekommen, so müssen sie zurückspazieren, um in wenigen Tagen, wenn wir den Waffenstillstand verworfen haben werden, wieder zurückgeführt zu werden. Wenn wir auch nicht zweifeln wollten über die Befugniß der Centralgewalt, die Truppen für sich zurückzuziehen, weil dieses eine Executiv-Maßregel sei, so glaube ich doch, die Nationalversammlung solle als ihren bestimmten Willen aussprechen, daß das Ministerium gegen die Ansicht der Nationalversammlung handeln würde, wenn es die Zurückziehung der Truppen nicht sogleich sistirt. Was es heißen würde, wenn die Centralgewalt trotz dem hier ausgesprochenen Willen der Nationalversammlung denselben nicht befolgen würde, das liegt klar vor Augen. Es müßte dann die Nationalversammlung ein

Mißtrauens-Votum gegen das Ministerium aussprechen, und jedenfalls von diesem Standpunkt aus, glaube ich, wird die Centralgewalt, wenn sie auch diese Maßregel als eine reine executive, als in ihren Ressort allein gehörig, vindicirt, dem Willen der Nationalversammlung ohne Weiteres entsprechen.

Bassermann von Mannheim: Meine Herren! Es ist Ihnen schon gesagt worden, um Sie zu einem raschen Beschlusse zu vermögen, daß vielleicht, indem die deutschen Truppen im Süden herausziehen, die Dänen über die nordische Grenze hineinziehen. Meine Herren! Diese Unterstellung ist eine rein unmögliche. Es bleiben nach dem Waffenstillstand Tausende deutscher Truppen dort, es bleibt die holstein'sche Armee vollständig stehen, und ich kann Ihnen sagen, daß der Ministerrath nicht den Beschluß gefaßt hat, die auf dem Wege nach Schleswig befindlichen Truppen einzuhalten. Allein bedenken Sie, meine Herren, daß eine Sistirung, ein Beschluß von hier aus einem jetzt schon geschehenen Verwerfen des Waffenstillstandes gleichkommt. (Stimmen von der Rechten: Sehr richtig!) Ich weiß es, daß diese Verwerfung, diese sofortige Verwerfung gewünscht wird von einem Theil dieser Versammlung. Das Ministerium hat aber noch keinen Beschluß über Annahme oder Verwerfung des Waffenstillstandes gefaßt. Noch nie hatten wir so schwere Stunden für unser Inneres, für die ungeheure Verantwortlichkeit, die auf uns lastet, als die Stunde, da wir über diese Frage in Berathung treten. Meine Herren! Von der Verwerfung des Waf-

fenstillstandes hängen große Folgen ab. Ich will nicht sagen, daß wir sie scheuen sollen; ich will aber nur die Gründe andeuten, um Sie, Deutsche, aufzufordern, die Entscheidung, welche Folgen Sie auch auf sich nehmen mögen auf der einen oder andern Seite, wenigstens bis dahin zu verschieben, wo Sie eine Entscheidung fassen können auf Grund von Thatsachen, die Sie jetzt noch nicht kennen. Sie haben bloß eine einzige Vorlesung gehört, bei welcher eine Prüfung unmöglich ist; Sie kennen nicht den Gang der Verhandlungen; Sie kennen eine Reihe von Actenstücken nicht, die Ihnen — und das können Sie jetzt nicht ermessen, von welchem Gewicht sie sind — die Ihnen zeigen werden, worauf es ankommt; nur darauf will ich Sie flüchtig aufmerksam machen, daß der Waffenstillstand geschlossen ist, auch im Namen Preußens, daß Preußen die Ausführung gewissermaßen verbürgt. Ich brauche nicht auszuführen, was auf dem Spiele steht, wenn wir sagen, der Waffenstillstand soll nicht ausgeführt werden, vielleicht, — ich sage vielleicht, daß wir es dennoch sagen; allein dann sagen wir es mit dem Bewußtsein alles Dessen, was wir dann wissen, und was wir jetzt noch nicht wissen. Seit dem März, wo die große Erhebung stattfand, ist jetzt der gefährlichste Augenblick eingetreten; die Einheit Deutschland's steht auf dem Spiele; es ist die Frage, ob wir die Spalte, die sich zu öffnen beginnt, weiter reißen; ob wir in Trümmer gehen wollen, oder nicht. Möglich, daß wir uns dazu entschließen; aber, meine Herren, wer uns auffordern

kann, jetzt, im Moment dazu uns zu entschließen! — erlauben Sie mir, zu sagen, meine Herren, daß ich wenigstens diese Kühnheit, diese Ueberkühnheit nicht begreife. Ich bin überzeugt, Sie werden keinen Beschluß fassen, der der Ehre Deutschland's und der Zukunft Deutschland's schädlich wäre; aber ich bin ebenso überzeugt, Sie werden keinen übereilten Beschluß fassen, und ich fordere Sie auf, da eine materielle Gefahr für Schleswig-Holstein nicht vorliegt, den Druck der Actenstücke, der schleunigst begonnen wurde, und ich weiß nicht gewiß, vielleicht morgen schon beendigt sein wird (Mehrere Stimmen: Oh!), ich sage, ich weiß nicht gewiß, ob er beendigt sein wird, — abzuwarten, und die Entscheidung der ganzen Frage an den Ausschuß zu verweisen. Sie haben von dem Minister des Auswärtigen gehört, daß auch wir einen Antrag an die Nationalversammlung bringen werden: wir werden mit dem Ausschuß ins Benehmen treten, und wenn Sie volle Kenntniß der Thatsachen und alles Vorliegenden haben, dann entscheiden Sie, nicht über das Schicksal Schleswig-Holstein's, sondern über das Schicksal Deutschland's und unserer Zukunft, dann — aber erst dann! (Bravo von der Rechten und vom Centrum.)

Venedey von Köln: Meine Herren! Ich bedaure jedes Wort, das auf dieser Tribüne in dieser Sache fällt, denn es scheint, sie sollte längst entschieden sein. Mir scheint, als ob wir viel zu lange über diesen Gegenstand verhandelt haben. Hier ist Kühnheit nothwendig; erinnern Sie sich an das Wort, das ein anderer

Mann gesagt hat: Osez! osez toujours! Wir wollen kühn sein, im Sinne der guten Sache. Der Herr Minister hat gesagt: „Es sind zwei Fragen, welche sich an die Sache knüpfen; die eine ist die Frage des Kriegs, die andere die der Einheit Deutschland's;" man hat aber eine dritte Frage vergessen, das ist die Frage der Ehre des Parlaments. (Bravo!) Das Vertrauen des deutschen Volkes zu uns wird wankend, und wenn wir in einer Sache, die so eilig ist, zaudern, dann wird es uns nicht die nöthige Kühnheit zugestehen, die wir im Augenblick haben müssen, um das große Werk, das uns so furchtbar gegenübertritt, zu vollenden. Man hat Ihnen gesagt, — Herr Bassermann ist mit diesen Worten von der Tribüne getreten: — „Wir sollten nicht vergessen, daß auch im Namen von Preußen der Waffenstillstand abgeschlossen wurde." Meine Herren! Ich bin auch ein Preuße, und ich habe Manches gethan, daß das Preußenthum in Deutschland anerkannt werde; ich bin aber überzeugt, daß die Preußen im Wesentlichen ebenso fühlen, wie wir, und wenn man sagt, es ist auch im Namen des Königs von Preußen verhandelt worden, so ist das die alte Sache; denn wenn ein König, und sei es auch der König von Preußen, in seinem Namen die Sache Deutschland's verhandelt, so sind wir es nicht, die es thun. Beschließen wir in diesem Augenblick, daß der Waffenstillstands-Vertrag nicht ausgeführt werde! das ist unumgänglich nöthig, denn wir haben gehört, daß der Beschluß sofort in Vollzug gesetzt, sofort die Blokade aufgehoben, Moltke als Prä-

sident eingesetzt, und die Truppen sofort zurückgezogen werden sollen. Meine Herren! Ein Tag mehr oder weniger, darauf kommt oft nichts an; aber in dem gegenwärtigen Augenblicke nur ein Wenig zu warten, darauf kommt sehr Viel an. Seien Sie hier kühn, und das Volk wird es anerkennen! (Bravo von der Linken und der Gallerie.)

Präsident: Ich schlage Ihnen vor, um Zeit zu ersparen, die Abstimmung in folgender Weise vorzunehmen, nämlich zuerst über die Frage abzustimmen, über welche Alle einig sind, und dann über den Antrag des Herrn Wigard und Genossen: „Die Zurückziehung der Truppen zu sistiren," als Zusatz-Antrag abzustimmen, und dieses bei der ersten Abstimmung vorzubehalten. Ich würde dann die erste Frage so stellen: „Beschließt die Nationalversammlung, daß nach Vorlage der Actenstücke und schleunigster Berichterstattung durch die vereinten Ausschüsse für internationale Verhältnisse, und für die Centralgewalt, sofort ein Tag bestimmt werde, wo dieser Gegenstand weiter verhandelt werden soll?" Ich habe dieses ausdrücklich unbestimmt gelassen. Sowie der Bericht erstattet ist, werden wir das Weitere anordnen können. Findet dagegen kein Widerspruch statt, so würde ich die zweite Frage stellen: „Beschließt die Nationalversammlung, daß bei der Centralgewalt die Zurückziehung der Truppen sofort beantragt werde?"

Eine Stimme: Statt beantragt werde, muß es heißen: „Beauftragt werde."

Wigard von Dresden: In meinem Antrag steht auch noch, daß die Berathung morgen stattfinden solle.

Präsident: Daß die Zurückziehung der Truppen sofort sistirt werde, das muß durch die Centralgewalt veranlaßt werden, folglich haben wir den Beschluß zu fassen, daß die Centralgewalt damit beauftragt werde. Herr Siemens hat folgenden Antrag gestellt:

„Die Nationalversammlung beantragt bei der Centralregierung die Sistirung des Rückzuges der Truppen."

Bassermann von Mannheim: Nur über die Fragestellung erlaube ich mir einige Worte: Der Antrag des Ministers des Auswärtigen muß vorangehen. Der Antrag hat den Sinn: die ganze Sache an den Ausschuß zu verweisen, und von ihm einen Bericht über das Ganze abzuwarten; würde dieser Antrag angenommen, dann brauchten die übrigen Anträge nicht mehr zur Abstimmung zu kommen, folglich, glaube ich, muß er vorangehen.

Präsident: Ich habe ganz dieselbe Ansicht ausgesprochen; ich habe gesagt, die erste Frage wird die sein: „Will die Nationalversammlung, daß nach Vorlage der Actenstücke und schleunigster Berichterstattung durch die vereinten Ausschüsse für internationale Verhältnisse und für die Centralgewalt sofort ein Tag festgestellt werden soll?" Zu diesem Antrag ist ein Zusatz-Antrag von Herrn Wigard gestellt, und diesen muß ich nachträglich zur Abstimmung bringen. Ob der angenommen oder verworfen wird, das ist Sache der Nationalversammlung.

Wigard von Dresden: Mein Antrag enthält noch einen zweiten, nämlich den, daß morgen darüber definitiv Beschluß gefaßt werde; ich habe schon angedeutet, aus welchen Gründen. Ich glaube daher, daß die erste Frage darauf zu stellen wäre, ob die Entscheidung über die Hauptfrage in der morgenden Sitzung zu fassen sei. Wird diese abgeworfen, so wird der ganz unbestimmte Antrag des Reichsministers kommen, welcher gar keinen Termin enthält, und die Sache ad calendas graecas hinausschiebt. Dann würde aber jedenfalls als dritter Antrag offen stehen, ob die Zurückziehung der Truppen sistirt, und darüber heute noch Beschluß gefaßt werden soll.

Präsident: Es ist das ganz unrichtig, wenn Herr Wigard sagt, die Sache sei durch den Antrag des Reichsministers auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben; er hat ausdrücklich beantragt, daß, sowie die Actenstücke gedruckt sind, sogleich Bericht erstattet werden solle. Ich weiß auch nicht, wann wir früher darüber berathen sollten; es ist ein Bericht verlangt, und den müssen wir abwarten, wir haben ja jedenfalls morgen Sitzung, wo über die Sache berathen werden kann.

Vogt von Gießen (vom Platz): Wir müssen aber doch warten, bis die Actenstücke gedruckt sind. Bis wann kann der Druck erfolgen?

Präsident: Das können wir nicht wissen, und ich bin mit den Verhältnissen der Druckerei nicht so genau bekannt.

Moriz Mohl von Stuttgart: Meine Herren! Ich trage darauf an, zuerst die Frage zur Abstimmung

zu bringen, ob der Rückmarsch der Truppen sistirt werden soll; wenn diese Frage verneint würde, so würde die außerordentliche Dringlichkeit der Berathung in der Hauptsache sich herausstellen, weil wir sonst bei der Berathung in der Hauptsache beschließen könnten, daß die Truppen dort bleiben sollen, nachdem sie schon längst wieder in ganz Deutschland zerstreut sind.

Präsident: Findet der Antrag des Herrn Mohl Unterstützung? (Mehrere Mitglieder erheben sich.) Ich werde nun zur Abstimmung bringen, ob ich zuerst über den Zusatz-Antrag, oder über die Hauptsache abstimmen lassen soll. Will die Nationalversammlung, daß zuerst über den Antrag abgestimmt werden soll, daß in der Hauptsache die Documente an einen Ausschuß zur Berichterstattung verwiesen werden mögen: Wenn die Nationalversammlung beschließt, daß diese Frage nicht zuerst zur Abstimmung kommen soll, so würde ich die Frage so, wie Herr Mohl verlangt hat, stellen. Will die Nationalversammlung, daß zuerst über die Frage abgestimmt werden soll, ob über die von dem Reichsminister vorgelegten Documente nach erfolgtem Drucke vom Ausschuß ein Bericht erstattet, und dann ein Tag zur Verhandlung anberaumt werden soll? Diejenigen, welche wollen, daß diese Frage zuerst zur Abstimmung kommen soll, bitte ich, aufzustehen. (Die Mehrzahl erhebt sich.) Die Frage ist bejaht. — Ich werde nun die Frage so stellen: Beschließt die Nationalversammlung, daß

nach der Veröffentlichung durch den Druck der Actenstücke über den Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark, und schleunigster Berichterstattung darüber durch die vereinigten Ausschüsse für die internationalen Verhältnisse und die Centralgewalt, sofort ein Tag zur Verhandlung anberaumt werden solle? Diejenigen, die dieß wollen, bitte ich, aufzustehen. (Die Mehrheit erhebt sich.) Der Antrag ist angenommen. Was die weitere Frage betrifft, so handelt es sich nur davon, ob nach dem Antrag des Abgeordneten Siemens gesagt werden solle: „Die Nationalversammlung beantragt bei der Centralgewalt," oder ob gesagt werden solle: „Beauftragt die Centralgewalt." Ist der Antrag des Abgeordneten Siemens unterstützt? (Die hinreichende Anzahl von Mitgliedern erhebt sich.) Er ist unterstützt, und ich werde ihn also, wenn der erste Antrag abgelehnt wird, zur Abstimmung bringen. — Zwischen dem Antrag der Abgeordneten Waitz und Wigard ist nur der Unterschied, daß Herr Wigard sogleich und Herr Waitz nach 24 Stunden berathen haben will. Die Frage ist jetzt noch die, ob ferner darüber berathen werden solle, ob jene Sistirung stattzufinden habe. Verlangt darüber noch Jemand das Wort? (Niemand erhebt sich.) Ich stelle also nunmehr die Frage: „Beschließt die Nationalversammlung, daß nach dem Antrag der Abgeordneten Wigard und Genossen die Centralregierung zu be-

auftragen sei, die Zurückziehung der Truppen sofort zu sistiren?" Diejenigen, die dieß wollen, bitte ich, aufzustehen. (Ein Theil der Versammlung erhebt sich.) Ich bitte um die Gegenprobe. Diejenigen, die den Wigard'schen Antrag ablehnen wollen, ersuche ich, aufzustehen. (Die Mehrheit erhebt sich.) Der Antrag des Abgeordneten Wigard ist abgelehnt, und nun habe ich diesen Antrag noch mit der Modification des Abgeordneten Siemens zur Abstimmung zu bringen. (Widerspruch.) Ich kann es nicht anders machen; das verlangt die Ordnung. Ich fasse den Antrag des Herrn Siemens in folgender Art: „Beschließt die Nationalversammlung, daß nach dem Antrage des Abgeordneten Siemens bei der Centralregierung die Sistirung des Rückmarsches der Truppen aus Schleswig-Holstein beantragt werde?" Diejenigen, welche diesen Antrag bejahen wollen, bitte ich, aufzustehen. (Die Minderheit erhebt sich.) Der Antrag ist abgelehnt. Ich bringe jetzt den Antrag des Herrn Waitz zur Abstimmung: „Beschließt die Nationalversammlung, daß über die zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und strategischen Maßregeln binnen 24 Stunden der Bericht des Ausschusses zu erstatten sei, und dann die Berathung darüber stattzufinden habe?" Diejenigen, welche Dieses wollen, bitte ich, aufzustehen. (Die Mehrheit erhebt sich.) Der Antrag ist angenommen. — Meine

Herren! Es ist vielfach verlangt worden, daß die beiden Ausschüsse für internationale Angelegenheiten und für die Centralgewalt, welche dieser Berichtserstattung sich zu unterziehen haben, sofort ihr Werk beginnen möchten. Es ist dieses in zweifacher Art ausführbar, entweder so, daß sich die Mitglieder des Ausschusses entfernen, und die Nationalversammlung ihre Sitzung fortsetzt, oder aber, daß die Sitzung aufgehoben werde. Diejenigen, welche wünschen, daß zur Förderung der Berichterstattung die heutige Sitzung der Nationalversammlung, Verkündigungen vorbehalten, geschlossen werden möge, bitte ich, aufzustehen. (Die Mehrheit erhebt sich.) Die Sitzung ist also aufzuheben, und ich beschränke mich darauf, Ihnen noch einige Verkündigungen zu machen. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Herr Compes hat das Wort, um einen Antrag wegen des Zusammentritts der Ausschüsse zu begründen.

Compes von Köln: Meine Herren! In dem Ausschuß für völkerrechtliche und internationale Fragen befindet sich auch der Reichsminister des Auswärtigen, Herr Heckscher. — Die Frage, ob die Minister, oder auch die Unterstaatssecretäre in Zukunft an den Ausschüssen Theil nehmen können, wird von Vielen in der Versammlung für schwebend gehalten, und ich glaube, daß die Verhandlung darüber auch wohl seiner Zeit stattfinden dürfte. In der jetzt vorliegenden Sache könnte vielleicht die Frage zur Sprache kommen, ob der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten auf die Weise

gehandelt hat, welche sich überall verantworten läßt. Es ist mindestens durch die Presse schon darauf aufmerksam gemacht worden. Es scheint daher mir und mehreren Freunden, daß der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten sich der Berathung und Beschlußfassung im völkerrechtlichen Ausschusse für die in Rede stehende Angelegenheit zu enthalten habe. (Eine Stimme: Auch die Unterstaatssecretäre?) Es ist der Antrag, den ich mit meinen Freunden gestellt habe, bloß dahin gerichtet, daß sich nur der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten der Theilnahme an der Ausschußverhandlung zu enthalten habe.

Reichsminister **Heckscher**: Meine Herren! Ich bin im Allgemeinen der Ansicht, daß die Mitglieder des Reichsministeriums in allen Ausschüssen bleiben können, mit Ausnahme des Ausschusses für die Errichtung einer Verfassung, da der Centralgewalt hierauf keine Einwirkung zusteht. Im Uebrigen glaube ich aber vollkommen berechtigt zu sein, ebenso wie die andern Mitglieder des Ministeriums in den resp. Ausschüssen zu bleiben. Was insbesondere diesen speciellen Fall betrifft, ob ich, der ich allerdings Mitglied des Ausschusses für internationale Fragen und des Centralausschusses für die Legitimationen bin, bei der Verhandlung vorliegender Frage in diesen Ausschüssen gegenwärtig bleiben darf, so will ich darüber Folgendes sagen. Meine Herren! In dieser ganzen Sache vertrete ich nicht m e i n Interesse, nicht das Interesse d e s M i n i s t e r i u m s; — ich vertrete mit Entschlossenheit und gutem Bewußtsein die Sache

Deutschland's. Insofern bin ich nicht Partei in diesem Ausschuß. Aber wenn Herr Compes, wie ich glaube, voreilig (Unruhe auf der Linken. Einige Stimmen von der Linken: Zur Ordnung!) — ich sage nochmals, ich glaube, etwas voreilig, denn es liegen die Papiere nicht vor, — jetzt schon sagen will, daß es ungewiß sei, ob ich auch diese Acte verantworten könne, so werde ich darauf antworten, daß ich bei der Berathung und Entscheidung der Frage, ob ich meine Verantwortlichkeit zu tragen wisse, oder nicht, mit anderen Worten: ob ich unverantwortliche Acte begangen habe, dabei natürlich mich nicht zurückziehen werde; aber ich wiederhole es, meine Herren, ich werde bei der Besprechung dieser hochwichtigen Angelegenheit nie, weder hier noch jemals ein anderes Interesse zu vertreten suchen, und wissen, als das allgemeine, — Deutschland's, und hierbei gebührt mir so gut eine Stimme, wie jedem Andern von Ihnen. (Bravo!)

Compes: Auf die Gefahr hin, vom Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten nochmals Tadel zu erfahren, muß ich bemerken, daß ich an seiner Stelle es für angemessen halten würde, aus diesen Ausschüssen entfernt zu bleiben. Die Wirksamkeit eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten ist im Cabinet, und wenn Herr Heckscher davon spricht, daß er Deutschland's Vertreter sei — nun, meine Herren, so muß ich Ihnen sagen, der Minister steht vor Deutschland, er soll dort Rechenschaft geben. Es ist — erlauben Sie mir diesen Ausdruck — eine Phrase, wenn man sagt: „Meine

Handlungen sind Handlungen für Deutschland," denn die Handlungen, die der Herr Minister des Auswärtigen begeht, könnten sehr leicht Handlungen von Heckscher sein. (Bravo auf der Linken.)

Präsident: Ich weiß nicht, ob Herr Compes seinen Antrag dahin gestellt hat, den Herrn Reichsminister Heckscher ausdrücklich von dieser Berathung auszuschließen. Wäre dieses der Fall, so müßte ich diesen Antrag zur Berathung aussetzen, und es müßte der ganze Gegenstand zur Sprache kommen; aber erlauben Sie mir, daß ich dem Herrn Compes hier entgegne, daß ich nach allen parlamentarischen Gebräuchen viel eher die Aufforderung erwartet hätte, der Minister des Auswärtigen solle der Berathung beiwohnen, als entfernt davon bleiben. (Beifall.)

Compes: Meine Herren! Der Antrag, den ich gestellt habe, ist, wie sich von selbst versteht, dringlich. Die Ausschüsse sollen eben heute noch zusammentreten, und in Bezug auf die Dringlichkeit brauche ich daher nichts weiter zu begründen. Im Uebrigen, meine Herren, handelt es sich nicht von der Zuziehung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, um Aufschlüsse von ihm zu verlangen, sondern davon, ob Herr Heckscher als Mitglied des völkerrechtlichen Ausschusses und zu gleicher Zeit als Minister dort erscheinen könne.

Präsident: Meine Herren! Es scheint sich also bloß um die Frage des Stimmrechts des Reichsministers Heckscher zu handeln?

Vogt von Gießen: Meine Herren! In anderen

Versammlungen, — und ich hoffe, wir vindiciren uns dasselbe Recht, — fordern die Ausschüsse denjenigen Minister, in dessen Bereich ihre Berathung schlägt, vor ihre Schranken, verlangen von ihm Erläuterungen, und wenn diese gegeben sind, tritt der Minister ab, und es wird darüber dann berathen. So wird die Sache gehalten in allen Comités des englischen Parlaments, so verhält sich die Sache bei den Ausschüssen der französischen Nationalversammlung: der Minister erscheint in dem Ausschuß, wenn der Ausschuß ihn verlangt; wenn der Ausschuß Erläuterungen von ihm haben will, gibt er diese, und hernach berathet der Ausschuß darüber. Freilich, meine Herren, wenn man am Ende von Seiten des Ministeriums sich, ich will nicht geradezu sagen, anmaßt, unsere Beschlüsse voreilig zu finden, so könnten wir weit kommen mit unserer Stellung dem Ministerium gegenüber! (Einige Stimmen: Sehr gut!)

Präsident: Ich muß bemerken, daß der Minister noch keinen Beschluß der Nationalversammlung voreilig genannt hat. (Zustimmung. Einige Stimmen: Bloß Anträge Einzelner!)

Siemens von Hannover: Wenn der Antrag gestellt ist, daß sich der Reichsminister der Abstimmung enthalten soll, so haben wir gehört, daß er sich derselben enthalten will, sofern es sich um seine Verantwortlichkeit handelt; in anderer Beziehung aber ihn ausschließen, hieße nichts Anderes, als über ein Recht disponiren, worüber nur seine Wähler zu disponiren haben. Herr Heckscher ist schuldig, als Abgeordneter zu stimmen, so

lange er dieß Amt hat! (Unruhe auf der Linken, Beifall auf der Rechten.)

Präsident: Der Antrag des Herrn Compes lautet, wie folgt:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Abgeordnete Heckscher der Theilnahme an der Berathung und an den Beschlüssen des eben bestimmten Ausschusses sich enthalten müsse.“

Schwarzenberg der Aeltere von Kassel (vom Platze aus): Ich wollte bitten, die Frage zu theilen.

Präsident: Herr Schwarzenberg trägt darauf an, die Frage zu theilen; das verstehe ich dahin, daß er zwar an den Berathungen, aber nicht an den Beschüssen Theil nehmen soll. Ich werde also zuerst die Frage auf die Berathungen, und dann auf die Beschlüsse stellen. Ist der Antrag unterstützt? (Die hinreichende Anzahl erhebt sich.) Der Antrag ist unterstützt. Ich werde also die Frage jetzt so stellen: Beschließt die Nationalversammlung, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Abgeordnete Heckscher der Theilnahme an den Berathungen des eben bestimmten Ausschusses zur Begutachtung des Waffenstillstandes sich zu enthalten habe? Diejenigen, die wollen, daß Herr Heckscher an den Berathungen nicht Theil nehmen soll, bitte ich, aufzustehen. (Die Minderzahl erhebt sich.) Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß der Herr Minister Heck-

scher von den Berathungen nicht ausgeschlossen ist.

Reichsminister **Heckscher** (vom Platze aus): Der Abstimmung werde ich mich freiwillig enthalten.

Präsident: Der Herr Reichsminister Heckscher erklärt, daß er der Abstimmung sich freiwillig enthalte; ich glaube daher, daß diese Frage nicht weiter zu stellen sein wird. — Meine Herren! Die Ausschüsse werden sich sogleich nach der Sitzung im Sarasin'schen Hause versammeln.

Zwei und siebenzigste Sitzung.

Dienstag den 5. September.

Dahlmann von Bonn: Meine Herren! Ich trete heute vor Ihnen als Berichterstatter der beiden Ausschüsse auf, des internationalen und des Ausschusses für die Centralgewalt, welche Sie in der gestrigen Sitzung vereinigten, um Ihnen binnen 24 Stunden über die Frage Auskunft zu geben, ob eine Sistirung des dänischen Waffenstillstandes der hohen Versammlung zu empfehlen sei. Als Ihre Ausschüsse gleich nach der Sitzung zusammentraten, lag diesen nichts Anderes vor, als was der Reichsminister des Auswärtigen bereits in der gestrigen Sitzung der hohen Versammlung mitgetheilt hat.

Uns ward jedoch zugesagt, daß um 5 Uhr Nachmittags alles Nothwendige beschafft sein sollte. Jedoch als wir in benannter Stunde abermals zusammentraten, war noch nichts aus der Druckerei vorhanden, und erst später kamen einige Aktenstücke und in einer ungenügenden Anzahl, theils Abdrücke, theils Abschriften an. Anderes ward schmerzlich von uns vermißt; namentlich ein erstes Schreiben des Herrn Staatsministers von Camphausen, welches der Reichsminister als später zurückgenommen und durch ein anderes ersetzt erklärte. Als Entschädigung für die Unzulänglichkeit der urkundlichen Mittheilungen trat inzwischen ein mündlicher Bericht des als Ausschuß-Mitglied anwesenden Reichsministers Heckscher ein, welcher uns zunächst in das Gedächtniß zurückrief, daß zuerst Anfangs Juli zu Malmö von der Krone Preußen ein Waffenstillstand, doch nicht definitiv, geschlossen sei; Preußen sei zu diesem Abschlusse von der Bundesversammlung beauftragt gewesen; doch sei das ein beschränkter Auftrag gewesen, indem die Genehmigung der Bundesversammlung vorbehalten worden. Nachgehends habe eine zweite Verhandlung zu der Bellevuer Stipulation vom 19. Julius geführt. Auch in dieser sei die Ratification, dießmal die des Erzherzogs-Reichsverwesers, ausdrücklich vorbehalten gewesen. Diese Stipulation habe einen Stillstand von drei Monaten festgestellt, Aufhören der dänischen Blokade, Freigebung der Kriegs- und politischen Gefangenen, Herausgebung der genommenen Schiffe und Entschädigung von Seiten Preußens für das in Jütland Erhobene. Was aber die

Herzogthümer angeht, so sei zwar eine gemeinsame Regierung für die Dauer des Waffenstillstands dadurch eingesetzt worden, aber eine solche gemeinsame Regierung, die die Herzogthümer nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen verwalten solle. Diese Stipulation brachte der preußische Generalmajor von Below nach Wien zum Reichsverweser, der sich zu dieser Zeit dort, begleitet vom Reichs-Justizminister Heckscher, befand, und begehrte volle Autorisation zum Abschlusse. Bekannt genug ist es, daß von Deutschland damals bittere Klagen geführt wurden über jene Stipulationen, als ganz unwürdig der Stellung Deutschlands dem Feinde, einem Feinde wie Dänemark gegenüber. Wie dagegen unsere Feinde, die Dänen, damals jubelten, das ist leicht ersichtlich aus den damals erscheinenden öffentlichen Blättern Dänemarks, namentlich dem Fädrelande. Der Justiz-Minister Heckscher verweigerte jene Autorisation auch aus dem Grunde, weil zu der Zeit das Auswärtige nicht in seinen Händen lag, sondern in denen des Herrn v. Schmerling. Die hohe Versammlung erinnert sich auch, mit welchem Beifall die edle Zusicherung aufgenommen wurde, welche Herr v. Schmerling mit so menschlich ansprechender Beredsamkeit von dieser Tribüne verkündigte: „das Ministerium werde Sorge tragen, daß ein allen Anforderungen entsprechender Waffenstillstand abgeschlossen werde, und die zur kräftigeren Fortführung des Krieges erforderlichen Truppen dem General Wrangel so schnell wie möglich zugeführt werden sollten." Dem entsprechend lautete die

zugleich öffentlich mitgetheilte Zusicherung des preußischen Generals Wrangel: „es hätten allerdings vorläufig Mittheilungen stattgefunden; allein er werde keinen Waffenstillstand abschließen, welcher der Ehre Deutschlands nicht entspreche, und von dem er nicht mit Sicherheit annehmen könne, daß er die Genehmigung des Erzherzogs Reichsverwesers erhalten würde. — „Wir kommen nun zu den neuesten Vorgängen, wie sie der Herr Reichsminister dem vereinigten Ausschuß darlegte. Am 5. August verlangte der preußische Minister Camphausen unbeschränkte Vollmacht für Preußen, den Waffenstillstand abzuschließen. Auf dieses Begehren ward von Seiten des Reichsministeriums nicht eingegangen, vielmehr ward unterm 7. August das preußische Cabinet zum Abschluß zwar ermächtigt, aber mit dem Vorbehalt, daß er geschehe im Namen der provisorischen Centralgewalt und auf der Grundlage der Bellevuer Stipulation, jedoch mit folgenden Modificationen, wie sie aus dem Erlasse des Erzherzogs Reichsverwesers vom 7. August erhellen:

„1) Daß die zur Bildung einer neuen gemeinsamen Regierung für die Herzogthümer Holstein und Schleswig zu wählenden Personen noch vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes ausdrücklich und namentlich unter den contrahirenden Theilen in solcher Art vereinbart werden, daß hierdurch der Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erscheinen.

2) Daß unter den in Artikel VII. erwähnten, in

den Herzogthümern „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" ausdrücklich alle bis zum Anschlusse des Waffenstillstandes daselbst erlassenen mit einbegriffen seien.

3) Daß die nach Artikel VIII. in den Herzogthümern Holstein und Schleswig zurückbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des deutschen Oberbefehlshabers bleiben.

Unter vorstehenden Bedingungen habe ich gegenwärtige Vollmacht für die königlich preußische Regierung ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. — Frankfurt den 7. August 1848. — Johann."

wobei ich freilich die reichsministerielle Gegenzeichnung, welche das Gesetz für die provisorische Centralgewalt ausdrücklich fordert, vermisse *). Von dieser Vollmacht, versicherte uns der Herr Reichsminister des Auswärtigen, ist niemals etwas zurückgenommen, wobei derselbe aber beklagte, daß Preußen sehr wesentlich davon abgewichen sei. Der Herr Unterstaatssekretär v. Würth, ebenfalls Mitglied des vereinigten Ausschusses, setzte hinzu: „Die Centralgewalt hat immer vorausgesetzt, daß es einer Ratification von Seiten der Nationalversammlung bedürfe." Als ich, Ihr Berichterstatter, hierauf zu bedenken gab, ob nur auch das preußische Cabinet dieselbe Voraussetzung möge aufgefaßt haben? ward dieses Bedenken

*) Wie sich später ergab, hatte diese nur auf der Copie, nicht im Original gefehlt. D. H.

von dem Ausschußmitgliede Herrn Wurm unterstützt, ohngefähr mit den Worten: „Nöthig sei ein solcher Vorbehalt allerdings gewesen, der freilich aber schon in dem Gesetze über die Centralgewalt liege. Außerdem aber habe freilich, was die Hauptsache, das preußische Cabinet die Bedingungen nicht eingehalten.“ Worauf der Herr Reichsminister des Auswärtigen erwiederte: „Das ist der Fall, daher die andere Frage gar nichts wiegt.“ (Zischen auf der Rechten.) Derselbe theilte hierauf ein Schreiben des Herrn Kriegsministers v. Peucker, abgefaßt als Antwort auf ein Schreiben des Generals Wrangel vom 26. August, mit, aus welchem Schreiben des Reichskriegsministers klar hervorzugehen schien, daß das Reichsministerium noch in den allerletzten Tagen des August geglaubt hat, es sei durchaus nur von einem dreimonatlichen Waffenstillstand die Rede. (Allgemeine Bewegung.) Nun lag aber Ihrem vereinigten Ausschusse klar vor, daß gerade das Gegentheil eingetreten sei durch den Abschluß des 26. August. Keine einzige der Befürchtungen, welche Ihr Berichterstatter am gestrigen Tage in seiner Interpellation gegen Sie aussprach, ist unbestätigt geblieben. (Auf der Linken: Sehr gut!) Ein siebenmonatlicher Waffenstillstand! welcher also Deutschland die Möglichkeit entreißt, sich der Vortheile der winterlichen Jahreszeit im Kriege gegen Dänemark zu bedienen, welcher recht geradezu unser armes Deutschland in den 1. April hineinschickt! (Auf der Linken und in den Centren lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Nicht bloß Auflösung der

provisorischen Regierung, der von der Bundesversammlung, von der Krone Preußen, von der deutschen Centralgewalt anerkannten, wiederholt anerkannten provisorischen Regierung! kraft welcher Anerkennung auch die schleswig-holstein'schen Abgeordneten in der Nationalversammlung sitzen — ungesetzlich! wie ich glaube, wenn der Stillstandsvertrag Genehmigung findet, und ungesetzlich stehe ich auch hier, als Ihr Berichterstatter hier, wenn der Vertrag zu seiner Ratification gelangt. (Stimmen auf der Linken: Sehr gut!) Ferner die Stellung des Grafen Carl von Moltke an der Spitze der neuen interimistischen Regierung! Also die Berufung zur Herrschaft desjenigen Mannes, der vielleicht von Allen in dem Bereiche jener Lande, der in Schleswig-Holstein gehaßteste ist, die Aufstellung eines Mannes, der nicht einmal ohne persönliche Lebensgefahr sich in Schleswig-Holstein hineinwagen darf — außerdem die Trennung der Schleswig'schen Truppen von den Holstein'schen, wodurch offenbar, außer der gänzlichen Verwirrung der Kriegs-Organisation, auch schon praktisch angebahnt wird eine Trennung der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein! — Als nun alle diese Erwägungen in dem weiteren Fortgange der sehr lebhaften Discussion unseres Ausschusses zur Sprache kamen, erklärte der Herr Reichsminister des Auswärtigen: „jene Ueberschreitung von Seite Preußens sei zwar eingetreten, vieles Traurige sei zwar in den eigenmächtig hinzugefügten Bedingungen enthalten, doch wohl, wie ihm scheine, nichts eigentlich Entehrendes." (Auf der Linken: Oh! Oh!)

Er rieth auch dringend ab, sich nicht durch Verwerfung in die unabsehbare Gefahr eines von allen Seiten drohenden europäischen Krieges zu stürzen. (Bewegung.) Zunächst aber rieth derselbe, an diese hohe Versammlung zu berichten: „Man könne die Frage wegen der Sistirung, diese durch die Annahme des Waitz'schen Antrages isolirte Frage, keineswegs trennen von der Hauptfrage, der Waffenstillstand bilde eine Einheit, durch die Aufhebung einer einzigen Bedingung desselben stoße man den ganzen Waffenstillstand um, überdem sei die Sache nicht so eilig." Zischen auf der Linken und in den Centren.) Nichtsdestoweniger, meine Herren, ist der Ausschuß in seiner Majorität schließlich eines anderen Weges gegangen. Bravo auf der Linken und in den Centrum — Zischen auf der Rechten.) Er beantragt:

„Die hohe Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen."

Zugleich erwählte er für die Hauptfrage, die noch zurücksteht, einen Vorausschuß, bestehend aus den Abgeordneten Wurm, Cucumus und Ihrem Berichterstatter. Warum nun Ihr Ausschuß jene erste folgenschwere Entscheidung getroffen?! Gewiß nicht, weil er jene großen Folgen übersah oder gering anschlug. Aber er ward, wenn ich nicht irre, denn die Discussion durchkreuzte sich mannichfach in ihrer Lebhaftigkeit, er ward durch folgende Erwägungen gelenkt. Zunächst das Schicksal der Lande Schleswig-Holstein, welche die Ausführung eines

Waffenstillstandes, wie dieser, der die heiligsten Zusicherungen verletzt, nicht allein in die gefürchtete Knechtschaft der Dänen, sondern, was noch mehr ist, in eine sichere Anarchie stürzt. (Bewegung.) Eben deßhalb nun die unerläßliche Wichtigkeit, die provisorische Regierung zu stützen und beizubehalten, die provisorische Regierung, an deren Spitze zwei Männer stehen, die, wenn man die besten Männer in ganz Deutschland zusammennimmt, keinen von diesen an Willfährigkeit patriotischer Aufopferung hinter sich lassen, (mehrere Stimmen: Bravo!) die aber jetzt — ich kann es nicht anders ausdrücken — als Missethäter behandelt werden. (Bewegung.) Es liegt hier ein Brief, geschrieben von einem Mitgliede der provisorischen Regierung, vor mir, datirt aus Rendsburg vom 1. September, und dieses Mitglied fängt gleich mit der Klage an: noch in diesem Augenblicke, wo dem Vernehmen nach in Lübeck die Ratificationen ausgewechselt werden sollen, noch an diesem Tage sei ihnen keine offizielle Benachrichtigung über den Inhalt des Waffenstillstandes irgend von Berlin zugekommen. (Große Bewegung.) Wenn aber die Anarchie in Schleswig-Holstein droht, wenn sie, trügen die Zeitungsnachrichten nicht, schon begonnen hat, wird diese Anarchie nicht für ganz Deutschland folgenreich sein? Wenn Schleswig-Holstein den heldenmüthigen Entschluß faßt, den ich ihm zutraue, zu widerstehen, (von vielen Seiten: Bravo!) werden dann nicht die Freischaaren herbeiströmen aus allen Theilen Deutschlands, um diesen Helden des Vaterlandes Beistand zu leisten? (Viele

Stimmen: Gewiß! Jawohl!) Ist nicht die schleswig-holsteinische Sache eine deutsche? Und so lassen Sie mich denn sagen, was noch ungleich mehr, noch ungleich schwerer in dem versammelten Ausschusse gewogen hat, als Schleswig-Holstein: Es war der Hinblick auf unser gesammtes deutsches Vaterland! Dürfen wir unsere neue Laufbahn mit dem Bruche der heiligsten Zusagen beginnen? (Auf der Linken: Nein! Nein! Nie!) Dürfen wir unsere Landsleute, unser eigenes deutsches Fleisch und Blut dem sicheren Verderben überliefern, der Rachsucht ihrer haß-erfüllten dänischen Feinde, vor welcher nicht einmal die Personen der provisorischen Regierung durch irgend eine Anordnung sicher gestellt worden sind?! Unsere eigenen Landsleute dem Untergange zu überliefern, das ist es, wozu ich den Muth nicht besitze, und darum eben bin ich so muthig! (Anhaltender Beifall.) Meine Herren! Was ist es, das den Engländer so groß gemacht hat? Wahrlich nicht seine weltbeherrschende Flotte, wahrlich nicht seine glänzenden und reichen Eroberungen in allen Welttheilen; Eins, ein ganz Einfaches hat ihn groß gemacht: Jeder einzelne Engländer wiegt England so schwer, wie das ganze England. (Bravo.) Jeder einzelne Engländer wiegt für England das ganze Vaterland — und hier gilt es viele Hunderttausende! Meine Herren! Vorahnend habe ich schon am 9. Juni zu Ihnen gesprochen: Es sei das keineswegs diese isolirte schleswig'sche Frage, welche so viele Strebungen, so vieles Ankämpfen gegen uns veranlaßt, sondern es sei die Einheit

Deutschlands. (Von allen Seiten lebhaftes Bravo.) Diese neue deutsche Macht, welche, so lange Deutschland besteht, noch nie erblickt ward, die ihren Mittelpunkt hier in der Paulskirche hat und über welche das Vertrauen des gesammten deutschen Volkes wacht, sie soll von Anfang her in ihrem Aufkeimen beschnitten, sie soll, wenn es möglich wäre, nach allen Seiten hin zerfetzt und endlich zerbrochen werden! (Vielseitiges Bravo.) Unterwerfen wir uns bei der ersten Prüfung, welche uns naht, den Mächten des Auslands gegenüber, kleinmüthig bei dem Anfange, dem ersten Anblick der Gefahr, dann, meine Herren, werden Sie Ihr ehemals stolzes Haupt nie wieder erheben! (Auf der Linken lebhaftes Bravo.) Denken Sie an diese meine Worte: Nie! (Wiederholter Beifall.) Zwar gewiß nicht die Despotie, davor bin ich sicher, aber die Anarchie wird in diesen Räumen herschen und darüber hinaus, und Die werden fallen, welche jetzt in ihrem Wahne glauben, sie triumphirten über uns. (Lebhaftes Bravo auf der Linken. Bewegung.) Ich habe gesprochen. Möge die Hand dessen walten, der die Beschlüsse der Menschen zu gerechten Entscheidungen zu leiten weiß! (Von den Centren der Linken und den Gallerien lebhafter anhaltender Beifall.)

Schubert von Königsberg: Die beiden vereinigten Ausschüsse, die Sie gestern für diesen Zweck zusammengesetzt haben, bestanden aus 20 Mitgliedern. Eines von diesen Mitgliedern, der Reichsminister Heckscher, enthielt sich der Abstimmung, wie Sie nach dem gestri-

gen Vortrage wissen, es blieben also 19 übrig. Von diesen haben eilf den Majoritäts-Antrag gestellt, der Ihnen so eben von dem verehrten Dahlmann vorgetragen ist; acht Mitglieder des Ausschusses haben den Minoritäts-Antrag gestellt, welcher folgendermaßen lautet. (Mehrere Stimmen: Die Namen!) Ich werde sogleich, nachdem sie den Antrag gehört haben, Ihnen auch die Namen verkünden. Der Minoritäts-Antrag geht dahin:

„daß über eine Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden möge, wenn über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt werden wird.“

Es ist mithin nichts weiter verlangt worden durch diesen Minoritäts-Antrag, als eine ruhige Prüfung sämmtlicher vorgelegten Papiere, die uns gestern, wie Sie schon aus dem Vortrage gehört haben, weder vollständig, noch in der nöthigen Zahl vorgelegt worden sind. Wollen Sie noch jetzt die Namen der acht Mitglieder erfahren, so glaube ich, werde ich sie Ihnen sogleich aus meinem Gedächtnisse mittheilen können. (Viele Stimmen: Ja, ja!) Die acht Mitglieder sind: die Herren von Würth, Max von Gagern, von Lindenau, von Flottwell, von Zenetti, Gombart, Dunker und Schubert. Sie sehen also, meine Herren, daß Ihre Minorität in dem Ausschusse keineswegs heute über die Verwerfung oder Annahme des Waffenstillstandes in das Detail eingehen will; es verlangt die Minorität nichts weiter, als eine genaue sorgfältige Prüfung des Sachverhältnisses, bevor Sie über den wichtigen Gegenstand

Beschluß fassen, über die Sistirung des Hinausrückens der Truppen aus Schleswig und Holstein. Denn, meine Herren, wir konnten uns nicht verhehlen, daß die Sistirung dieses Ausrückens zugleich als ein Bruch des Waffenstillstandes angesehen werden müsse, und, meine Herren, es ist dieser Waffenstillstand nicht bloß eine Vorlage, über welche wir noch weiter verhandeln können, ehe wir sie zu ratificiren haben, sondern es ist dieser Waffenstillstand bereits ein ratificirter. (Bewegung.) Meine Herren, Sie wollen die Wahrheit, also müssen Sie natürlich auch den ganzen Umfang der Thatsachen hören. Der Waffenstillstand ist ratificirt am 2. September zu Lübeck. Es kommt also zur Beurtheilung des Waffenstillstandes die Thatsache, ob die preußische Regierung, welche den Waffenstillstand zu Lübeck am 2. September ratificirt hat, nach der ihr überwiesenen Vollmacht vollkommen dazu ermächtigt gewesen ist, und, meine Herren, dazu bedarf es der sorgfältigen Vergleichung der uns gestern vorgelegten Papiere. Wenn wir die Vollmacht, die der preußische General von Below von dem Reichsverweser, Erzherzog Johann, Frankfurt den 7. August 1848, erhalten hat, ansehen, so heißt es darin, daß, nachdem der königlich preußische Staatsminister Camphausen den Stand der Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen den deutschen und dänischen Streitkräften, besonders aber die Gründe auseinandergesetzt hat u. s. w., „so habe ich auf den Vortrag meines Reichsministeriums beschlossen, die königlich preußische Regierung andurch zur Abschließung eines Waf-

fenstillstandes mit Dänemark im Namen der provisorischen Centralgewalt in der Weise zu ermächtigen u. s. w." Nun, meine Herren, hier steht allerdings Nichts von der Berechtigung für die preußische Regierung, auch die Ratification für den Waffenstillstand zu ertheilen. Vergleichen Sie dagegen das Schreiben des Ministers Camphausen vom 3. September, Frankfurt a. M., das Ihnen ebenfalls gestern mitgetheilt ist. Hier heißt es: „Indem die königliche Regierung sich auf Grund jener Vollmacht zum Abschlusse ohne Vorbehalt rc. rc." Hier, meine Herren, haben Sie also eine Stelle, aus welcher Ihnen ganz klar hervorgehen wird, daß die genaueste und sorgfältigste Prüfung des Gegenstandes vorhergegangen sein muß, ehe Sie über irgend einen Theil dieses Vertrages entscheiden können; Sie können daher auch nicht die schon angeordneten oder etwa in diesem Augenblicke anzuordnenden Märsche der Truppen sistiren. Wir sind nun zwar in der gestrigen Sitzung des Ausschusses durch die Mittheilung des Herrn Reichsministers Heckscher in Kenntniß gesetzt, daß in einem Schreiben des Herrn Reichsministers von Peucker an den commandirenden General von Wrangel wenigstens der Zeitraum von zwölf Tagen festgesetzt ist, in welchem erst die Räumung Schleswigs und Holsteins von einem Theile der jetzt dort vorhandenen Truppen des deutschen Bundes erfolgen wird. Es liegt also, meine Herren, jetzt nicht der Verzug von 24 oder 48 Stunden als eine Gefahr vor, die, wenn Sie nicht gleich heute den Entschluß fassen, geradezu die Angelegenheiten Deutschlands,

die allgemeinen deutschen Interessen gefährden könnte. Auf der andern Seite, fassen Sie heute den Beschluß, zu sistiren den Marsch der deutschen Bundestruppen, oder was dasselbe sagen will, beschließen Sie, den Waffenstillstand zu brechen, der von Preußen im Namen der provisorischen Centralgewalt geschlossen worden — ich lasse ganz dahin gestellt sein die Untersuchung, in welcher Art dieß erfolgt ist, jetzt aber wissen wir, es ist dieser Waffenstillstand von Preußen im Namen der provisorischen Centralgewalt ratificirt, wie weit es berechtigt war, das wird die spätere Untersuchung zeigen — also, meine Herren, fassen Sie den Entschluß, nicht zu genehmigen, was folgt daraus? Nun, meine Herren, Sie werden keinen Augenblick das große Resultat verkennen, es erfolgt gleichzeitig der Bruch mit Preußen. Meine Herren, es ist der Waffenstillstand von der preußischen Regierung ratificirt, Preußen kann hier nicht zurücktreten, und es bleibt für heute gleichgültig, ob Preußen dazu berechtigt gewesen ist, weil dieß, wie gesagt, der späteren Prüfung vorbehalten werden muß. Also, meine Herren, dieses Verhältniß müssen Sie sich heute lebhaft vergegenwärtigen, und ich glaube meine heutige Aufgabe vollständig erfüllt zu haben, wenn ich jetzt im Namen der acht Mitglieder des Ausschusses, die den Minoritäts-Antrag gerichtet haben, dringend auffordere, nicht über eine Vorfrage früher zu entscheiden, als bis Ihnen zu Ihrer vollständigen Legitimirung der Bericht des Ausschusses von Dahlmann, Wurm und Cucumus zur mehrseitigen Berathung vorgelegt sein

wird. Meine Herren, wenn Sie heute den Entschluß der Sistirung fassen, so können Sie dadurch allerdings scheinbar Hunderttausende von Deutschen in dem großen allgemeinen Bund der deutschen Einheit erhalten haben. Aber vergessen Sie nicht, meine Herren, möglicherweise haben Sie sechzehn Millionen aus demselben Bunde gleichzeitig entfernt. (Unruhe und Zischen.) Möglicherweise, sage ich, meine Herren, und das soll Sie zu nichts weiterem (wiederholte Unruhe) als zu einer besonneneren Prüfung einer so bedeutenden Angelegenheit auf 24 oder zweimal 24 Stunden anmahnen, um weiter handelt es sich heute noch nicht. Meine Herren, vergessen Sie nicht: als Preußen diese Vollmacht erhielt, wurde von der entgegenstehenden Seite geradezu eine jede andere und weitere Verhandlung, als mit der Macht des preußischen Staates, abgelehnt. Vergessen Sie nicht, meine Herren, daß selbst damals die provisorische Centralgewalt erst in der vollständigen Bildung begriffen war, daß ihr Ministerium eben erst vollständig organisirt war. Meine Herren, wenn Ihnen gesagt worden ist: „wollen Sie Hunderttausende etwa dem Unglücke preisgeben, von den Dänen gepeinigt zu werden?“ meine Herren, auch mein Herz fühlt vollständig deutsch und blutet dabei — ich fürchte aber nicht, daß die Dänen jemals wieder Schleswig werden peinigen können. Tadeln Sie manche Bedingungen des Waffenstillstandes, und ich will sie wahrhaft nicht alle rechtfertigen, und namentlich nicht den 7. Artikel, aber vergessen Sie nicht, daß es auch durch diesen Waffenstillstand gesichert ist,

daß in Zukunft kein Schleswiger von den Dänen wird gepeinigt werden können. Meine Herren, lesen Sie die Bedingungen, vergleichen Sie dieselben mit den frühern Verhältnissen, und ich glaube, Sie werden sich davon vollständig überzeugen. Doch, meine Herren, dieses werden die späteren Redner Ihnen noch vollständiger ausführen können, ich selbst will nicht näher in's Materielle eingehen, und will nichts weiter empfehlen, als den Minoritäts-Antrag heute bei Ihrer Entscheidung über den Majoritäts-Antrag zur näheren Erwägung zu bringen, da es sich hier nur um 24 oder zweimal 24 Stunden Zeit handelt. Endlich vergessen Sie nicht, daß die preußische Regierung sich in der dringendsten Verlegenheit seit 3 Monaten befunden hat, wenigstens von 4 Millionen Deutschen täglich bestürmt zu werden, sich endlich der dringenden, kräftigen Unterhandlungen eines Waffenstillstandes oder baldigen Friedens anzunehmen. Ob überdies von den Deutschen es 4 Millionen Preußen sind, oder ob Sie nicht auch noch eine Million Hannoveraner und eine halbe Million Mecklenburger, vielleicht noch die Bewohner der Hansestädte hinzurechnen müssen, stelle ich Ihrer näheren Erwägung anheim. Es ist nicht hier allein von Stettin, Danzig, Königsberg, Memel die Rede, die ganze Gegend, die hinter diesen Städten liegt, ist im wahrsten Sinne von diesem Kriege hart gedrückt worden, und dieß zu einer Zeit, da der Zufall die Geißel der Drangsal noch höher schwingen ließ, nachdem drei Jahre hindurch Elementarereignisse die Provinz Preußen auf eine Weise erschöpft hat-

ten, von der Sie im südlichen und westlichen Deutschland sich keinen Begriff machen können, wo Tausende von Bewohnern nicht mehr einmal seit Jahren des Brodes sich erfreuten, wo die Kartoffel fast als alleinige Nahrung dient. Wenn dieses fortdauernd auf die preußische Regierung einwirkte, und Alles zur Abschließung eines Waffenstillstandes gedrängt hat, nun, meine Herren, da will ich nicht entscheiden, ob die Regierung eigenmächtig in vollem Vergessen der deutschen Interessen gehandelt haben sollte: aber es muß Sie bestimmen, die Sache in wahrhaft besonnene Erwägung zu nehmen, denn es handelt sich hier um Millionen von Deutschen, die Sie im preußischen Staate von sich stoßen können. Ich empfehle Ihnen noch einmal den Minoritäts-Antrag zur weiteren Erwägung. (Beifall auf der Rechten. Zischen und Unruhe auf der Linken und in den Centren.)

Reichsminister **v. Peucker**: Meine Herren! Aus einer heute morgen von dem commandirenden General der Operationsarmee, General v. Wrangel, hier eingegangenen Meldung geht hervor, daß am 1. September, nach wie vor, das Hauptquartier der Operationsarmee in Apenrade 6—7 Meilen von der jütischen Grenze etablirt war. Der commandirende General zeigt an, daß er auf Grund einer vertraulichen Mittheilung, es sei ein Waffenstillstand dem Abschluß nahe, sich veranlaßt gesehen habe, um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, mit dem dänischen Generale eine Waffenruhe mit 48stündiger Kündigungszeit zu verabreden, daß aber

die Gefechtsbereitschaft der Operationsarmee fortdauernd erhalten werde. Aus einer andern Mittheilung, die einige Tage zuvor eingegangen ist, geht hervor, daß zwischen Apenrade und der jütischen Grenze fast die gesammte preußische Streitmacht und der größte Theil der Truppen des 10. Bundescorps vorgeschoben sind, und hiernach der Haupttheil der Operationsarmee auch noch am 1. September zwischen Apenrade und der jütischen Grenze gestanden haben muß. Von der jütischen Grenze bis zur Elbe ist ein Raum von ungefähr 30 Meilen zu durchschreiten, wozu Truppen in Etappenmärschen 10 bis 12 Tage nöthig haben. Zur Einleitung der Räumung der Provinz werden ebenfalls mehrere Tage nothwendig sein. Gesetzt, der General Wrangel sähe sich veranlaßt, ohne den Befehl der Centralgewalt abzuwarten, mit der Räumung der Provinz zu beginnen, so würde jeder Tag, der zwischen der intendirten Sistirung und der Beschlußnahme über die Annahme oder Verwerfung des Waffenstillstandes liegt, nur eine Differenz von 3 Meilen in der staffelförmigen Aufstellung der zurückziehenden Truppen begründen. Dieß ist aber ein Gegenstand von ganz untergeordneter militärischer Bedeutung; die Truppen würden einen solchen Verlust durch Rückmärsche sofort wiedergewinnen können; diesem Rückmarsch stände aber kein Hinderniß im Wege. Sogar der Traktat des Waffenstillstands stellt selbst fest, daß die Truppen von beiden Seiten bei einem Aufhören desselben ihre früheren Stellungen wieder einnehmen können. Jede einseitige amtliche Sistirung Eines Punk-

tes des Waffenstillstandes würde nothwendig als ein Bruch des Ganzen angesehen werden müssen, und dieser der Entscheidung der Hauptfrage über die Annahme oder Verwerfung präjudiziren. Die Frage, meine Herren, welche Sie heute zu entscheiden haben, stellt sich ganz einfach dahin fest: ob eine militärische Maßregel, welche unter den obwaltenden Umständen von untergeordneter Bedeutung und ohne praktischen Werth ist, in einem angemessenen Verhältnisse stehe, um einer Frage zu präjudiziren, durch welche die Einheit Deutschlands und der Friede Europa's gefährdet werden kann. (Bravo auf der Rechten.)

Reichsminister **v. Schmerling**: Meine Herren! Der Berichterstatter für das Minoritätsgutachten hat Ihnen bereits jene Gründe entwickelt, welche auch das Ministerium theilt und dahin gehen, daß in einer einseitigen Zurücknahme des Waffenstillstandes in einem Punkte, daß in einer Anordnung der Sistirung seiner Ausführung in irgend einer Beziehung eine Aufhebung des Waffenstillstandes erkannt werden müsse. Das Ministerium ist von dieser Ansicht durchdrungen, es hat einstimmig gefunden, daß die Frage, die vorliegt, nur in diesem Sinne entschieden werden kann. Sie haben zugleich, meine Herren, aus der Mittheilung des Herrn Kriegsministers vernommen, daß eine Einstellung des Rückzugs von keinem entscheidenden militärischen Werth sei. Sie haben erfahren, daß der Rückmarsch etappenmäßig, höchstens auf drei Meilen des Tags geschehen kann, daß ein Rückmarsch in Schleunigkeit nicht auszu-

führen sei, weil ein Heer von 50,000 Mann unmöglich in wenig Tagen auf einigen Marschlinien sich zurückführen läßt. Sie dürfen daraus die Ueberzeugung gewonnen haben, daß wenn Sie nach zwei oder drei Tagen zum Beschluß kommen, den Waffenstillstand nicht zu genehmigen, General Wrangel das Heer unvermindert zur Disposition hat und in wenig Tagen jenes Terrain durch Märsche wiedergewinnen kann, welches durch den Rückzug aufgegeben ist. Jene Besorgnisse, die gestern von einigen Stimmen ausgesprochen wurden, als würde das Heer theilweise schon entlassen, als trete es den Rückmarsch in die Friedensstationen an, jene Befürchtungen sind durchaus unbegründet. Vor acht Tagen wäre nicht möglich, daß ein Mann über die Elbe zurück und in die Lage käme, in seine Heimath instradirt zu werden. Allein, meine Herren, indem das Ministerium zu der einstimmig gefaßten Ansicht gekommen ist, daß eine Sistirung der militärischen Maßregel, als eine theilweise Sistirung des Waffenstillstandes, nothwendig einer Verwerfung des Waffenstillstandes gleichzukommen hat, in diesem Moment mußte das Ministerium in die Lage kommen, in der Sache selbst einen Beschluß zu fassen und Ihnen denselben auszusprechen. Wenn auch das Ministerium erkennt, und wenn es im Interesse der Sache Deutschlands Sie dringend beschwören muß, die Verhandlung über die Hauptfrage erst dann vorzunehmen, wenn, wie Sie gestern beschlossen, alle einschlägigen Urkunden in Ihren Händen sich befinden und wenn Sie den Antrag Ihres Ausschusses vernommen haben,

so glaubte es doch unter den vorliegenden Verhältnissen Ihnen heute schon dasjenige kund zu geben, was das Ergebniß aller Berathungen geworden ist. In einer so hochwichtigen Frage, wo das Ministerium findet, daß jedes Wort seines Beschlusses von Gewicht ist, und indem es die volle Verantwortlichkeit für die Beschlüsse übernimmt, möge es mir erlaubt sein, Ihnen wörtlich das vorzutragen, was das Ministerium in dieser Angelegenheit auszusprechen sich veranlaßt findet.

(Der Redner verliest folgenden Beschluß des Ministeriums:)

„Das Ministerium ist nach sorgfältiger und gewissenhafter Prüfung der Verhältnisse, nach langer und umfassender Berathung zu dem einstimmigen Beschlusse gekommen aus unabweislichen Gründen der Nothwendigkeit nicht auf die Verwerfung des Waffenstillstands anzutragen. — Dabei hat aber das Ministerium eben so einstimmig den Beschluß gefaßt, daß bei Entscheidung dieser hochwichtigen Frage die Stellung der Centralgewalt, nicht nur den ausländischen Regierungen gegenüber, sondern in ihren Verhältnissen zu den einzelnen deutschen Staaten, genau erwogen und klar gestellt werden müsse. — Nun läßt eine Prüfung des Inhalts des Waffenstillstands, der Form seines Abschlusses und der Art, wie die dahin führenden Verhandlungen von Seite der preußischen Regierung gepflogen wurden, deutlich erkennen, daß diese Regierung ihre Beziehung zu der provisorischen Centralgewalt nicht in der Weise auffaßt, wie es den Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Juni

1848 entsprechen würde und wie es zur Herstellung der Einheit Deutschlands unerläßlich ist. Die provisorische Centralgewalt sieht in der Sicherung ihrer Stellung gegen die Einzelstaaten eine Lebensfrage, und sie findet sich daher aufgefordert, von der preußischen Regierung sowohl, als gleichzeitig auch von allen Regierungen des deutschen Bundesstaates die bestimmte und ausdrückliche Anerkennung des Gesetzes vom 28. Juni 1848 nach seinem ganzen Umfange anzusprechen, und sie wird das zur Ausführung dieses Beschlusses Geeignete sofort verfügen."

Meine Herren, damit haben wir Ihnen bereits vorgelegt, wie das Ministerium in der Hauptfrage selbst seine Meinung der hohen Versammlung aussprechen wird. Das Ministerium verkennt nicht, daß, da das Gefühl so tief ergriffen ist, eine sorgfältige gründliche Erwägung der Verhältnisse vor Allem noth thut, es ist, wie ich schon ausgesprochen habe, nach langer umfassender Berathung zu seinem Beschlusse gekommen, und es ist dieß nicht ein Entschluß, der in irgend einer ersten Aufwallung gefaßt wurde. Gerade deßhalb erlauben Sie, daß ich Sie wiederholt beschwöre, das Minoritäts-Gutachten anzunehmen, da Sie mit Annahme des Majoritäts-Gutachtens nach Ueberzeugung des Ministeriums die Hauptfrage unwiederbringlich entscheiden.

Präsident: Es sind mir zwei Anträge übergeben worden, die ich verlesen werde. Der eine von Trützschler, Simon u. A. lautet:

„Die Nationalversammlung beauftragt die Cen-

tralgewalt, schleunigst zu veranlassen, daß die von den deutschen Truppen vor dem 26. August innegehabten Stellungen sofort wieder eingenommen werden."

Der zweite Antrag lautet:

„Die Nationalversammlung geht über die getrennt zur Debatte gestellte Frage in Betreff der Sistirung der militärischen Maßregeln zur Tagesordnung über." Lichnowsky, Deetz, Schultze, von Potsdam, Drinkwelder, Presting, Gysä, Schleussing, Kosmann, Carl, Fritsch, Nemitz, Sänger, Schmerling, Heckscher, Beckerath, Thinnes, Brons, Siemens, Künßberg.

Heinrich **Simon** von Breslau: Meine Herren! Der Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Krone Dänemark, mit dessen Abschluß Preußen beauftragt worden, wird ein gültiger Vertrag erst durch seine Genehmigung Seitens dieser hohen Versammlung und durch die demnächst erfolgende Ratification Seitens der deutschen Centralgewalt. So schreibt es in zweifelloser Weise der Art. 4. des Gesetzes, betreffend die Begründung einer Centralgewalt in Deutschland, vor; so hat es zum Ueberflusse von dieser Tribüne herab am gestrigen Tage der Reichsminister des Auswärtigen, am heutigen Tage der Reichsminister des Innern ausdrücklich anerkannt; und ich glaube, daß es unter den gegenwärtigen Umständen auffallend und überflüssig erscheinen muß, wenn so eben der letztgedachte Herr Reichsminister uns in Aussicht stellt, daß dieses Gesetz, betreffend die

provisorische Centralgewalt, welches längst in zweifelloser Gültigkeit durch Deutschland gilt, noch einer besondern Anerkennung unterworfen werden soll Seitens der einzelnen Regierungen. Wir haben also, meine Herren, auf Grund des Art. 4. dieses Gesetzes vollkommen freie Hand, den Waffenstillstand zu ratifiziren oder nicht zu ratifiziren, und ich nehme an, meine Herren, daß wir es nicht so machen werden, wie es bisher die Diplomatie gemacht hat, daß wir nicht uns und daß wir nicht die Geschicke Deutschlands von sogenannten faits accomplis abhängig machen wollen. — Meine Herren, ich trage darauf an, sofortige Maßregeln zu ergreifen, damit die Ausführung des Waffenstillstandes sistirt werde. Ich trage deßhalb darauf an, weil ich annehme, daß die Ehre Deutschlands unwiederbringbar dabei leiden würde, wenn diese Sistirung nicht einträte. Ich halte dafür, daß die Ehre Deutschlands bei diesem Waffenstillstande aus vielen Gründen und auf vielfache Weise verletzt worden ist. Ich erinnere daran, daß die Krone Dänemark es wagt, die deutsche Centralgewalt, die von uns geschaffen worden ist, zu ignoriren; man spricht heute noch vom „deutschen Bunde.“ Meine Herren, ich gehe nicht auf die Einzelnheiten ein, die mich zu dem Ausspruche bewegen, daß die Ehre Deutschlands verletzt worden sei: der Herr Berichterstatter Ihres Ausschusses hat Ihnen diese Einzelnheiten in einer Weise auseinandergesetzt, die mich dessen überhebt. Nur das Eine will ich hervorheben: nach diesem Waffenstillstande würde aus jenem Kampfe der Sie-

ger als Besiegter herausgehen, und dieser Sieger ist Deutschland und dieser besiegte Sieger ist Dänemark. — Meine Herren, ich wünsche es nicht bloß, sondern ich setze es als zweifellos voraus, daß in einem Fall, wie der vorliegende, wo von dem Heiligsten die Rede ist, was eine Nation hat, wo die deutsche Nationalehre der Gegenstand, es hier in dieser Versammlung keine Parteien und keine Schattirungen mehr gibt, sondern daß wir Alle nur von Einem Gefühle, dem der Hingebung für die Gesammtehre des Vaterlandes, beseelt sind. — Wenn man fragt, meine Herren, wie es kommt, daß in dieser Angelegenheit ..... (Fürst Lichnowsky vom Platz: sehr schwach!) Herr Fürst Lichnowsky! Behalten Sie Ihre Aeußerungen für sich! ob meine Rede schwach oder nicht schwach, ist nicht Ihre Sache in dieser Weise zu beurtheilen! Schweigen Sie! (Bravo auf der Linken.) — Meine Herren, wenn man nun fragt: warum wird in dieser Angelegenheit nicht energisch gehandelt? eine Frage, die wahrlich auch bei vielen andern Gelegenheiten schon hätte aufgeworfen werden können, so hört man in demselben Athem zwei Antworten: „Wir haben Rücksicht zu nehmen auf die auswärtigen Mächte und wir haben Rücksicht zu nehmen auf Oesterreich und auf Preußen!“ Ich aber antworte, meine Herren, wir haben keine Rücksicht zu nehmen, als auf die Ehre Deutschlands! (Bravo von der Linken.) Möge es Rußland, möge es Frankreich, möge es England wagen, uns hineinzureden in unsere gerechte Sache! wir wollen ihnen antworten mit anderthalb Millionen

bewaffneter Männer. Ich sage Ihnen, nicht Rußland, nicht Frankreich und nicht England werden es wagen, und ich will Ihnen sagen, warum, ohne mich auf Erörterung auswärtiger Verhältnisse einzulassen; deßhalb, weil sie klug sind; weil sie wissen, daß, wenn sie einen ungerechten Angriff auf Deutschland unternehmen, dieß eine deutsche nationale Erhebung herbeiführen würde, wie sie vielleicht die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, (Bravo auf der Linken) eine Erhebung, meine Herren, die freilich lawinenartig nebenbei auch sehr leicht die 34 deutschen Throne und manches Andere vor sich aufrollen könnte. Also, meine Herren, sie wagen es nicht! — „Aber Oesterreich," höre ich einwenden, „Oesterreich und Preußen sind zu berücksichtigen." — Meine Herren, was Oesterreich anbelangt, so wollen wir es offen gestehen, daß in dessen Verhältnisse zu Deutschland noch Manches dunkel ist, und es wird unsere Pflicht sein, dieses Dunkel so rasch als möglich aufzuhellen, und die Gelegenheit dazu ist uns geboten durch den in diesen Tagen gestellten Antrag von Eisenmann. Ich fürchte aber, die Verhältnisse werden die Gelegenheit noch früher herbeiführen, wenn es wahr ist, was heute mitgetheilt wurde, daß die Franzosen in Venedig eingerückt seien, und das geschieht in einer Zeit, in der noch nicht festgestellt ist, ob, wenn wir von dem Verhältnisse Deutschlands zu Oesterreich reden, wir von 8 Millionen Deutschen sprechen, oder auch von der doppelt so großen Zahl nichtdeutscher Angehörigen des österreichischen Kaiserstaates. So viel aber steht fest,

meine Herren, daß Oesterreich uns in Beziehung auf unsere auswärtigen Angelegenheiten nicht hinderlich in den Weg treten wird, und wäre es aus keinem andern Grunde, schon aus dem, weil es mit sich vollauf beschäftigt ist. — „Aber Preußen," wird mir eingewendet! Nun, meine Herren, in dieser Beziehung wird es nothwendig sein, von vornherein jedes Mißverständniß abzuschneiden. Meine Herren, das Volk in Preußen ist durch und durch deutsch, (Bravo) es ist so deutsch, wie irgend ein Stamm in Deutschland. Glauben Sie es mir, daß die hie und da auftauchenden reactionären Bestrebungen der Aristokratie in Preußen nicht durchdringen werden gegen jene allgemeine deutsche Gesinnung! Sollte es daher das preußische Gouvernement wagen, verblendet durch jene frevelhaften Bestrebungen Einzelner, sollte es wagen, was ich nimmermehr glauben werde, bis ich es sehe, sollte es in wahnsinniger Weise seine Hand muttermörderisch aufzuheben wagen gegen Deutschland, — meine Herren, so würde dieses Gouvernement mit schleunigen Schritten seinem Verhängnisse entgegengehen, das Volk in Preußen würde es, vielleicht nach blutigen Zuckungen, beseitigen. (Bravo!) Meine Herren, man hat vorhin von der Ehre Preußens von dieser Tribüne gesprochen, und diese Ehre steht sehr hoch, — aber lassen Sie uns dieses Mißverständniß auch nicht einen Augenblick aufkommen. Es handelt sich bei der Ratification dieses Tractates in keiner Weise um die preußische Ehre, es handelt sich nur um die Ehre eines preußischen Ministeriums (Bravo!) und, meine Herren,

wenn von der Ehre Deutschlands die Rede ist, dann kommt weder die Ehre eines preußischen Ministeriums, noch die Ehre des hiesigen deutschen Ministeriums und am wenigsten, ich wiederhole es, irgend eine auswärtige Macht irgendwie in Betracht. (Bravo!) Meine Herren, wir haben unendlich viel bereits versäumt in dieser Angelegenheit und in vielen anderen; wir haben gezaudert in einer Zeit, wo die Verhältnisse noch flüssiger waren und die Geister feurig; aber noch ist es nicht zu spät; soll es aber noch Zeit sein, dann, meine Herren, ist es nothwendig, daß wir durchdrungen sind von der Heiligkeit des Bodens, auf dem wir stehen, heilig, weil die Geschicke Deutschlands in ihm wurzeln; dann ist vor Allem nöthig, daß wir an uns selbst glauben, damit das Volk im Stande ist, an uns zu glauben, und dann ist nothwendig, daß wir in diesem Glauben als tapfere Männer der Geschichte eine neue Bahn brechen und uns nicht hinschleppen lassen in den alten und schmutzigen Bahnen der Geschichte. Meine Herren, die Stunde ist da, mögen die Männer nicht fehlen! Der Waffenstillstand verletzt die Ehre Deutschlands und darum kann und wird er nicht ratificirt werden, — das weiß ich, weil die Ehre Deutschlands dieß fordert, und aus diesem Grunde lassen Sie uns die schleunigsten Schritte thun, um seinen Vollzug sofort zu sistiren, und geben Sie dabei keiner Rücksicht Raum, als der einen: der Ehre Deutschlands! (Anhaltendes Bravo.)

Zimmermann von Stuttgart: Ich beschränke mich, meine Herren, für heute ganz allein auf den

Antrag des Ausschusses, natürlich der Majorität, ich sehe ganz ab von dem Materiellen, und halte mich ganz allein an das Formelle, um aber schon aus diesem einzigen Punkte Ihnen die Annahme des Antrags der Mehrheit des Ausschusses zu empfehlen. Sie haben gehört, und haben selbst mit Augen wohl lesend gesehen, daß nicht sowohl die Vollmacht überschritten worden ist, wie man gesagt hat, sondern daß geradezu gegen die Vollmacht, die ausgestellt worden, gehandelt wurde; dieser Waffenstillstand ist gerade gegen die ausgestellte Vollmacht in den erheblichsten Punkten geschlossen worden. Meine Herren, da die Centralgewalt, so wie sie da ist, einmal von uns geschaffen worden, so ist es unser Aller Pflicht, ihre Würde aufrecht zu erhalten und ihrem Willen nach allen Seiten hin Nachdruck zu geben, zumal da ihr Wille kein anderer sein kann und darf, als der Wille der Mehrheit dieser hohen Versammlung selbst. Herr Dahlmann hat es Ihnen recht im Einzelnen, soweit es ihm bei den lückenhaften Aktenstücken möglich war, vor Augen geführt, wie der abgeschlossene Waffenstillstand ebensowohl gegen die Vollmacht, welche die Centralgewalt ausgestellt hat, als gegen den ausdrücklichen Beschluß dieser hohen Versammlung lautet. Die von uns eingesetzte Centralgewalt bedarf es, meine Herren, in der öffentlichen Meinung Europa's den Beweis der Kraft von sich zu geben; Nachgiebigkeit, Nachsicht bei einem Punkte dieses auf eine solche Weise zu Stande gekommenen Waffenstillstandes wäre Schwäche in den Augen Europa's, und

wenn die Centralgewalt, wenn wir, diese hohe Versammlung, in der öffentlichen Meinung unsern natürlichen Halt verloren hätten, was wären wir dann noch, was wäre dann noch die Centralgewalt? — Nullen wären wir. Meine Herren, ein großer Staatsmann hat gesagt, die Geistessuperiorität eines Ministeriums bestehe darin, daß es im Stande ist, die von ihm abhängenden Wirkungspunkte mit der Centralkraft zu vereinigen. Wenn darin die Geistessuperiorität eines Ministeriums in Wahrheit besteht, nun dann, meine Herren, dächte ich wohl, wäre dieser Satz des großen Staatsmannes nicht eben ein günstiger Beleg, um an diesem die Geistessuperiorität des Ministeriums des Auswärtigen unserer Reichsgewalt zu prüfen. Herr Heckscher, der Minister des Auswärtigen, hat gestern freilich hier auf dieser Tribüne gesagt, die Kritik sei leicht und die Kunst sei schwer, aber heute in dieser vorliegenden Frage, meine Herren, bin nicht ich der Kritiker, die Thaten sind die Kritik, und die Beredtsamkeit der Thatsachen kritisirt hier schwerer und lastender, als alle Worte aller Kritiker es vermöchten. Staatsmänner, die sich auf einem hohen Standpunkte zu stehen dünken, die möchten freilich vielleicht sagen: „wie kann man im Angesichte einer großen Weltstellung, im Angesichte der europäischen großen Staatenverhältnisse noch in Betracht ziehen einen so kleinen Punkt, wie Schleswig-Holstein — vor den Rücksichten, die man den großen Verhältnissen bringen muß, vor diesen Rücksichten müssen so kleine Verhältnisse sich zurückstellen. — Meine Herren! Wir haben

für diesen kleinen Punkt — Schleswig-Holstein — heilige Zusagen, Beschlüsse dieser hohen Versammlung und Kriegsvölker in Bewegung gesetzt, haben sie in Bewegung gesetzt vor den Augen Europa's, der ganzen gesitteten Welt, auf diesem kleinen Punkte haftet, wie sehr richtig Herr Simon von Breslau sich ausgedrückt hat, es haftet darauf die Ehre der deutschen Nation. — Klein oder groß, der Punkt mag sein, wie er will, wo die Ehre darauf eingesetzt ist, da darf man kein Opfer scheuen, um sie zu wahren. Uebrigens kann ich Ihnen sagen, meine Herren, daß ich keinen solchen Bruch fürchte, wie die Herren Bassermann und Schubert ihn angedeutet haben. Vielmehr stimme ich vollkommen mit Herrn Simon überein und bin überzeugt, daß die Nachricht von dem geschlossenen Waffenstillstande, in der Art, wie sie uns bekannt geworden ist, eben so sehr die Nationalversammlung zu Berlin schmerzlich durchzucken wird, wie sie die Herzen der Meisten unter uns durchzuckt hat. (Bravo.) Ich habe vorerst nur einen Grund, warum ich glaube, daß Deutschland mit Preußen wegen dieser Frage nicht brechen wird, und das ist eben der Grund, den Herr Simon angeführt hat: daß die Ehre der Preußen höchstes Gut, wie sie auch das unsrige ist. Die deutsche Nation, ja nicht bloß die deutsche Nation als Preußen, sondern als Oesterreicher, als süddeutsche Völker im Allgemeinen, wird es gewiß nicht über sich bringen, um den Preis der Ehre die gehoffte und erstrebte Einheit auch wirklich zu erringen. Wenn es nun gewiß ist, woran ich nicht zweifle, daß von der Natio-

nalversammlung in Berlin dem Ministerium zu Berlin derartige Kundgebungen werden zu Ohren kommen, woraus es schließen kann, daß der Vollzug des Waffenstillstandes nicht preußische Ehren- und Nationalsache ist, so wird das Ministerium entweder nicht auf den Vollzug bestehen, oder es wird, wenn es noch Ehre im Leibe hat, abgehen. Meine Herren, das Traurigste wäre freilich, wenn Deutschland zum zweiten Male das Beispiel eines Baseler Friedens erleben müßte. Die Uneinigkeit Deutschlands war stets unser größtes Unglück, aber ich denke, so weit vergessen werden gewisse Leute nicht haben, daß sie einen zweiten Baseler Frieden schließen. Ich bin von Haus aus nicht so kriegerisch gesinnt, und weiß auch, wie sehr ein Volk unter einem Krieg blutet. Wenn aber eine Staatsgewalt noch in ihrer frischen Kraft ohne eine Niederlage erlitten zu haben, einen nicht ehrenvollen, ja nicht einmal einen vortheilhaften Waffenstillstand oder Frieden schlösse, was würden Sie zu dieser sagen? Nur eine durch Niederlagen ohnmächtig gewordene, nur eine zertretene Staatsgewalt darf sich bei Seite werfen lassen, nicht aber wir, die wir in der frischesten Kraft uns fühlen. Ich habe es als ein Glück gepriesen, meine Herren, als wir den Beschluß gefaßt hatten in dieser hohen Versammlung, daß künftig hier das Wohl und Wehe von Millionen, das Geschick und die Ehre Deutschlands nicht mehr bloß in die Hände einzelner Diplomaten und Höflinge gelegt sein solle. Nun will ich sehen, ob ich diesen Beschluß noch glücklich preisen kann, an der Abstimmung. Aber

ich bitte Sie, haben Sie vor Augen das, was die deutsche Nation, was Europa's Völker, deren Größe Sie nacheifern wollen, was die Nachwelt sagen wird! Stimmen Sie, ich beschwöre Sie, als deutsche Männer, und nicht als Hinterdreingehende hinter einer besondern Politik! Stimmen Sie für den Antrag der Mehrheit des Ausschusses. Sollten Sie aber nicht in der Mehrheit dazu bewegt werden können, und sollte die deutsche Nation in der Mehrheit Ihre Ansichten theilen, nun, meine Herren, dann lassen Sie wieder die Glocken läuten von der Paulskirche und allen Thürmen, wie in der Stunde, da der Herr Präsident die Schöpfung der Reichsgewalt verkündigte! Lassen Sie sie läuten, rheinabwärts und rheinaufwärts, aber nicht als zu einem Gruße der festlichen Weihe; lassen Sie sie läuten zu einem großen Grabgeläute; denn, wenn die Ehre deutscher Nation auf diese Art hingegeben würde, dann wäre das kaum aus einem todtähnlichen Schlafe auferstandene Deutschland gestorben, todt vor den Augen Europa's, weil es der Ehre abgestorben wäre. Aber ich weiß es, ich weiß es so gewiß, als ich hier stehe, die deutsche Nation in der Mehrheit wird nicht dafür sein, daß Schleswig-Holstein preisgegeben, daß die Ehre Deutschlands hingegeben werde. (Stürmisches Bravo.)

Bassermann von Mannheim: Meine Herren, es muß Ihnen auffallen, daß keiner der begeisterten Redner, die vor mir auf dieser Stelle gestanden, auf die Frage, auf die es heute allein ankommt, eingegangen ist, ob vor Prüfung der ganzen Hauptsache heute schon in die-

sem Incidentpunkte entschieden werden könne, und welchen unwiederbringlichen Nachtheil es denn habe, wenn die Entscheidung über die heutige Frage bis zu dem Zeitpunkte vertagt werde, wo man über die Hauptfrage entscheiden kann. Der Berichterstatter hat selbst hingewiesen auf die Unzulänglichkeit seines Berichtes. Er hat Ihnen selbst gesagt, daß ihm nur eine flüchtige Skizzirung der Thatsachen möglich sei. Wenn dem so ist, so glaube ich, meine Herren, den dringenden Wunsch, ja, die ernste Aufforderung darin zu finden, nicht zu rasch zu urtheilen in einer Sache, deren Folgen keiner von uns übersehen kann. Aber das, meine Herren, können wir übersehen, daß, während in diesem Augenblicke die Gefangenen bereits ausgewechselt sind, während der Waffenstillstand schon durch Aufhebung der Blokade vollzogen wird, während das deutsche Eigenthum, hinweggenommene Schiffe wahrscheinlich jetzt schon wieder heimkehren, während die Nordseestaaten sich, wie alle Nachrichten sagen, freuen über diesen Waffenstillstand, daß, sage ich, in diesem Augenblicke ein Befehl zur Sistirung der weiteren Ausführung des Waffenstillstandes gegenüber Dänemark, gegenüber den durch die Vermittelung betheiligten Mächten, wie ein Treubruch aussehen müßte. Diese Mächte haben es nur mit Preußen zu thun, welche im Namen der Centralgewalt abgeschlossen. Das Verhältniß zwischen Preußen und uns berührt jene Mächte nicht. Wir haben es mit Preußen zu thun, und wir werden mit Preußen abrechnen. (Unruhe, Zischen auf der Linken.) Meine Herren es wird

mich nicht berühren, Zeichen des Mißfallens in dieser Sache zu vernehmen, denn hier gilt es nicht, Beifall zu wecken, hier gilt es nicht, an Leidenschaften zu appeliren, und wären es auch die edelsten Leidenschaften. Hier gilt es, kalt und besonnen die Folgen abzuwägen, in die Zukunft zu schauen, und das künftige Geschick des Vaterlandes im Auge zu behalten, (einige Stimmen auf der Linken: Und die Ehre!) und die Ehre, meine Herren, und ich weiß nicht, ob diese Stunde die rechte ist, darüber abzuurtheilen, wo, auf welcher Seite die Ehre liegt, und ob nicht vielleicht ein Erfolg eintritt, meine Herren, der uns sagt: die Ehre Deutschlands wäre besser gewahrt gewesen, hätten wir jenem Antrage gefolgt. (Zischen auf der Linken, Bravo auf der Rechten.) Meine Herren, vielleicht, daß in demselben Augenblicke, indem sich hier dieses Schauspiel vor unsern Blicken entfaltet, ein gleiches in Kopenhagen stattfindet, ja, wir wissen es aus Nachrichten, daß dort — und das mag Ihnen vielleicht sehr unerwartet klingen — derselbe Sturm auf die dänische Regierung losgebrochen ist, weil der Waffenstillstand den Ultradänischen nicht dänisch genug ist, wie hier eine Opposition gegen uns steht, weil wir Sie ersuchen, Ihren Hauptbeschluß um 2 Tage zu verschieben. Es braucht von mir nicht versichert zu werden, wie schmerzlich uns die Nichteinhaltung unsrer Vollmacht berührt hat. Wer wurde denn am meisten dadurch verletzt? Wer mußte sich dadurch am meisten gekränkt fühlen, als gerade das Ministerium? Wer denn hat also am wenigsten die Aufgabe, die Licht-

seite eines solchen Vertrages hervorzuheben? Allein, in einer solchen Sache, meine Herren, lassen Sie uns einen Augenblick in die Seele Jener blicken, die dort die dänische Regierung bestürmen, und gegen sie ankämpfen, um von beiden Seiten die Sache zu sehen, denn nur dann werden wir ein richtiges Urtheil fällen. Die Dänen sagen zu ihrer Regierung: Wie könnt Ihr in die Aufhebung der bestehenden Gesetze willigen, da darunter ausdrücklich inbegriffen ist die Acte, durch welche die Einverleibung Schleswigs in Dänemark vom Dänenkönig ausgesprochen worden, die Einverleibung Schleswigs, um die allein Krieg geführt worden ist! Die einzige Frucht, die der Krieg den Dänen bringen konnte, wird schon durch diese Bestimmung des Waffenstillstands vernichtet. Wie könnt Ihr in den Herzogthümern eine Regierung einsetzen lassen, welche der großen Mehrheit nach aus Namen gebildet ist, die in diesen Herzogthümern guten Klang haben, und wie könnt Ihr glauben, uns durch einen Namen zu befriedigen, der unter seinen vier Collegen in der Minorität ist? Schon jetzt weiß man übrigens, wie in der Ausführung sich Vieles anders gestalten kann, und schon jetzt ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß dieser Präsident Moltke beseitigt werden wird. Ich frage daher nun: woher das unberechenbare Unglück, welches durch den Waffenstillstand über Schleswig kommen soll? wie kann der Berichterstatter davon sprechen, daß die Herzogthümer in die „gefürchtete Knechtschaft" der Dänen kommen würden? Nie hätte ich geglaubt, daß von ihm auf diese Weise die Leidenschaften würden

aufgeregt werden. (Bravo auf der Rechten, Zischen auf der Linken.) Er sprach von „sicherem Verderben", er sprach vom „Untergang der Herzogthümer". Nein, meine Herren, Untergang? Unter wem, was setzt das voraus? Wer soll untergehen, gegenüber dem Vertrage, daß kein dänischer Soldat die Grenzen überschreiten darf? Die Mitglieder der provisorischen Regierung würden „wie Missethäter behandelt", das ist sein Ausdruck, und was gab er als Beleg? daß sie wenige Tage nach dem Waffenstillstande noch keine Kunde davon gehabt haben! Sind gleiche Ausdrücke mit gleichen Belegen gerechtfertigt? Ich glaube nicht. Meine Herren, ich glaube gerade die Stimmen aus Schleswig sollten am wenigsten urgiren irgend einen Bruch des Waffenstillstands, ich glaube, dieß im Interesse Deutschlands, also auch im Interesse deutscher Ehre. Denn man weiß es, daß die vermittelnden Mächte sehr gerne ihre Betheiligung los wären in dieser Angelegenheit, die auch für sie eine verwickelte werden kann. Sie sind einmal durch die Waffenstillstandsverhandlungen darin verwickelt und müssen dabei bleiben. Sind sie aber einmal davon losgebunden, haben sie in dieser Beziehung ihr Wort gelöst, so werden sie in Zukunft Dänemark verlassen und die Friedensunterhandlungen — und auf den Frieden kann es nur ankommen, weil er das Dauernde bietet, nicht den Waffenstillstand — wird die Centralgewalt mit Dänemark allein führen. Und Dänemark wird in den Friedensunterhandlungen nicht eine so günstige Stellung einnehmen, wie jetzt, und darum glaube ich, daß

das Ende dieser Sache weit mehr der Ehre Deutschlands entsprechen wird, als wenn Sie so beschließen, wie die Majorität des Ausschusses anträgt. Die Ehre Deutschlands ist zu verfechten nach verschiedenen Seiten. Haben wir im Norden Ruhe auf Monate, wenigstens auf mehrere Monate, — und ich glaube, daß die Ruhe im Norden bald durch einen Frieden ganz hergestellt ist, — haben wir dort Ruhe, sage ich, so können wir auf anderer Seite die Ehre Deutschlands besser wahren, als wenn wir dort verwickelt wären, in eine Sache, deren Folge Niemand voraussehen kann. Das schlimmste an der ganzen Sache ist, meine Herren, wir verhehlen es uns nicht, aber nicht blos das Schlimmste, auch das Schmerzlichste ist die Wahrnehmung, daß die Einigkeit in Deutschland noch nicht zu demjenigen Punkte gediehen ist, auf welchem jene englische Stärke beruht. Dahin, glaube ich, werden wir, wir müssen offen sein, meine Herren, werden wir nie mit der Sicherheit kommen, so lange das Provisorium dauert. (Bewegung.) Wir werden müssen das Definitivum, die deutsche Verfassung schneller beendigen, als wir bisher geglaubt. (Bravo auf allen Seiten.) Sie wird uns dann, die Einheit wahrhaft sichern, die das Provisorium eben nicht vollständig sichert. (Bewegung.) Ist diese Verfassung zu Stande gekommen und hat sie Geltung für Deutschland, dann, meine Herren, können solche Fragen nicht mehr vorkommen, und noch ehe diese Krisis auftauchte, war es mein Entschluß, mir das Wort an einem der nächsten Tage zu erbitten, um einen deßfallsigen Antrag an

die hohe Versammlung zu bringen. Hier liegt das Grundübel, und auch noch da, daß in den 30 Jahren tiefen Friedens das alte deutsche Regiment ebensowenig an Errichtung einer Flotte gedacht hat, als an Verbesserung der deutschen Verfassung. Dieß allein macht es möglich, daß jetzt ein kleines Ländchen für 6 Millionen Thaler deutsches Eigenthum in Händen hat, und wir jetzt diesen Kampf bestanden, wie ein Hund gegen einen Fisch. (Stimmen auf der Rechten: Sehr gut! und Gelächter daselbst — Heftiges Zischen auf der Linken.) Dieß allein macht es möglich, daß wir in wenigen Monaten ungleich stärker sein können, als in diesem Augenblicke. Ich möchte aber doch diejenigen, welche da verlangen, es solle ohne Weiteres der Waffenstillstand durch Sistirung seiner Ausführung gebrochen werden, ich möchte diese bitten, die Folgen sich zu vergegenwärtigen, ich möchte sie bitten, dieß mit aller Offenheit zu thun und sich selbst in die Lage zu setzen, dann diese Folgen persönlich auszuführen und dann den Beschluß zu vollziehen, den sie jetzt provociren. Denn wenn Sie gehört haben, daß Preußen für sich den Vollzug des Waffenstillstandes unterzeichnet hat, so frage ich Sie, wen Sie aufrufen wollen bei der Weiterführung des Krieges, und welche Stellung Sie gegenüber Preußen haben? Ich frage Sie, welche Folge dieß für unsere Berathungen und für unser Verfassungswerk haben kann, und ich glaube deßhalb ganz mit dem Abgeordneten Zimmermann: fassen Sie den Beschluß der Majorität, dann wird das Grabgeläute läuten können auf dem

Thurme der Paulskirche. (Beifall auf der Rechten.) Aber ich höre schon: die Einheit sei ja doch verloren, man sehe schon, die Einheit komme nicht zu Stande. Im gerechten Zorne glaubt man der Verzweiflung Raum geben und sagen zu müssen: „Alles oder nichts!“ Meine Herren, ich schätze den Werth der deutschen Verfassung, ich achte die Zukunft unseres Vaterlandes zu hoch, als daß ich nicht, um sie zu erreichen, bis an die letzte Grenze gehen sollte. Als die Nordamerikaner ihre Verfassung beriethen, welche auch dort den Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelte, da wurde diese Verfassung von zwei Staaten sogar förmlich verworfen; aber anstatt nun an der Einheit zu verzweifeln, die dadurch verhindert würde, wurden die Anstrengungen der nordamerikanischen Patrioten nur um so größer und sie haben die Einheit doch erlangt. (Bravo auf der Rechten.) Und so glaube ich, meine Herren, werden wir diese Einheit doch erlangen, und vielleicht gerade, weil diese Krisis eingetreten ist, werden wir sie um so eher erlangen. (Bravo auf der Rechten.) Es mag Preußen, wo es so sehr vor aller Welt im Unrechte ist, daraus eine Lehre nehmen, nachgiebig zu sein für die Fragen, die noch bevorstehen, und wenn uns die gegenwärtige Krisis zu der Ueberzeugung führt, daß wir mit kühnem Entschlusse um jeden Preis, noch ehe die sieben Monate ablaufen, die Verfassung zu Stande bringen müssen, und wenn diese Krisis dieß zur Folge hätte, so würde es mich freuen, daß eine solche Aufregung dazu beigetragen. (Bravo auf der Rechten.) Meine Her-

ren! Wenn ich die Folgen überschaue, die möglichen, die ungeheuren Folgen, welche ein Beschluß, wie der beantragte, haben könnte, nicht gegenüber dem Auslande, sondern gegenüber dem Inlande, unserer ganzen Zukunft gegenüber, so kommt das mir vor, als stünden wir vor einem tiefen Abgrunde. Es gibt Menschen, welche nicht in einen Abgrund zu schauen vermögen, ohne in denselben hinabzustürzen, seien wir nicht solche, sondern zeigen wir, daß unsere Natur stärker ist, daß wir zum Wohle des Vaterlandes vor dem Abgrunde stehen bleiben! (Auf der Rechten großer Beifall.)

Wesendonck von Düsseldorf: Wenn Sie dem Vorredner aufmerksam gefolgt sind, wie nicht zu bezweifeln, so wird Ihnen nicht entgangen sein, daß er es nicht gewagt hat, den Inhalt dieses Waffenstillstandes zu vertheidigen. Er selbst scheint es deutlich gefühlt zu haben, daß mehr denn Tollkühnheit dazu gehört, die Bestimmungen dieses Vertrages vor den Vertretern von ganz Deutschland rechtfertigen zu wollen, und weil er dieß nicht konnte, so hat er das Princip beobachtet, welchem man immer folgte, wenn man von einer großen und kühnen That zurückzuschrecken sucht: Er hat versucht, Sie einzuschüchtern. (Bravo auf der Linken.) Es dürfte aber in diesem Augenblicke bei Ihnen nichts weniger Eindruck erregen, als das Prinzip der Einschüchterung. Hier, wo es wiederholt gesagt worden ist, es handle sich um die Ehre Deutschlands, um die Ehre dieser Nationalversammlung, um die Ehre eines jeden Einzelnen in dieser Versammlung, da glaube ich, wer-

den solche Einschüchterungsversuche fruchtlos sein. Meine Herren, ich weiß sehr wohl, daß wir in dieser überaus wichtigen Frage nur mit Besonnenheit und nur mit Mäßigung verfahren dürfen; ich weiß das wohl. Ich weiß aber auch ebensowohl, daß wir hier nur mit Energie handeln dürfen, und daß das wenige Vertrauen, welches in Deutschland zu dieser Versammlung noch herscht, ganz und gar zu Grabe getragen wird, wenn wir uns nicht einmal zu einer großen und kühnen That erheben können. (Vielfaches Bravo.) Meine Herren! Es ist in dieser Versammlung oftmals gemeint, oftmals Einzelnen zur Last gelegt worden, als hätten sie einen besondern Haß, als trügen sie eine besondere Feindschaft im Herzen gegen einen einzelnen deutschen Volksstamm. Ich will in dieser ernsten Stunde nicht leugnen, daß zuweilen durch übereilte Worte dazu Veranlassung gegeben worden sein kann, allein wenn Sie die Hand auf's Herz legen, so werden Sie Niemand unter uns zutrauen, daß er wirklich mit Absicht einen deutschen Bruderstamm habe kränken wollen. (Beifall.) Aber einen Unterschied pflegen wir zu machen zwischen den Stämmen unserer deutschen Brüder und den Cabinetten, welche an der Spitze der einzelnen deutschen Staaten stehen, und wenn es auch in dieser Frage nothwendig sein sollte, die Politik eines derjenigen Cabinette, welches als das mächtigste denen der übrigen Staaten voransteht, zu bekämpfen, so mögen Sie ja nicht glauben, daß damit auch wiederum beabsichtigt werde, gegen ein deutsches Brudervolk irgend einen Angriff zu richten.

Meine Herren! Fragen wir indessen nach dem ersten Ursprunge dieses unseligen Waffenstillstandsvertrages, so muß ich es offen aussprechen: die erste Schuld liegt nicht in der preußischen Politik, sondern in dem Ministerium, welches hier vor Ihnen sitzt. (Beifall auf der Linken.) Der Art. 4 des Gesetzes vom 28. Juni d. J. schreibt ausdrücklich vor, daß über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten nur im Einverständnisse mit dieser Versammlung von der Centralgewalt beschlossen werden könne, und selbst die Vertreter unsers Ministerii haben es an dieser Stelle nicht eingeräumt, aber zugestanden, daß auch der vorliegende Waffenstillstandsvertrag ein politischer Vertrag sei, daß er daher nur im Einvernehmen mit dieser Versammlung geschlossen werden könne. Was war nun Angesichts dieses Artikels die Pflicht unseres Ministerii? War es von dem Reichsministerium recht gehandelt, an die preußische Regierung eine Vollmacht zu ertheilen, ohne nicht nur sich allein, sondern auch der Nationalversammlung die Ratification vorzubehalten? (Auf der Linken Bravo.) Das war der einzige richtige Weg, den das Ministerium wandeln mußte. Und nun lesen Sie die Erklärung des vormaligen Ministerpräsidenten Camphausen, welche dieser unserem Ministerium zugestellt hat, und Sie finden darin die Bemerkung, wonach das Ministerium auf diesen Punkt noch besonders aufmerksam gemacht worden ist. „Daß Seine Majestät der König“ — heißt es darin — „nicht nur im Namen des deutschen Bundes, sondern auch im eignen Namen handelte, wird schon deßhalb

einer besonderen Erläuterung nicht bedürfen, weil die Vollmacht für die königliche Regierung von Seiner kaiserl. königl. Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser vorzüglich zu dem Zwecke erbeten und bewilligt worden war, um das Hemmniß zu beseitigen, welches bei den Verhandlungen zu Bellevue der Vorbehalt der Ratification erzeugt hatte. Indem die königl. Regierung sich auf Grund jener Vollmacht zum Abschlusse ohne Vorbehalt ermächtigt erklärte, mußte sie selbstredend auch im eigenen Namen die Ausführung verbürgen." Es ist also als Hauptmotiv für diesen Fall namentlich geltend gemacht worden vom preußischen Cabinette, daß man eine spätere Ratification nur als Hinderniß zu einem wirklichen Waffenstillstands-Abschlusse betrachte. Es liegt, meine ich, hier offenbar der Fall vor, daß, wenn das Ihnen vorgelegte Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister schon jetzt proclamirt wäre, die Nummer 7 des § 5, worin es heißt: „Die Anklage kann erhoben werden wegen jedes auf Aufhebung oder Beschränkung der Rechte der Nationalversammlung gerichteten Unternehmens", hier Anwendung finden würde und man das Ministerium in Anklagestand versetzen könnte. Wenn jener Passus schon genehmigt wäre, so könnten wir ihn hier anwenden. Ja, verhehlen wir es uns nicht, werfen wir nicht allein einen Stein auf die preußische Regierung, sondern suchen wir nach dem Ursprunge, nach der Quelle, und dann kann ein Zweifel nicht mehr übrig bleiben. Allein auch das preußische Cabinet, auch der Bevollmächtigte desselben hat leider in vielen Punk-

ten die Vollmacht, die ihm ertheilt war, überschritten. Ich will nicht alle Punkte hervorheben, in welchen eine Ueberschreitung dieser Vollmacht liegt, aber Eines, was mir das Wichtigste scheint, kann ich nicht verschweigen. Ich will nicht erwähnen die Trennung der beiden Herzogthümer, die jetzt beliebt worden ist, ich will mich nicht auslassen darüber, daß die Armeen, die in Schleswig und Holstein zurückgeblieben sind, nicht mehr unter dem Oberbefehl des Befehlshabers der deutschen Armee stehen sollen, nein, nur einen Punkt will ich anführen, den Punkt nämlich, worin gesagt wird, daß sämmtliche von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze und Verordnungen für ungültig erklärt werden sollen. Dieser Paragraph, meine Herren, bringt Sie völlig in die Lage, wie wenn dereinst Einer auftreten und erklären wollte: alle Maßregeln, die von dieser Nationalversammlung geschehen sind, sind null und nichtig, denn sie sind von einer revolutionären Behörde ausgegangen. Diese Bestimmung leugnet das Recht der Revolution, sie will den früheren Zustand, wie er war vor der großartigen Erhebung im März d. J., die, wie überall in Deutschland, so auch in Schleswig-Holstein eingetreten war, sie will ihn wieder zurückführen in die trübe Vergangenheit, und das, meine Herren, ist eben so sehr ein Unrecht von der preußischen Regierung, als es ein schmachvolles Unrecht von uns sein würde, wenn wir einem unter solchen Umständen abgeschlossenen Waffenstillstande unsere Zustimmung ertheilen wollten. Man hat, und besonders der Vorredner hat gesagt, man

wolle ja nur Zeit gewinnen für einen ehrenvollen Frieden, der Waffenstillstand, der geschlossen ist, sei unpräjudicirlich für den dereinst zu schließenden Frieden. Ich behaupte das Gegentheil, ich behaupte, wer einem solch schmachvollen Waffenstillstande seine Zustimmung ertheilen kann, wird auch nicht anstehen, später einen schmachvollen Frieden zu schließen (Zustimmung auf der Linken), man wird sich auch dann auf das fait accompli stützen, und wenn dann wieder eine Regierung eigenmächtig genug sein sollte, nur in dem Sinne in Deutschland aufgehen zu wollen, daß sie den Willen der provisorischen Centralgewalt nicht befolgt, dann wird man eben so schwach sich zeigen, als man sich heute zeigen würde, wenn man einen solchen Waffenstillstand genehmigt. Meine Herren! Es ist bemerkt worden von verschiedenen der Herrn Reichsminister und auch von dem Vorredner, daß man, wenn man diesem Waffenstillstande seine Genehmigung versage, auf der einen Seite einigen Hunderttausend Menschen eine Wohlthat erzeige, während man vielleicht 16 Millionen Preußen, vielleicht noch eine Million Hannoveraner und eine halbe Million Mecklenburger von sich zurückstoßen würde. Ich protestire, Namens dieser 16 Millionen nicht, aber Namens derjenigen, die mich hierher gesandt haben, gegen eine solche Zumuthung. Lesen Sie die Nachrichten, die über die Stimmung in Preußen ein richtiges Licht verbreiten, sehen Sie heute von denjenigen Kreisen ab, in denen sich die Stimmung meiner Partei besonders ausspricht, gehen Sie in die Kreise, wo Sie besonders Ihre Ver-

treter gefunden haben, (sich zur Rechten wendend) sehen Sie nach Königsberg, wo 17 constitutionelle Vereine unbedingt erklärten, daß sie sich der Centralgewalt unterwerfen werden, sehen Sie nach Berlin, wo von den constitutionellen Vereinen ganz Preußens dasselbe erklärt wurde, und Sie werden nicht anstehen, eine solche Behauptung Lügen zu strafen. Nein, das preußische Volk darf nicht identificirt werden mit einem Cabinet, das allerdings eine außerdeutsche, eine preußische Politik befolgt, und Sie dürfen ihm den Vorwurf nicht machen, daß seine 16 Millionen anstehen werden, wenn hier dieser Waffenstillstand nicht genehmigt wird, sich diesem Beschluß zu unterwerfen. (Beifall.) Ich lasse dabei ganz außer Betracht, was der Handelsverein von Flensburg uns geschrieben hat, ob einige Ostseehäfen durch deu Waffenstillstand, durch Aufhebung der Blocade, momentan gewinnen werden; ich behaupte aber, man darf bei so großen und wichtigen Fragen nicht nach dem Geldsäckel messen, sondern nach der Ehre Deutschlands, und wir wollen uns durch solche Klagen, die uns von Einigen hingeworfen werden, nicht bestimmen lassen, unsere Ehre zu verleugnen. (Bravo.) Das Ministerium hat uns eben die beruhigende Zusicherung gemacht, daß es von allen einzelnen deutschen Staaten nunmehr die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des darüber erlassenen Gesetzes verlangen wolle. (Gelächter auf der Linken.) In diesem Augenblicke, wo es sich von Thaten handelt, will man uns mit einem Stück Papier antworten. Hier zeigt es sich, hier muß es

sich zeigen, ob das preußische Cabinet, ob die preußische Regierungsgewalt die Centralgewalt und die darüber erlassenen Gesetze unumwunden anzuerkennen bereit ist. Es muß, wenn wir diesen Waffenstillstandsvertrag sistiren, sich von demselben zurückziehen, und ich glaube, es wird geschehen. Ich lasse mich nicht einschüchtern durch die Drohung, daß es zu einem Bruch zwischen Deutschland und Preußen führen würde, ich glaube an diesen Bruch nicht. Ich glaube zwar, daß dieser Bruch im Sinne manches Cabinets liegen mag, aber er liegt nicht im Sinne des preußischen Volkes, und das preußische Volk wird sich wie ein Mann erheben gegen sein Cabinet, wenn es in dieser Frage nicht im Einvernehmen mit Deutschland handeln wollte. (Vielstimmiges Bravo.) Also, meine Herren zwischen uns und zwischen die Einheit Deutschlands lassen Sie dieses Mal kein Stück Papier treten, lassen Sie uns dieses Mal, ehe es zu spät wird, handeln, lassen Sie uns hüten, daß nicht auch dieser Nationalversammlung zugerufen werde: „Zu spät, zu spät! (Lebhafter Beifall.)

Wichmann von Stendal: Meine Herren! Indem ich in einer Frage das Wort nehme, welche, wie es nicht zu leugnen ist, die Feuerprobe der hiesigen Versammlung ist, mit deren Entscheidung unser ganzes bisheriges Wirken steht und fällt, kann ich die Entrüstung nicht verhehlen, daß man bei der Schleswig-Holstein'schen Angelegenheit eine Politik befolgt hat, welche, obwohl häufig mit Erfolg sehr selten mit Ehre verknüpft war, die Politik der faits accomplis. Nach den glänzenden

Erfolgen, die unsere Waffen in Schleswig-Holstein davon getragen hatten, nach der Begeisterung zu urtheilen, mit welcher der Krieg begonnen wurde, konnten wir mit Recht erwarten, daß man uns einen Waffenstillstand vorlege, der auf ganz andere Bedingungen hin geschlossen wäre, als diejenigen, welche vorliegen und für deren Rechtfertigung man keinen andern Grund hat, als die hohle Phrase: Genehmigt sie, denn sie sind vollzogen. (Bravo.) Mit Recht, meine Herren, suchen wir nach allen Seiten nach Mitteln, um die bedauernswerthen Resultate, die in Folge dieses Vertrages bereits eingetreten sind und unvermeidlich noch eintreten werden, zu verhindern und dasjenige, was geschehen ist, rückgängig zu machen, sowie ferneren unsere Ehre und Würde verletzenden Maßregeln zu begegnen. Aus diesem Beweggrunde ist der Antrag der Herren v. Rappard und Genossen, der des Ausschusses, den er in seiner Majorität an die Versammlung gebracht hat, hervorgegangen; aber wir müssen uns fragen, meine Herrn, ob das vorgeschlagene Mittel das richtigste ist, und ich befinde mich leider in der Lage, daß ich es bestreiten muß. Ich halte das Mittel nicht für gerecht, nicht für heilbringend. Ich sage, ich halte dieses Mittel, nämlich die Sistirung der Zurückziehung der Truppen jetzt zu bewirken, nicht für klug. Die Zurückziehung der Truppen von beiden Seiten ist eine der wesentlichsten Bedingungen des Waffenstillstandes und zugleich eine der billigsten und heilsamsten. Durch Zurückziehung der Truppen will man den Ländern, die den Krieg führten, beiderseits die

Kosten des Krieges erleichtern, man will dem Lande, in dessen Herzen der Krieg spielt, die Lasten desselben abnehmen. Das Zurückziehen der Truppen, Sie haben es selbst gelesen, war vom Anfange an eine der Bedingungen, auf welchen alle Verhandlungen über einen Waffenstillstand fußten. Nun frage ich Sie, meine Herren, ist es politisch, daß man, anstatt mit der am meisten verletzenden, gerade mit der billigsten und wohlthätigsten Bedingung anfängt zu brechen? Wir können uns nicht verhehlen, daß, wenn wir dieses thun, der ganze Waffenstillstand in Frage gestellt und gebrochen ist. Meines Erachtens ist das nicht zu bestreiten; es ist nicht bloß eine Suspension des Vertrages, sondern ein Bruch des ganzen bereits ratificirten Vertrages von Anfang bis zu Ende. Ich habe gesagt, dieses Mittel sei nicht klug. Denn es ist nicht rathsam, auf diese Weise das herbeizuführen, was wir mit einem bei weitem größeren Effecte thun können, wenn wir den Vertrag in allen seinen Theilen, und zwar nicht nach und nach, sondern auf einmal durch die Beweisführung zurückweisen, daß er mit dem Wohle der Freiheit und des Landes unverträglich ist. Statt dessen sagt man, mit einem Theile solle man anfangen und die Entscheidung über die andern hinausschieben; ich sage, wir müssen die Ratification ein für allemal in allen Punkten verweigern, wenn eine solche Entscheidung unvermeidlich ist. Und das kann nur dann geschehen, wenn uns die ganzen, auf diesen Waffenstillstand Bezug habenden Actenstücke vorgelegt sein werden. Ich behaupte zweitens, die Ge=

nehmigung derjenigen Maßregeln, welche die Majorität des Ausschusses Ihnen vorgeschlagen hat, ist nicht gerecht. Die Krone Preußen hat schon von dem deutschen Bunde die Vollmacht erhalten, in ausgedehnter Weise mit der Krone Dänemark Unterhandlungen zu führen über einen später abzuschließenden Frieden. Preußen hat die Unterhandlungen auf Grund dieser Vollmacht angefangen und fortgeführt, bis zu dem Punkte, wo die provisorische Centralgewalt in's Leben trat. Dadurch wurde die Vollmacht Preußens wesentlich beschränkt; die provisorische Centralgewalt konnte die Vollmacht in keiner andern Weise erneuern, als daß sie die Bestimmung beifügte, daß alle Schritte Preußens der Ratification dieser Versammlung unterliegen müssen. Ja! es brauchte diese Bedingung eigentlich nicht hinzugefügt zu werden, sondern sie verstand sich nach dem Gesetze über die provisorische Centralgewalt, nach unserm Beschlusse vom 9. Juli von selbst. Durch das Erlöschen des deutschen Bundes erlosch auch die von ihm ausgestellte Vollmacht, und Preußen hatte auf keinen andern Grund hin zu verhandeln, als auf Grund der ihm von der Centralgewalt ausgestellten Vollmacht; es mußte die Unterhandlungen vollständig abbrechen, es mußte die Centralgewalt von denjenigen Mächten, welche im Krieg begriffen waren, erst anerkennen lassen, um dann die Unterhandlungen von Neuem anfangen zu können. Das ist nicht geschehen. Wenn Sie sich jetzt auf den Standpunkt der uns feindlichen Mächte stellen, können Sie nicht behaupten, daß wir im Rechte sind, wenn wir

verlangen, daß sie unbedingt sich unsre Ratificationen gefallen lassen müssen; Dänemark erkannte die Centralgewalt nicht an, Dänemark sowohl, wie England, unter dessen Garantie die Verhandlungen geführt wurden, waren noch gar nicht einmal auf dem völkerrechtlichen Wege von ihrer Constituirung in Kenntniß gesetzt. Für andere fremde Mächte war also die Verpflichtung, die Vollmacht anzunehmen, welche Preußen von der Centralgewalt erhalten hatte, nicht vorhanden. Für sie existirte nur die Vollmacht, welche Preußen vom deutschen Bunde erhalten hatte, und kraft deren es im Namen des deutschen Bundes und zugleich in seinem eigenen Namen handelte. Können wir von den fremden Mächten nun verlangen, daß sie eine solche nachträgliche Bedingung, welche in unserm Beschlusse vom 9. Juli und dem Gesetze über die Centralgewalt liegt, anerkennen müssen? Mir leuchtet die Gerechtigkeit dieser Forderung nicht ein. Ich behaupte drittens, daß der Bruch des Waffenstillstandes wenigstens in der Weise, wie Sie ihn vorgeschlagen haben, nicht heilbringend ist. Der Waffenstillstand ist am 2. September geschlossen und ratificirt worden, mit dem 2. September beginnt die Ausführung desselben, mit dem 2. September wird die dortige provisorische Regierung in Wirksamkeit treten, werden die Schiffe freigegeben, die Blokaden gelöst, werden die Truppen sich zurückziehen. Wir zählen heute den 5. September, wir verhandeln vielleicht noch 3 bis 4 Tage, (Unruhe) — ich hoffe es nicht, weiß aber nicht, in welche Länge sich die Sache ziehen wird, we-

nigstens wird der Zeitpunkt, bis wohin die preußischen Befehlshaber von unserem Beschlusse in Kenntniß gesetzt werden können, so lange währen, und dann werden die Truppen größtentheils ihre jetzige Stellung schon verlassen haben, aus Schleswig-Holstein heraus sein, und das Land ist bloß auf seine eigenen Bewohner, seine eigenen Vertheidigungsmittel beschränkt, allen Schlägen des Angriffskrieges preisgegeben, die es schon einmal so bitter erfahren hat. Dänemark kann, wenn wir durch den Bruch des Waffenstillstandes das Signal zum Kriege geben, seine Truppen durch seine Schiffe nach allen Punkten der Schleswig-Holsteinischen Küste hinschleudern, die Flüsse wieder blokiren, die Häfen sperren, die Handelsschiffe in Beschlag nehmen, wir können es nicht verhindern. Dänemark kann schneller handeln, als wir, und deßhalb bedarf der voreilige Schritt, den wir nach dem Antrage der Majorität des Ausschusses thun sollen, einer ernstlichen Erwägung. Vergegenwärtigen wir uns die Folgen, welche ein solcher Schritt haben könnte! Offenbar den Bruch des Waffenstillstandes und mit ihm den sofortigen Wiederausbruch des Krieges, und, meine Herren, fragen Sie sich, ob dieser Krieg mit denselben Augen von Deutschland jetzt angesehen wird, wie vorher. Sie haben es heute von dieser Tribüne gehört, wie sehr sich die Sympathien in Schleswig-Holstein verändert haben. (Zuruf: Das sind nur Kaufleute!) Meine Herren, die Sprache, welche der dortige Handelsverein geführt hat, ist die wichtigste Sprache, die nur geführt werden kann, es ist die Sprache

der materiellen Interessen, und wenn wir auch mit noch so viel Feuer, noch so viel Patriotismus den Kampf anfangen, auf die Dauer können wir, wenn wir die materiellen Interessen gegen uns haben, wenn uns die Sympathien im Lande selbst fehlen, des Sieges nicht gewiß sein. Ich weiß wohl, daß vom Rhein bis zur Oder, von den Alpen bis zu den Belten es ertönte: „Schleswig-Holstein, meerumschlungen", aber mit Liedern ist die Macht der Feinde noch nicht niedergesungen. (Heiterkeit.) Ich liebe es einmal nicht, mit den wohlfeilen Gefühlsgründen von der Ehre, Unabhängigkeit, Freiheit und Einheit Deutschlands zu streiten; ich liebe es einmal nicht, die Dinge im rosenfarbigen Lichte durch eine grüne Brille zu betrachten (große Heiterkeit); ich nehme sie so, wie sie leider in der bitteren Wirklichkeit sind. Man hat uns vor sechs Monaten als Befreier in Schleswig-Holstein begrüßt, aber jetzt wollen die Schleswiger von uns befreit sein. (Oh! oh!) Die Nachrichten, die wir haben, lauten jetzt ganz anders, als vor sechs Monaten. General Wrangel beklagt sich selbst darüber. Alle seine Operationen wurden verrathen, er konnte nie die geringste Unterstützung, keine Kriegsfuhren von den Schleswigern erlangen. Wo er zwölf Kürassiere einquartirte, mußte er zwei Mann hinstellen, damit sie nicht verrathen werden konnten. Sie haben gehört, daß unsere Vorposten oft auf eine räthselhafte Weise gefangen wurden, und wie läßt sich dieses verstehen, wenn nicht die Schleswiger mit den Dänen in einem innigen Einverständniß gewesen wären? Und wie hat

diese Stimmung auf Deutschland zurückgewirkt? Wie werden sie jetzt die Ostseeküste überreden können, einen Krieg fortzuführen, der schon mehrere Millionen gekostet hat, wenn Sie nicht beweisen können, daß ganz Schleswig deutsch sein will. Damals haben uns schleswig'sche Deputirte gesagt, es existirten nicht drei Mann, die dänisch sein wollen, und heute erfahren wir gerade das Gegentheil aus den Zeitungen und dem Hauptquartier. (Mehrere Stimmen: Sehr wahr.) Fassen Sie den Zeitpunkt näher ins Auge, welchen wir jetzt vor uns haben, jetzt, wo wir den Waffenstillstand ratificiren oder nicht ratificiren wollen. Es sind nicht allein die Ostseeküsten, welche bitter unter diesem Druck des Krieges lasten, es sind nicht nur die 13 blühenden Ostseehäfen, in welchen so gut, wie gar keine Gewerbsthätigkeit herscht; der Verlust hat sich weiter ausgedehnt. Was man an der Mündung der Elbe spürt, hat man auch weiter hinauf gespürt, das können Sie durch das ganze Land verfolgen, und mit Recht frägt das Land, warum es noch mehr Opfer bringen soll für die Wiedererobe-rung einer Provinz, die nicht so viel werth ist, als der Krieg schon gekostet hat? (Unruhe.) Es sind dieß kalte Worte des Verstandes, mein Gefühl ist ein ganz anderes, aber sie sind wahr! Gerade jetzt, wo auch die Noth im Lande selbst schon groß ist, wo sich auch das Ministerium in Berlin selbst zu dem traurigen Schritte gezwungen sieht, einem Zwangsanlehen mit allem möglichen Nachdrucke Folge zu geben, gerade, wo der Zeitpunkt gekommen ist, wo die schwer darniederliegenden Ostsee-

provinzen sich erholen sollen; gerade jetzt verlangt man neue und große Opfer von ihnen; gerade jetzt, meine Herren, beginnt die Getreideausfuhr nach England, einer der wichtigsten Erwerbszweige jener Länder, und Sie wollen, daß der Krieg wieder beginnen, daß diese Erwerbsquelle wieder geschlossen werden soll! Schon an und für sich sind die Maßregeln, die in diesem Hause in Bezug auf die Kriegsfrage getroffen worden sind, nicht der Art, daß wir auf einen weiteren Erfolg hoffen können, daß wir hoffen können, die verlorenen Sympathieen wieder zu erlangen. Durch den Beschluß, den Sie über den Erfolg der Kriegsschäden gefaßt haben, haben Sie den Ostseeprovinzen das einzige genommen, was ihnen übrig blieb, worauf sie so sicher rechneten und was eine gerechte Forderung war; Sie haben ihnen die Hoffnung genommen, daß sie für die vielen Verluste von ganz Deutschland Ersatz bekommen würden. (Bravo.) Meine Herren, berücksichtigen Sie diese Maßregel und lesen Sie die Blätter aus jenen Gegenden, und verhehlen Sie sich nicht, welchen Einfluß dieser Beschluß dort noch bis auf die heutige Stunde übt! (Mehrere Stimmen: Sehr wahr.) Ich komme zum Schluß. Meine Herren, es ist, ich will es nicht verhehlen, es ist von beiden Seiten schwer gesündigt worden, ich meine von denjenigen, die hier unsere Beschlüsse zu vollziehen haben, und vom preußischen Ministerium. Aber fragen Sie sich, welches von beiden Ministerien am meisten gedeckt ist, und Sie werden sich leicht antworten können: es ist das preußische. Ich bin überzeugt, daß, wenn

Preußen einen Widerspruch einlegt gegen den Beschluß, den Sie heute fassen werden, es die Nationalversammlung in Preußen und das ganze preußische Land für sich hat. (Mehrere Stimmen: Nein! andere: Ja!). Wird bei der Stimmung, die in den Ostseeprovinzen ist, die in ganz Sachsen, ja schon in einem Theile derjenigen Provinz herscht, welche mit Preußen noch am wenigsten verknüpft ist, in Westphalen, wird, frage ich, das Ministerium gegen die Gesinnungen und gegen die Interessen dieser Provinzen handeln, wenn es eine Maßregel aufrecht erhält, die es formell gültig gefaßt hat? Gewiß nicht! Sie haben dem preußischen Ministerium Vollmacht gegeben, in seinem eignen Namen zu handeln, wird es, nachdem es den Interessen seines eigenen Landes gemäß gehandelt hat, nun sich von Ihnen bestimmen lassen, das Gegentheil zu thun? — Ich sage nochmals: nein! — Weisen Sie dem deutschen Volke und den Ostseeprovinzen nicht auf das Bündigste nach, daß dieser Waffenstillstand sowohl für die Ehre und die materiellen Interessen des Landes Punkt für Punkt verletzend, daß er gravirend und seinem Heile widerstrebend ist, dann werden Sie auf die Sympathieen des preußischen Volkes nicht rechnen können, Sie werden nicht darauf rechnen können, daß das dortige Ministerium Ihrem Beschluß Folge leistet. Sie werden das Ministerium in die Lage, in die harte Nothwendigkeit versetzen, daß es einen Separatfrieden eingeht, und was wird die Folge davon sein, wenn Sie das Ministerium in Berlin zwingen, diesen entscheidenden Schritt zu thun? Sie werden,

meine Herren, die Fackel des Bürgerkriegs in das Land werfen, und davor möge uns Gott behüten und die Weisheit dieser Versammlung! (Bravo von der Rechten und den Centren; Zischen von der Linken.)

v. Radowitz von Rüthen: Meine Herren! Wer der Begeisterung gegenüber zu nüchterner Prüfung auffordert, befindet sich jedesmal in einer ungünstigen Lage; ich habe deßhalb Ihre Nachsicht doppelt in Anspruch zu nehmen. — Erlauben Sie mir, daß ich zuvörderst einige Begriffe herzustellen suche, die im Laufe dieser lebhaften Discussion einigermaßen verdunkelt worden sind. Ein Waffenstillstand ist kein Friede, und der Waffenstillstand, der vor uns liegt, greift auch dem späteren Frieden nicht vor. Um das Letztere deutlicher zu übersehen, meine Herren, bitte ich Sie, den Blick auf die Bedingungen zu richten, die der einstige Friede, wie wir ihn wünschen, zu erfüllen haben würde. Holstein hat ein unzweifelhaftes Recht darauf, in seiner steten Verbindung mit Schleswig geschützt zu werden. Als die übelberathene dänische Regierung diese Verbindung durch einseitige Gewaltschritte zu zerreißen drohte, mußte Deutschland das ihm angehörige Bundesglied Holstein selbst mit Waffengewalt schützen. Ein hiervon ganz verschiedener Act war die Einverleibung Schleswig's in den deutschen Bund; hierbei stand uns nicht das positive Recht zur Seite. Ich weiß vollkommen, daß es politische Nothwendigkeiten gibt, die einen solchen Schritt gebieten; aber wir dürfen nicht erwarten, daß andere unabhängige Regierungen denselben mit gleichem Auge

ansehen. Dort geht man davon aus, daß Deutschland die Gelegenheit ergriffen habe, Eroberungen zu machen, und nicht bloß die fremden Cabinette, sondern auch die fremden Völker betrachten dieses Verfahren mit Abneigung und Mißtrauen. Da der jetzige dänische Krieg beide Veranlassungen in sich schließt, so ist die Stellung der europäischen Mächte zu diesem Kriege eine bedenkliche, ja eine gefahrdrohende geworden. Soll dieser Streit durch einen für die Interessen der Herzogthümer, und also auch für die unsrigen, für die deutschen, gedeihlichen Frieden geschlichtet werden, so wird derselbe folgende Punkte sicher stellen müssen: Daß Holstein in seiner untrennbaren Realverbindung mit Schleswig gesichert werde, und in Folge Dessen eine in allen Theilen getrennte Verwaltung von Dänemark erhalte; daß die Personal=Union beider Herzogthümer mit der dänischen Krone klargestellt werde, damit es bei der einstigen Anwendung der verschiedenen Erbfolggesetze keinem Zweifel unterliege, daß Schleswig bei Holstein verbleibe, und daß endlich Dänemark die Einverleibung Schleswig's in den deutschen Bundesstaat anerkenne. Dieses sind die höchsten Ziele, die einem solchen Frieden unsererseits gesteckt werden können; wir wollen von ganzem Herzen wünschen, daß es gelinge, sie zu erreichen. Vergleiche ich nun diese Grundlagen eines günstigsten Friedens mit den Bedingungen des vorliegenden Waffenstillstandes, so bin ich nicht im Stande, mich zu überzeugen, daß jenen irgendwie wesentlich vorgegriffen werde. Auch ich, meine Herren, bin mit mehreren Bedingungen

dieses Waffenstillstandes keineswegs einverstanden; ich finde sie ungünstig; aber ich werde deßhalb nie zugeben, daß sie die zukünftigen Geschicke der Herzogthümer reell gefährden. Daß Dänemark jetzt dazu habe genöthigt werden können, vortheilhaftere Bedingungen einzuräumen, dafür möchte der Beweis sehr schwer werden. Diejenigen daher, welche uns rathen, dem geschlossenen Waffenstillstand die Genehmigung vorzuenthalten, fordern die Fortsetzung des Kriegs. — Meine Herren! In dem bisherigen halben Zustande konnte und kann der schleswig'sche Kampf nicht verbleiben; er würde den Herzogthümern ganz ebenso unerträglich fallen, wie den deutschen Ostseeländern. Aber auch das gesammte Deutschland würde dereinst bei der Abrechnung mit Schmerz bemerkt haben, welche Lasten ein lang dauernder bewaffneter Waffenstillstand mit sich führt. Man müßte dann jedenfalls die dänische Grenze überschreiten, die ganze Halbinsel erobern, und bis zum Frieden festhalten. Die kleine dänische Macht würde dieß allerdings nicht zu hindern vermögen. Sind wir aber im Stande, hier die weiteren Folgen zu übersehen, die aus einem Angriffs-Kriege erwachsen würden? Der europäische Krieg, der uns seit drei und dreißig Jahren fast ganz aus dem Gedächtniß geschwunden scheint, stände dann wieder vor der Thür. Unter welcher Gestalt nun ein solcher Krieg dann auftreten würde, dieses zu beurtheilen, setzte allerdings eine Kenntniß der Verhältnisse zu den auswärtigen Mächten voraus, die wir hier nicht besitzen. Gesetzt aber, Rußland und Schweden hätten

bestimmt erklärt, daß jede Ueberschreitung der dänischen Grenze eine Kriegserklärung sei, und daß sie sodann an dem Kriege activen Theil nehmen würden! Gesetzt ferner, die englische Regierung wolle in diesem Falle augenblicklich ihre vermittelnde Thätigkeit einstellen, und sich die Schritte vorbehalten, zu denen sie sich durch die offenkundige Stimmung ihres Volkes gedrängt fühlte! Gesetzt endlich, Frankreich habe sich in gleicher bedrohlicher Weise über unser Verhalten gegen Dänemark ausgesprochen! Meine Herren! Hat sich wirklich Jeder unter uns die Folgen ganz veranschaulicht, die aus einem allgemeinen Bruche unter solchen Umständen erwachsen müssen? Ich kann und darf hier nicht die Kräfte und die Mittel abwägen, die bei einem europäischen Kriege unter solchen Umständen einander gegenübertreten würden, und ich will nicht das Bild der Ereignisse ausmalen, deren Schauplatz dann Deutschland sein würde. Nur für einen einzigen Zweig derselben, für den Kampf auf der Halbinsel selbst, erbitte ich mir noch Ihre Aufmerksamkeit. Die Eroberung Jütland's würde unsere Heere bis in dessen Nordspitze führen, und welche Sorge auch durch echelonnirte Abtheilungen für die Sicherung des Rückens getroffen werden möchte, so wird dieser doch allen Unternehmungen von der See her bloß liegen. Rußland hat acht und zwanzig Linienschiffe in Kronstadt, und eine Armee von 80,000 Mann in seinen Ostsee-Provinzen bereit. Wenn ein Heer von genügender Stärke in dem fast unbeschützten Busen von Kiel landete, so würde das Schicksal unserer bis Aalborg und Frederiks-

hafen vorgeschobenen Armee ein solches sein, von dem ich besser thue, die Augen abzuwenden.

Eine Stimme von der Linken: Diese Behauptung ist falsch.

Präsident: Ich muß bitten, daß Sie den Redner nicht unterbrechen, es mag falsch oder wahr sein.

v. Radowitz: Die Gestalt des Kriegsschauplatzes und die gänzliche Seebeherschung durch den Feind sind Nachtheile, die dort nicht durch Tapferkeit und Ausdauer aufgewogen werden können. Wer, meine Herren, möchte die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, einen Entschluß zu veranlassen, der solche Folgen nach sich ziehen muß! Und doch ist dieß nur die eine Seite der Sache, auch die andere muß hier ausgesprochen werden. Preußen hat den Waffenstillstand in seinem und im Namen des deutschen Bundes abgeschlossen; er ist ratifizirt, und Dänemark erfüllt bereits die ihm auferlegten Bedingungen. Wenn die Centralgewalt ihn nicht guthieße, so würde er nichts desto weniger für Preußen fortbestehen; es muß ihn aufrecht erhalten, und würde es unter der freudigsten Zustimmung derjenigen Theile seines Landes, die unter den bisherigen Zuständen so schwer litten. Der Neubau des deutschen Reiches läge in Trümmern, nachdem er sich kaum erst aus seinem Fundamente zu erheben beginnt. Meine Herren! Jede politische Betrachtung, jedes begeisterte Wort, wie berechtigt sie auch sonst sein mögen, kann ein solches Unheil nicht aufwägen; es wäre mehr als Vermessenheit, es heraufzubeschwören. Niemand, der die Zukunft unseres Vaterlan-

des wahrhaft im Herzen trägt, Niemand, der sich über die Leidenschaften des Augenblickes zu erheben vermag, kann dazu seine Stimme leihen. Auf diesem Gebiete reicht die Pflicht nicht weiter, als die Möglichkeit! (Bravo rechts.) Ich spreche es aus innigster Ueberzeugung aus: wir dürfen dem geschlossenen Waffenstillstand unsere Gutheißung nicht versagen. Das schließt nicht aus, daß Preußen den Nachweis zu führen haben wird, daß die genehmigten Bedingungen durch die Umstände geboten und die vortheilhaftesten waren, die man erlangen konnte. Das Urtheil darüber hängt, wie ich schon vorher andeutete, von der genauen Kenntniß der Verhandlungen ab, die an andern Höfen, besonders in Petersburg und London schwebten. Allerdings kann eine solche Untersuchung nicht in einer zahlreichen und öffentlichen Versammlung vor sich gehen. Nichts hindert aber, daß die Nationalversammlung, wie andere große Parlamente in solchen Fällen, einen Ausschuß niedersetze, der Einsicht von Allem nehme, und dann gewissermaßen als politische Jury seinen Schluß in dieser Versammlung verkünde. Ich beantrage daher:

„Die Nationalversammlung wolle der provisorischen Centralgewalt anheimstellen, den geschlossenen Waffenstillstand gutzuheißen, zugleich aber auch die königlich preußische Regierung um Mittheilung sämmtlicher auf die Stellung der europäischen Mächte zu der schwebenden Frage bezüglichen Schriftstücke zu ersuchen Sie wolle ferner aus ihrem Schooße einen Ausschuß von

fünf Mitgliedern ernennen, um von deren Inhalte vertrauliche Kenntniß zu nehmen und unter strenger Geheimhaltung desselben der Nationalversammlung eine bestimmte Erklärung über den geschlossenen Waffenstillstand abzugeben." (Großer Beifall von der Rechten. Zischen auf der Linken und auf der Galerie.)

Zimmermann von Stuttgart: Die Diplomaten-Galerie hat geklatscht.

Präsident: Es ist geklatscht und gezischt worden.

Blum von Leipzig: Preußen hat bei Feststellung der Punktation von Bellevue mit ganz ausdrücklichen Worten, im Namen und Auftrag der Centralgewalt gehandelt, und hat die Genehmigung des Königs von Dänemark, wie die Genehmigung des Erzherzogs-Reichsverwesers vorbehalten. In dem Abschluß, der jetzt stattfand, ist von dem Reichsverweser nicht mehr die Rede. Damals wurde allerdings die Regierung in Schleswig-Holstein ebenfalls aufgelöst, aber man schien wenigstens nach dem Wortlante der Punktation darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Mitglieder der neuen Regierung aus Personen beständen, die in dem Lande Vertrauen haben, und um dieses Vertrauen zu erhöhen, war den vier Mitgliedern überlassen, selbst den Vorsitzenden zu wählen. Heute in dem festen Abschluß sind allerdings auch vier Personen genannt, aber an ihrer Spitze steht, wie Ihnen dieß hier verkündigt wurde, der verhaßteste Mensch in ganz Schleswig-Holstein, der Mensch, der sich vielleicht das einzige Verdienst dadurch erworben hat, daß

er es durch Unterdrückung unserer Brüderstämme dort endlich dahin brachte, daß man mit den Waffen in der Hand gegen dänische Anmaßung auftrat. Damals sollten die Herzogthümer in fast gleichem Verhältnisse, wie jetzt, von den Truppen geräumt werden; allein damals war auch ausdrücklich bestimmt, daß die dänische Besatzung, die auf der Insel Alsen stehen bleiben sollte, vorzugsweise aus denjenigen Truppen zu nehmen sei, die in Schleswig-Holstein ausgehoben waren; also von Truppen, die im Lande und mit dem Lande verwandt waren; nicht von einer fremden, nicht von einer *feindlichen* Besatzung sollte die Insel behalten werden. Damals war die Theilung nicht ausgesprochen, wie sie jetzt ausgesprochen worden ist. Damals war auch die Aufhebung der Gesetze nicht ausgesprochen, wie es jetzt der Fall ist, und wenn Ihnen der begeisterungslose Unterstaatssekretär Bassermann sagte, daß darunter auch jenes dänische Dekret begriffen sei, wodurch Schleswig mit Dänemark verbunden wurde, so waren darunter auch begriffen alle Gesetze und Verordnungen, wodurch die Folgen einer langjährigen dänischen Unterdrückung und Unterjochung des Landes bewerkstelligt wurden, und es möchte wahrscheinlich Dänemark sehr schwer gehalten haben, sein einzelnes Gesetz, das den Herzogthümern zum Nachtheil gereichen konnte, aufrecht zu erhalten. Damals war ein Waffenstillstand auf drei Monate beabsichtigt, er hörte am 19. Oktober auf, und gab, wenn man auf keinen günstigen Frieden einzugehen Neigung hatte, Deutschland das einzig günstige Verhältniß zu-

rück, das es in diesem Kriege haben konnte: den Winter, wo die dänische Seemacht es nicht ermöglichen kann, uns zu schaden, und wo sie es nicht verhindern kann, ganz Jütland zu besetzen; alle diese Vortheile sind verschwunden, und trotzdem, daß sie verschwunden sind, sollen wir jetzt einen Waffenstillstand genehmigen, den man uns früher unter weit milderen Bedingungen zu genehmigen nicht einmal zugemuthet hat. Allerdings ist die Kriegsfurcht jetzt gewaltig rege geworden, und während man vor wenig Wochen aus demselben Grunde hörte, daß, wenn man die Armee um 340,000 Mann vermehre, man im Stande sein werde, der ganzen Welt zu trotzen, fürchtet man sich jetzt vor Rußland, vor Schweden, vor Frankreich, und Gott weiß, vor wem noch. (Bravo!) Man hat auch darauf hingewiesen, die Stimmung in den Herzogthümern, ganz besonders in Schleswig, sei eine andere geworden. Das Dokument, das man uns dafür vorlegt, ist eine Eingabe der Kaufmannschaft zu Flensburg; ich muß es zunächst den Schleswigern überlassen, ihre Landsleute gegen die schweren Vorwürfe des Verraths, die von dieser Tribüne gegen sie ausgesprochen worden sind, selbst zu rechtfertigen; aber in Erinnerung muß ich bringen, daß an der Spitze dieser Eingabe der bekannte dänische Agent Jensen steht, und daß die Mehrzahl der Unterzeichner Dänen sind, die für die Vortheile, die die Lostrennung von Norwegen ihnen nicht mehr gewährt, von Dänemark monopolisirt sind, und dieses Monopol zu verlieren fürchten müssen, wenn Schleswig deutsch werden sollte. Ob diese

Stimme gerade geeignet ist, einen Maßstab für die Stimmung des Volks abzugeben, das überlasse ich Ihnen selbst zu beurtheilen. Wenn sie aber keinen Maßstab für diese Stimmung gibt, was muß die nothwendige Folge der Anerkennung des Waffenstillstandes sein, was die Folge nur des Beginnens seiner Ausführung? Bassermann hat Ihnen ohne Begeisterung gesagt, wer es wohl wagen möchte, die zusammengetretene Versammlung aufzuheben? Nun, ich antworte, wenn die Schleswig-Holsteiner wahre Männer sind, vermag dieß Niemand, denn die erwählte Versammlung wird sich gegen den Waffenstillstand, und gegen Das, was durch denselben Gesetz werden soll, erheben, und Mittel suchen, wo sie sie finden kann. Sie wird das Land aufrufen, das Volk aufrufen, Jeden, der Waffen tragen kann, bewaffnen zur Vertheidigung des Vaterlandes; wer ein Herz hat in Deutschland, wird diesem Rufe folgen, es werden sich neue Freischaaren bilden, und nach Schleswig-Holstein ziehen; sie werden, wenn sie das Land nicht retten können, mindestens einen ehrenvollen Tod dort finden. (Bravo!) Man hat nun gesagt, ob denn der Vertrag so gefährlich, und seine Aufhebung so nothwendig sei, als man es glaube? Ein Vertrag, der geschlossen ist gegen die Vollmacht, ein Vertrag, der geschlossen ist gegen den ausdrücklichen Beschluß dieser Nationalversammlung, und ein Vertrag, der geschlossen ist gegen das Gesetz, welches Sie selbst gegeben haben für Deutschland, ob der aufzuheben ist oder nicht, darüber scheint mir kein Zweifel zu sein. Allerdings würden wir es zunächst

mit unserm Ministerium zu thun haben, und dasselbe fragen müssen, warum es der Forderung gegenüber, daß man die Anerkennung der Reichsgewalt umgehen wolle, nicht die Pflicht erfüllt habe, auf das Gesetz vom 28. Juni aufmerksam zu machen; allein diese Angelegenheit, die wir mit unserm Ministerium auszumachen haben, kann uns nicht stören in der Sache, über die wir entscheiden sollen. Der Abschluß bringt uns den Nachtheil, uns zu entwaffnen, und die Herzogthümer Dänemark, wenn wir nicht jede Friedensbedingung erfüllen, wieder in die Hände zu liefern. Er schneidet uns ab, wie ich schon erwähnt habe, was allein unser Vortheil ist: die Operationen im Winter. Er hört erst auf, wenn Dänemark wieder im Stande ist, alle Nachtheile uns zuzufügen, auf die uns ein bekannter General aufmerksam gemacht hat. Er schneidet uns ferner ab, daß, wenn auch jetzt nur ein Fingerbreit ausgeführt, oder wenn nicht augenblicklich gegen die Ausführung eingeschritten wird, bei einer möglichen Entscheidung in der Hauptsache gerade Das geschieht, was Herr Wichmann uns hier vorgestellt hat, daß die Herzogthümer entwaffnet sind im Augenblicke, wo Dänemark aufs Neue einfällt, und wir ein neues Blutbad dort sehen, welches uns ebenso wenig zur Ehre gereichen, als unsern Herzen gleichgültig sein kann. Man sagt, die Genehmigung steht nicht im Vertrage, aber sie steht im Gesetze, was auch die preußische Regierung anerkannt hat; allerdings mit dem Vorbehalt, daß es keine Consequenzen nach sich ziehen werde, was aber also demungeachtet von

ihr anerkannt worden ist, welcher Thatsache gegenüber folglich die Ausrede, man habe nur im Namen des deutschen Bundes unterhandeln können, völlig unhaltbar ist. Ich vermag es nicht, kalt wie ein Fisch die deutsche Nation mit einem Hunde zu vergleichen (Bravo!); aber ich hege die Meinung, daß sie einen solchen Vergleich verdiene, wenn sie nicht im Angesicht der ersten Unwürdigkeit, die ihr geboten wird, aufstände wie ein Mann in ihrer Vertretung, und dieselbe von sich wiese. (Bravo auf der Linken, Zischen auf der Rechten.) Man sagt ferner, es könne die Suspendirung zu einem Bruche mit Preußen führen. Ich kann nur die Ansicht des Herrn Simon theilen: Zu einem Bruche mit dem preußischen Ministerium möglich, zu einem Bruche mit dem preußischen Volke und mit seiner Vertretung nimmermehr! Es muß sich bei dieser Frage entscheiden, wo denn der Mittelpunkt in Deutschland ist, ob da, wo er vermöge der Volks-Souveränität, und der von ihr gewählten Nationalversammlung geschaffen worden ist, oder da, wo man ihn sich anmaßt. Es muß sich entscheiden, ob Preußen in Deutschland aufgeht, oder ob Deutschland preußisch werde. (Bravo links und vom Centrum.) Man droht uns jetzt mit Krieg von allen Seiten, und der Reichsminister des Auswärtigen hat uns gestern Abend sogar gesagt: daß, wenn wir jetzt nicht den Waffenstillstand genehmigten und gewissermaßen die kleine Schande ertrügen, alsdann ein Ausgang zu befürchten sei, der uns mit größerer Schande, vielleicht mit Verachtung bedrohe. Nun gehöre ich nicht

zu Denen, welche glauben, daß, wenn sie nur große Heere haben, sie im Stande sind, mit der ganzen Welt anzubinden. Ich gehöre nicht zu Denen, welche glauben, sie bedürfen eines Bündnisses freiheitsstrebender Völker nicht, um in Europa fest zu stehen; ich gehöre nicht zu Denen, die da meinen, die Zeit wäre da, wo ein Volk im europäischen Staatenverband allein stehen kann; allein ich möchte nicht so begeisterungslos sein im Anblicke der Gefahr, die möglicher Weise oder wirklich drohe, hier vorzuschlagen, die kleine Schande zu tragen, um die große zu vermeiden. Im Gegentheil, eine Nation wird nimmer mit Schande und Schmach bedeckt werden, wenn sie sich das Ziel vorsteckt, daß sie nicht damit bedeckt werden will; wenn sie Muth hat, den Gefahren zu trotzen, die sich ihr entgegenthürmen. (Stürmisches Bravo.) Es ist ein Erfahrungssatz, so alt wie die Welt, daß der Mensch und der Staat so viel gilt, als er Muth hat, und wäre über die deutsche Nation durch die Verhältnisse, wie sie vorliegen, in der ersten Zeit ihres Emporstrebens das Verhängniß der Vernichtung ausgesprochen — es wäre unendlich schmerzlich! — aber ertragen möchte ich es noch lieber, als mit Schmach und durch schmachvolle Nachgiebigkeit fortzuleben. Sie mag am Völkergrabe das Bewußtsein sich eintauschen, daß die Nachwelt sage: sie sei zu Grunde gegangen, aber mit Ehre. (Beifall auf der Linken.)

Reichsminister **v. Beckerath**: Meine Her-

ren! Es ist die Rede davon gewesen, daß das Ministerium nicht wohl daran gethan habe, der preußischen Regierung die Vollmacht zum Abschlusse des Waffenstillstandes zu ertheilen, ohne vorher die Genehmigung der Nationalversammlung einzuholen. Meine Herren! Das Ministerium hat sich bei dieser Handlung nicht verhehlt, daß es damit der Nationalversammlung gegenüber eine bedeutende Verantwortlichkeit übernehme; aber es hat zugleich eingesehen, daß es sich in einer derjenigen Lagen befand, in welcher ein Ministerium die Verantwortlichkeit nicht scheuen darf, wenn es seine Schuldigkeit thun will. Sie haben gehört, wie damals die Verhältnisse zu Dänemark waren. Wir waren mit Dänemark im Kriege, wie wir es ja auch jetzt noch sind, wir waren also nicht im Falle, diesem Staate in hergebrachter diplomatischer Weise offizielle Kenntniß von der Errichtung der Centralgewalt zu geben, und dadurch erklärt es sich, daß die dänische Regierung, als es sich um staatsrechtliche Verträge handelte, die Verhandlung mit einer ihr offiziell gegenüberstehenden Macht führen wollte, nämlich mit Preußen. Aus dieser Ursache konnte bei Ertheilung der Vollmacht die diesseitige Ratification nicht vorbehalten werden. Auf der andern Seite werden Sie zugeben, daß man den Erfolg einer Unterhandlung von vornherein auf das Aeußerste benachtheiligt hätte, wenn die Bedingungen, welche man zum Grunde legen wollte, durch eine öffentliche Verhandlung aller Welt bekannt worden wären. Hier war also weder der eine noch der andere Weg möglich, und es stand nur der dritte offen,

die Vollmacht nur unter solchen Bedingungen zu ertheilen, daß das Ministerium es wagen konnte, mit dem abgeschlossenen Waffenstillstand vor die Versammlung hinzutreten, und nachträglich ihre Genehmigung einzuholen. Die Verantwortlichkeit für einen Abschluß nach den damals gestellten Bedingungen, die hat das Ministerium übernommen, und ist bereit, sie zu vertreten. Daß übrigens diese Vollmacht nicht mit einer ministeriellen Contrasignatur versehen ist, beruht darauf, daß der Abdruck nach dem Concept stattgefunden, auf dem die Contrasignatur fehlte, sie hat aber auf der Vollmacht selbst nicht gefehlt. Meine Herren! Es wäre zu erwarten gewesen, daß diejenigen Redner, die darauf bestanden haben, daß der Waffenstillstand nicht angenommen, oder, was damit gleichbedeutend, die Sistirung der Ausführung beschlossen werde, daß diese Redner nicht mit Vorschlägen hervorgetreten sind zu den Maßregeln, die alsdann im Interesse Deutschlands sofort zu ergreifen sind. Der Berichterstatter, Herr Dahlmann, in der engsten Uebereinstimmung mit Herrn Blum, nimmt an, daß von allen Seiten Deutschlands Freischaaren nach Schleswig ziehen würden. Ein anderer Redner, Herr Simon, setzt voraus, daß durch die sodann eintretende Bewegung, wenn auch nach blutigen Zuckungen 34 Throne in Deutschland umgeworfen, oder wie der Redner gesagt, aufgerollt werden würden. Meine Herren! Ich denke, wir haben darüber zu berathen, wie wir die Angelegenheiten Deutschlands führen, wie wir Deutschland regieren wollen. Ich frage Sie, sind das Regie-

rungsmaßregeln? Würde das Cabinet, das nach dem unsrigen folgen würde, — denn wir würden abtreten, wenn der von der Majorität gestellte Antrag durchgeht, — würde, sage ich, das neue Cabinet von diesen Andeutungen irgend Gebrauch machen können? . . .

Heinrich **Simon** (vom Platze): Sie haben mir Worte untergelegt, die ich nicht gebraucht habe. (Unruhe.)

Graf **Schwerin** aus Pommern (vom Platze): Hier unterbricht ja Herr Simon, der sich über Unterbrechungen beschwert.

Präsident: Wenn der Redner unterbrochen wird, werde ich zur Ordnung rufen, nicht Sie, Graf Schwerin.

Reichsminister **v. Beckerath**: Meine Herren! Ich habe verstanden, daß Herr Simon sagte: es würde möglicher Weise eine Bewegung eintreten, die, wenn auch nach blutigen Zuckungen, 34 Throne aufrollen könnte. Meine Herren! Was die Freischaaren betrifft, ich bin kein Militär und habe als Finanzminister keine Veranlassung, militärische Studien zu machen; aber ich glaube, daß den kriegerischen Eventualitäten gegenüber, die alsdann eintreten würden, mit Freischaaren wenig anzufangen ist. Ich glaube, daß es anderer Mittel bedarf, und ich brauche Ihnen nicht nachzuweisen, daß diese Mittel fehlen würden. Was den Umsturz der Throne betrifft, so glaube ich, daß der Redner, der ein solches Ziel der Bewegung voraussetzt, sich über die Stimmung in Deutschland täuscht. (Bravo auf der Rechten.) Das

deutsche Volk hat sich erhoben gegen die Ungebühr, die ihm zugefügt wurde, mit Nachdruck erhoben, es war in seinem Recht; es ist nun im Begriff, sich die freiesten Verfassungsformen zu geben, und keine Macht der Erde ist im Stande, es daran zu hindern; aber weiter will es nicht gehen. Das deutsche Volk will die Revolution nicht fortsetzen; wohin soll es führen, wenn überall, auch in den Staaten, wo die Regierung aus freier Volkswahl hervorgegangen, noch immer ein Zwiespalt zwischen Regierung und Volk vorausgesetzt wird? Meine Herren! Wenn Das richtig ist, so finden wir kein Ende der Bewegung, kein Ende der Revolution, dann kann nirgends regiert, dann kann eben nur revolutionirt werden. In Preußen ist die Volksvertretung aus freien Wahlen hervorgegangen, aus Wahlen ohne allen Census, ohne Ausschluß irgend eines Staatsbürgers; mit der Majorität dieser Volksvertretung regiert das preußische Cabinet, und dennoch wird ohne Weiteres angenommen, daß Dasjenige, was jene Regierung in genauer Kenntniß der öffentlichen Meinung thut, im preußischen Volke den allergrößten Widerstand finden würde. Nun, ich begreife nicht, worauf diese Voraussetzung beruht.

Zimmermann von Stuttgart (vom Platz aus mit erhobener Stimme): Auf der Ehre! (Bewegung.)

Präsident: Herr Zimmermann, ich rufe Sie hiermit zur Ordnung; Sie haben nicht das Recht zu unterbrechen . . .

Zimmermann (vom Platze): Herr Fürst Lichnowsky hat auch unterbrochen, und . .

Präsident: . . . ich habe es ihm auch verwiesen . . .

Vogt von Gießen (vom Platze): Er ist nicht zur Ordnung gerufen worden. (Bewegung. Der Präsident klingelt.)

v. Beckerath: . . . ich muß umsomehr diese Voraussetzung einer im preußischen Volke vorhandenen Mißbilligung Dessen, was das preußische Cabinet in der vorliegenden Frage gethan hat, bestreiten, weil ich die Zustände in Preußen kenne, weil ich die schweren Leiden kenne, denen ein großer Theil jenes Staates in Folge des Krieges mit Dänemark ausgesetzt war. Damit ist nicht gesagt, daß nicht auch in Preußen ein tiefes Bedauern sich über den in mancher Hinsicht wenig befriedigenden Inhalt des Waffenstillstandes kund geben wird (links: Ja! Ja!); daß nicht auch dort die lebhaftesten Sympathieen dieser Angelegenheit zugewendet sind, und daß man die Centralgewalt, wenn sie zur Aufrechthaltung ihrer Rechte thut, was ihre Aufgabe ist, nicht auch dort unterstützen werde. Aber mit der Erwägung der Leiden, die durch den Krieg mit Dänemark in Preußen herbeigeführt wurden, verbindet sich auch noch die Betrachtung, daß nicht allein dort, sondern in ganz Deutschland die Beseitigung dieser Angelegenheit in materieller Beziehung von allergrößter Wichtigkeit war. Bedenken wohl diejenigen Redner, die um jeden Preis wiederum auf's Neue die ganze Sache in Frage stellen, und den Krieg mit allem Nachdrucke fortgesetzt wissen wollen, daß große Arbeitermassen schon jetzt nur küm-

merlich beschäftigt sind, daß man in allen Fabrikgegenden mit der größten Besorgniß dem Winter entgegensieht, und gerade aus der Beendigung des Krieges mit Dänemark Hoffnung geschöpft hat, daß ein gewisses Vertrauen wiederkehren, und die Absatzmärkte sich wieder öffnen werden?! Gerade deßwegen ist in Deutschland der Waffenstillstand mit Befriedigung aufgenommen worden. Meine Herren! Wir müssen uns hier von jedem localen Standpunkte wegwenden, nur die allgemeinen deutschen Interessen im Auge haben, wenn wir den Waffenstillstand beurtheilen wollen, und es ist unverkennbar, wie nicht nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland ein Interesse vorhanden ist, daß der Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Ich habe bereits angedeutet, wie beklagenswerth der vorliegende Abschluß in manchen Beziehungen ist (auf der Linken: Sehr richtig!), aber verkennen wir es nicht, er hat auch in Bezug auf dasjenige Land, das er zunächst betrifft, viel Gutes. Blicken wir auf die früheren Zustände in Schleswig-Holstein. Dänisches Wesen herschte dort in der Verwaltung vor, die Versuche, Schleswig für immer Dänemark zu incorporiren, traten immer mehr und mehr hervor, ja sogar holsteinische, deutsche Truppen standen unter dänischem Commando, und jetzt? Der König von Dänemark, der nach wie vor anerkannte Herzog von Schleswig-Holstein, willigt ein, daß eine und dieselbe, und zwar eine deutsche Regierung über beide Herzogthümer gestellt werde; kein dänischer Beamter, kein dänischer Soldat bleibt in den Herzogthümern, und ich begreife wahrlich nicht, wie

gesagt werden kann, daß die Herzogthümer auf's Neue den Dänen überliefert werden. Wo sind denn die Dänen, denen sie überliefert werden sollen? Nach den Stipulationen des Waffenstillstandes darf kein dänischer Soldat die deutsche Grenze überschreiten; die Schleswig-Holsteiner haben also während des Waffenstillstandes von Seiten der Dänen nichts zu befürchten, und stehen außerdem unter dem Schutze ihrer eigenen bewaffneten Landsleute. Läuft aber der Waffenstillstand ohne Friedensschluß ab, so treten die Truppen vor dem Beginne des Krieges wieder in dieselbe Stellung ein, die sie jetzt inne hatten. Es kann also nicht gesagt werden, daß Schleswig-Holstein auf's Neue Dänemark preisgegeben wird. Meine Herren! Es wäre thöricht, wenn Deutschland es für nöthig hielte, vor Europa den Beweis zu geben, daß es sich vor den andern Großmächten nicht fürchtet. Wer sind wir denn? Sind wir denn nicht mehr die Deutschen von ehedem? (Gelächter auf der Linken.) Und hat nicht in dem vorigen Jahrhundert ein kleiner Theil Deutschland's während eines siebenjährigen Krieges fast dem ganzen Europa getrotzt? Hat nicht Oesterreich allein ein Jahrzehnt lang unüberwunden mit der colossalen französischen Macht gekämpft? Und jetzt, da wir vereinigt sind, da die Kräfte des nationalen Lebens hier in einem Mittelpunkt, gleichsam wie in einem warmen Herzen vereinigt sind, nun sollten wir schwächer sein?! Ist nicht gerade die Haltung, welche die Großmächte gegen uns zu nehmen scheinen, und über welche ich mich nicht näher verbreiten will, ist nicht

gerade diese Haltung der beste Beweis, daß man auch im Auslande erkennt, welche unermeßliche Wirkung ein Aufruf an das deutsche Volk haben würde, von dieser Versammlung in einem Augenblicke erlassen, wo es sich um Sein oder Nichtsein der Nation handelt? Aber, meine Herren, ein solcher Augenblick ist nicht vorhanden, denn wie unbefriedigend auch der Waffenstillstand sein mag, wie sehr ich es beklage, daß er so abgeschlossen worden ist, so kann er doch, das behaupte ich, nicht entehrend genannt werden. Wäre das der Fall, dann würde ich wahrscheinlich nicht der Letzte sein, der dafür stimmte, Alles daran zu setzen, jede Schmach von unserer Nation fern zu halten. Meine Herren! Wenn wir die Angelegenheit von einem richtigen Standpunkte betrachten, so können wir nicht verkennen, daß uns in Deutschland noch Zustände entgegentreten, die noch nicht sind, wie wir wünschen müssen, noch nicht dahin ausgebildet sind, wohin wir sie durch unsere Wirksamkeit zu bringen hoffen. Unser Bundesstaat ist noch im Werden, — noch sind die Interessen nicht einander assimilirt, — noch bestehen Sonderungen, und gerade in dieser Frage erfordern sie die größte Schonung. Es ist bereits gesagt worden, daß Preußen, nachdem es den Waffenstillstand abgeschlossen hat, mit seiner Ehre verpflichtet ist, ihn aufrecht zu erhalten. Ich will nun die Folgen, welche aus einem Beschlusse, wie er hier beantragt wird, hervorgehen würden, nicht vor Ihren Blicken enthüllen; es haben auch andere Redner vor mir in dieser Beziehung eine Zurückhaltung beobachtet, die ich

ehre. Die nächsten Wirkungen liegen klar zu Tage. Wir würden nicht allein das Werk, welches wir hier zu schaffen haben, nicht fördern, wir würden auf eine Bahn gerathen, deren Ziel nicht vorauszusehen ist. Sie muß vermieden, aber auf einem andern geordneten Wege das Recht und das Verhältniß der Centralgewalt zu allen Staaten und somit auch zu Preußen so festgestellt werden, wie es die deutsche Einheit erfordert, nach der wir streben, und so lange ich im Rathe des Reichsverwesers sitze, werde ich stets und auch in den peinlichsten Fällen dahin wirken, daß die Rechte der Centralgewalt aufrecht erhalten werden. Wenn aber so Großes auf dem Spiele steht, dann glaube ich, daß wir von unsern Collegen, den Männern aus Schleswig, die in unserer Mitte sitzen, erwarten dürfen, daß sie den Blick über die engere Heimath und die nächsten Monate hinaus auf das gesammte Interesse des Vaterlandes richten. Ihr Männer von Schleswig, Ihr gehört ja zu uns; wir haben uns ja mit Euch auf immer verbunden, und durch unser Blut den Bruderbund besiegelt; aber wir setzen auch voraus, daß Ihr, wie Ihr bisher treulich mitgearbeitet habt am Friedenswerke der Einigung, nun nicht den Feuerbrand hineinschleudern werdet in die Nation, daß Ihr Deutschland, welches Euch mit offenen Armen empfing, nun auch ein Opfer zu bringen im Stande seid. Wir würden ja, wenn Ihr wirklich bedroht wäret, Alles für Euch opfern; dem ist aber nicht so; es wird durch den Waffenstillstand Vieles für Euch errungen, und nichts verloren; Ihr könnt Euch also

mit uns vereinigen, mit uns das Opfer, welches auch uns schwer wird, bringen. — Meine Herren! Es ist viel von der Ehre Deutschland's geredet worden; wird es denn unserem Vaterlande, gegenüber dem Auslande, eine Ehre sein, wenn die Stämme sich unter einander entzweien? Ich glaube, daß darin die Ehre und die Wohlfahrt Deutschland's nimmer gesucht werden dürfen, vielmehr darin, daß die Stämme sich versöhnlich zu einander stellen. Wenn aber unser Vaterland unter den Schrecknissen des Bürgerkriegs in Trümmer und Elend versinken, wenn Alles, was edle deutsche Herzen gehofft, zu Schanden werden sollte, dann in dieser Nacht der Trübsal wird es ein Lichtstrahl für mich sein, heute Zeugniß davon gegeben zu haben, daß ich es mit der Ehre eines großen Volkes viel verträglicher halte, das Schwerdt in der Scheide zu lassen, als es zum brudermörderischen Kampf zu ziehen. (Auf der Rechten lebhafter Beifall. Auf der Linken Unruhe.)

Simon von Trier: Das Gesetz über die provisorische Centralgewalt schreibt vor, daß Krieg, Frieden und Verträge mit auswärtigen Mächten bloß im Einverständniß mit der Nationalversammlung geschlossen werden können. Niemand kann mehr Recht auf einen Anderen übertragen, als er selbst hat. Wenn also die Centralgewalt an unser Einverständniß, und zwar an unsere vorgängige Genehmigung gebunden war, so durfte auch Preußen von dieser Genehmigung nicht entbunden werden. Also juristisch steht die Sache einfach so: Der Vertrag mit Dänemark hat keine Rechtsbeständigkeit, so

lange wir nicht die Genehmigung ertheilt haben, und was keine Rechtsbeständigkeit hat, darf nicht vollzogen werden; erst wenn die letzte Bedingung der Rechtsbeständigkeit erfüllt ist, tritt der Augenblick der Vollziehung ein. (Stimmen auf der Linken: Sehr wahr!) Wenn wir auch zugeben, daß unter Umständen von solchen juristischen Bedenken abgesehen werden könnte, so treten aber politische Bedenken hinzu, die uns veranlassen müssen, gerade an dem einfachen Rechtsgang vollständig festzuhalten. Wenn auch die preußische Regierung durch die Centralgewalt nicht ausdrücklich an die Genehmigung der Nationalversammlung gebunden worden ist, so hat sie doch das Gesetz über die provisorische Centralgewalt ganz genau gekannt. Der Herr Minister-Präsident v. Auerswald hat bereits am 4. Juli in der preußischen Nationalversammlung erklärt: „Die preußische Regierung setzt voraus, daß die gedachte — die Frankfurter — Versammlung, indem sie für die Beschlüsse des Reichs-Verwesers über Krieg und Frieden ihr Einverständniß verlangt, denselben nicht für alle Fälle an ihre vorgängige Genehmigung habe binden wollen, indem dadurch solche Beschlüsse auf eine Weise gehindert und erschwert werden würden, welche, u. s. w. von den verderblichsten Folgen sein könnten.“ Es konnte überhaupt über die Stellung der Nationalversammlung zur Centralgewalt für die preußische Regierung gar kein Zweifel obwalten. Die Frage ist bereits mehrmals vor unseren Schranken gewesen, einmal auf einen Antrag des Herrn Waitz, und damals ist beschlossen worden: „Die Nationalver-

sammlung erklärt, daß die schleswig'sche Sache als eine Angelegenheit der deutschen Nation zu dem Bereiche ihrer Wirksamkeit gehört, und verlangt, daß energische Maßregeln getroffen werden, um den Krieg zu Ende zu führen, daß aber bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig-Holstein und die Ehre Deutschland's gewahrt werde." Meine Herren! Es handelt sich nicht zunächst um den Inhalt des Friedensvertrags, es handelt sich darum, ob dieser Waffenstillstand, ehe er zur vollständigen Rechtsgiltigkeit gekommen ist, vollzogen werden solle; aber doch wird man bei der Prüfung dieser Frage nicht umhin können, im Allgemeinen diesen Vertrag zu überblicken, und in der Beziehung ist bereits auf das Klarste dargethan worden, daß die Ehre Deutschland's damit nicht gewahrt werde. Ich erlaube mir, bloß noch auf zwei Punkte aufmerksam zu machen. Durch den Artikel, wodurch sämmtliche Verordnungen der bisherigen provisorischen Regierung in Rendsburg für nichtig erklärt worden sind, ist die Revolution Schleswig-Holsteins geleugnet. Man hat die Revolution schon einmal in Berlin geleugnet, und da ist ein Ministerium abgetreten; die Schleswig-Holsteiner werden sich nicht gefallen lassen, daß ihre Revolution ebenfalls geleugnet werde durch die Vermittelung desselben Mannes, welcher damals in Berlin abgetreten ist. Wenn der Vergleich gebraucht werden konnte, daß Deutschland als eine Dogge einen Fisch zu bekämpfen habe, dann möchte ich Sie bitten,

nicht wieder das Eis schmelzen zu lassen, damit die kräftige Dogge nicht in den Wellen versinke; ich möchte Sie bitten, sich nicht in den ersten April schicken zu lassen, wovor Sie bereits der Herr Berichterstatter gewarnt hat. (Beifall.) Späterhin ist abermals ein Beschluß gefaßt worden, und zwar auf den Antrag der Herren Abgeordneten Claussen und Duncker. Damals sind wir zur motivirten Tagesordnung übergegangen, und zwar in Betracht, daß es nur dem Reichsverweser zustehe, im Einverständniß mit der Nationalversammlung über Krieg und Frieden zu entscheiden. Meine Herren! Damals hat man uns von dieser (der rechten) Seite gesagt: „Haben Sie Vertrauen auf Preußen, Preußen wird ohne Vorbehalt unserer Genehmigung keinen Waffenstillstand abschließen," und ich will Ihnen einige damals gefallene Aeußerungen mittheilen. Herr Duncker hat damals gesagt: „Wenn die Nachrichten wahr sind, dann haben wir eine andere noch dringendere Pflicht, nämlich das Gewicht dieser Versammlung in die Waagschaale zu legen, um entweder das einbrechende Unheil abzuwenden, oder das schon geschehene Unheil wieder aufzuheben." Und der Abgeordnete von Ratibor, Herr Fürst v. Lichnowsky, hat damals gesagt: „Wenn aber ein politischer Waffenstillstand geschlossen werden soll, wenn es sich nicht um strategische, sondern um politische Rücksichten handelt, so kann nach meiner Ansicht der preußischen oder sonst einer Regierung nur das Recht zustehen, vorläufig

Punctationen festzustellen, und diese zur Ratification hierher zu schicken. Was mehr geschieht, das ist vom Uebel. Was mehr geschieht, das ist bestimmt vom Uebel." (Lebhafter Beifall auf der Linken.) Meine Herren! Damals hat man uns auf das Vertrauen zur preußischen Regierung verwiesen, und die Mehrheit dieser Versammlung hat das Vertrauen gehabt, sie hat damals der rechten Seite nachgegeben, und eine motivirte Tagesordnung beschlossen, und nun, meine Herren, nachdem dieses Vertrauen nicht gerechtfertigt worden ist, sollen wir nochmals zur motivirten Tagesordnung übergehen. Meine Herren! Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie dafür verantwortlich sind. Also, meine Herren, juristisch und staatsmännisch ist die Sache einfach so: es kann ohne die Genehmigung der Nationalversammlung Nichts geschehen, und es wird sich bloß darum fragen, ob auswärts Gründe genug vorliegen, die uns dennoch dazu bestimmen könnten, hiervon abzusehen. Da wird nun von gewissen Seiten das System der Einschüchterung in allen Variationen versucht. (Heiterkeit.) Herr Bassermann, um auf Ihr Ordnungsgefühl zu wirken, denuncirt eine Partei, welche jetzt den Moment für angemessen erachte, um Alles oder Nichts zu gewinnen. Wenn es eine solche Partei gäbe, so würde ich für sie die Ehre des Muthes in Anspruch nehmen, was ich jedenfalls für erträglicher halte, als den Vorwurf der Feigheit zu verdienen. Aber diese Partei, meine Herren, ist noch nicht einmal da. Was wollen wir thun? Wir wollen unsere Centralge-

walt stützen. Sie wissen, daß wir mit den Qualificationen der Centralgewalt nicht in allen Theilen einverstanden waren, aber nachdem sie geschaffen ist, war es die Linke, welche alle Anträge zu deren Stützung brachte. (Bravo!) Wir schließen uns an den bestehenden Zustand an, wir wollen nicht, entweder Alles oder Nichts gewinnen, verlangen aber, daß die Macht und Ehre der Centralgewalt und dieser Versammlung nicht verletzt werde. (Bravo!) Herr v. Radowitz hat von einer möglichen Coalition zwischen Frankreich, Rußland, Schweden und England gesprochen, und ich bedauere, daß diese Kriegsbefürchtungen damals, in der polnischen Frage, nicht in dem Maaße vorhanden waren. Damals hat man von anderer Seite auf Gefahren aufmerksam gemacht, aber damals war von auswärtigen Feinden gar nichts zu befürchten. Herr v. Radowitz droht mit fremden Kanonen und fremden Flinten. Meine Herren! Ich würde es vorziehen, für mein Vaterland die eigenen Waffen zu ergreifen, als dasselbe von der Bahn der Ehre mit feindlichen Gewehren hinwegzuschüchtern. Ich frage, was haben Sie für Gründe, solche Gefahren gerade jetzt anzunehmen. Es wäre ein beispielloser Leichtsinn gewesen, den Krieg in Dänemark überhaupt zu führen, wenn die Sache so läge, wie Herr v. Radowitz Ihnen angeführt hat. Ich frage Sie, warum hat man bei der früheren Kriegsführung nicht an diese Gefahren gedacht? Wenn dieselben damals nicht vorhanden waren, dann wird die Lage der Sache wohl auch jetzt nicht so dringend gefährlich sein. Was insbesondere

Frankreich betrifft, so hat Frankreich am 24. Mai einstimmig einen brüderlichen Bund mit Deutschland beschlossen. (Unruhe und Unterbrechung auf der Rechten.) Die Verhältnisse haben sich geändert, das ist mir sehr wohl bekannt. Später hat Frankreich sich in der italienischen Frage mit Mäßigung und großem Rückhalte benommen, bis es durch die Zögerungs-Politik Deutschland's veranlaßt wurde, leise an das Schwerdt zu rühren. Ich möchte wünschen, daß wir in Italien nicht fremde Nationalitäten verschlingen möchten, und dafür auf der anderen Seite Kraft gewännen, unsere deutschen Brüder festzuhalten. (Bravo!) Wenn in Italien eine richtige Politik befolgt wird, so haben wir in der dänischen Frage von Frankreich nicht so leicht etwas zu besorgen. Was England und Rußland anbetrifft, so habe ich mir von vornherein gedacht, daß dieselben kein besonderes Vergnügen an der Stärkung unserer Einheit haben würden. Wenn wir aber Rußland und England in allen Theilen genug thun wollten, so müssen wir am Ende für Rußland sämmtliche absolute Monarchieen wieder einführen, und wegen England's nicht mehr an Flotte und Zolleinigung denken. In England spricht man allerdings nicht sehr respectirlich von uns. Herr d'Israeli hat in einer Sitzung des Unterhauses von Verkehrtheiten gesprochen, deren kein Minister fähig sei, nicht einmal ein Frankfurter. (Starkes Gelächter.) Herr d'Israeli hat gespottet über den sentimentalen Grundsatz der Nationalität, und hinzugefügt, daß, wenn dieser Grundsatz gelte, allerdings England kein Recht

habe, für Dänemark gegen Deutschland in die Schranken zu treten. Ich will Herrn d'Israeli seinem Krämer-Cynismus überlassen, glaube aber, daß wir in Deutschland an den Principien der Humanität und Nationalität festhalten, daß wir dafür zu sprechen, zu handeln, und zu fechten wissen werden. (Bravo!) Der Zug der Nationalität, den ich auch für unsere schleswig'schen Brüder neubeleben möchte, ist noch nicht völlig untergegangen. Als im Monate Februar und März die Revolution mit starkem Fuße auf dem Boden der Gegenwart auftrat, da lag die Gewalt betäubt zu Boden, Niemand wußte, wo der Schwerpunkt der Welt beruhe; da traten die schönen Principien der Nationalität und Humanität hervor, da hieß es überall: „Anerkennung der Nationalitäten, Freiheit und Brüderlichkeit!" — Seitdem aber hat sich der Strom der Revolution verlaufen, manche Perle der Freiheit auf dem Sande zurückgelassen, und überall in der äußeren und inneren Politik beruht der Schwerpunkt wieder in der *bloßen* principienlosen Gewalt. Meine Herren! Die schleswig'schen Deputirten gehören, soviel mir bekannt ist, nicht der linken Seite dieses Hauses an. Sie werden daraus entnehmen, daß wir in dieser Frage von dem Parteistandpunkte ganz frei sind. „Ihr Männer von Schleswig!" Ihr gehört zwar nicht zu uns, aber wir ziehen Euch zu uns heran, nachdem Euch Diejenigen aufgegeben haben, mit welchen Ihr bisher zusammenstandet! (Bravo!) Meine Herren! Was Rußland anbetrifft, so möchte ich wünschen, daß dieß ewige Drohen mit der

Knute endlich einmal ein Ende nähme. Was die allerdings traurige Calamität des Handels der Länder betrifft, so bin ich abermals so glücklich, einige Aeußerungen von Herrn Duncker und dem Fürsten v. Lichnowsky hervorheben zu können. Herr Duncker hat damals gesagt: „Weil so große Opfer gebracht wurden, so wollen wir nicht zugeben, daß sie vergeblich gebracht sind.“ und Herr Fürst v. Lichnowsky: „Ich will aber hier nicht eine etwaige schmachvolle Unterhandlung durch Zweckmäßigkeitsgründe beschönigen. Fern von mir sei dieser Gedanke.“ Meine Herren! Wollten wir aber auch auf Zweckmäßigkeitsgründe Rücksicht nehmen, dann wäre immer noch in Erwägung zu ziehen, daß die Ruhe, die für den Handel erforderlich ist, doch nicht zurückkehren wird. Sie haben erfahren, daß die Landesversammlung in Schleswig-Holstein sich für permanent erklärt hat; Sie wissen, daß die Schleswig-Holsteiner sich nicht gefallen lassen werden, unter das alte Joch zurückzukehren. Der Handel wird also doch keinen Ruhm gewinnen. Uebrigens hätte ich gewünscht, daß bei dem Abschlusse des Waffenstillstandes auch für die Entschädigung unserer Handelsleute gesorgt worden wäre. Es ist einerseits die Rede von einer Entschädigung an Dänemark wegen der jütländischen Contribution, auf der andern Seite aber bloß von Herausgabe der Schiffe und allenfallsigem Ersatz der Ladungen, nicht aber von denjenigen Entschädigungen, welche von Gott und Rechtswegen unseren Handelsleuten überdieß zukommen. Sollte aber die Sache tiefer liegen, sollte es nicht so-

wohl das Interesse der Ostseehäfen sein, welches Preußen bestimmt hätte, das ihm durch einen früheren Uebergang zur motivirten Tagesordnung geschenkte Vertrauen nicht zu rechtfertigen, sollte vielmehr der erste Versuch vorliegen, um Deutschland in Preußen aufgehen zu lassen; dann haben wir die Sache etwas näher ins Auge zu fassen. Ich habe mich bemüht, das preußische Volksleben genau zu erkennen, ich habe Blicke in die Presse geworfen, ich habe auf die preußischen demokratischen, constitutionellen und specifisch preußischen Vereine aufmerksam geachtet, und aus diesen Beobachtungen die aufrichtige Ueberzeugung gewonnen, daß die Majorität des preußischen Volkes deutsch ist. Diejenige Partei, welche gegen die deutsche Einheit reagirt, reagirt auch in Berlin gegen die Freiheit. (Bravo!) Dieselbe Partei ist es, welche gegenwärtig gegen den Finanzminister, Herrn Hansemann, und dessen wohlwollende Neuerungen im Steuerwesen Opposition erhebt, und denselben destructiver Tendenzen, ja des Communismus beschuldigt. Ich hoffe, dem preußischen Volke werden die Augen aufgehen, es wird sehen, daß die Feinde der Einheit auch die Feinde der Freiheit sind! (Bravo von vielen Seiten.) Ich fordere Sie auf, unser Ansehen selbst aufrecht zu erhalten, und bemerke nur noch zum Schluß: Wenn Preußen aufhören sollte, deutsch zu sein, dann würden viele Preußen aufhören, Preußen zu sein. (Stürmischer, anhaltender Beifall auf der Linken und auf der Galerie. Mehrere Stimmen: „Schluß!" andere „reden!"

Präsident: Der Ruf nach Schluß ist nicht zahlreich ausgesprochen worden, ich brauche daher keine Frage zu stellen. Fürst Lichnowsky hat das Wort. (Mehrere Stimmen: „Schluß!“)

Fürst **Lichnowsky** von Ratibor: Es ist von den Leiden großer deutscher Länder und ihrer Bewohner die Rede gewesen, und Herr Wesendonck hat diese Leiden mit dem Ausdruck „Geldsäcke“ als Gegengewicht zu „Ehre“ bezeichnet. Es handelt sich aber hier nicht von Geldsäcken, sondern die Herren, die von dem Proletariat, von den hungernden und darbenden Klassen der Besitzlosen alle Tage hier sprechen, als wenn wir uns gegen alles menschliche Gefühl verschlössen, sollten bedenken, daß es große Distrikte an der Ost- und Nordsee gibt, die darben und hungern, daß es die Existenz vieler deutscher Fabrikstädte gilt, die den Winter über kein Brod haben werden, ferner weite Landstriche bis an die österreichische und russische Grenze, wo die Ackerbauern keinen Kornmarkt haben, daß es also nicht von den Geldsäcken einzelner Banquiers, sondern von dem Brode von Hunderttausenden sich handelt (anhaltendes Bravo auf der rechten Seite und den Galerien), und so vindicire ich denn für dieses tägliche Brod der Hunderttausende etwas von dem Enthusiasmus, etwas von den Sympathien, die uns in Einem fort hier für die Schleswiger in einem Augenblick ins Gesicht geworfen werden, wo deren Klagen noch nicht gerechtfertigt sind . . . .

Dietsch (vom Platze): Da hätten wir auch den Krieg nicht anfangen sollen. . . . . . .

Fürst **Lichnowsky**: Ich habe nicht diese Tribüne bestiegen, um das Reichsministerium in dieser Angelegenheit zu vertheidigen; ich habe sie auch nicht bestiegen, um alle Punkte dieses Waffenstillstandes in Schutz zu nehmen. Die Debatte über dessen einzelne Punkte bleibt uns vorbehalten, und was das Benehmen des Reichsministeriums betrifft, so will ich heute nicht noch zu allen den Angriffen gegen dasselbe neue hinzuschleudern; sonst könnte ich vielleicht die Frage stellen, was denn die Rolle unseres Agenten dort war, der von dem hiesigen Ministerium hingeschickt wurde (Bravo auf der Linken und dem Centrum), worin denn seine Instruktionen bestanden; sonst könnte ich auch fragen, was der Herr Unter-Staatssekretär v. Würth sich dabei dachte, als er, nach den Worten des Herrn Berichterstatters, mit Recht und Vorbedacht gesagt hat, das Reichsministerium habe vorausgesetzt, die Ratification würde von hier begehrt werden, nachdem doch in dem Schreiben des preußischen Bevollmächtigten, Ministers Camphausen, welches in keinem einzigen Punkte seines Inhalts von dem Ministerium desavouirt worden ist, ausdrücklich steht: „Indem die königliche Regierung sich auf Grund der ihr ertheilten Vollmacht zum Abschluß eines Waffenstillstandes ohne Vorbehalt für berechtigt erachtet," nachdem ich glaube, annehmen zu können, daß vor wenigen Wochen die preußische Regierung sich durch einen bevollmächtigten Agenten auf das Nachdrücklichste darüber erklärt hat, daß eine bedingte Negotiation über den Abschluß eines Waffenstillstandes von ihr nicht würde

übernommen werden. Doch ich gehe über diese Punkte hinweg, und komme auf den gegenwärtigen Augenblick. Ich kann nicht leugnen, daß dieses von uns so gehegte Schleswig das Vertrauen, ich sage nicht gegen das Ministerium, ich sage nicht zur preußischen Regierung, ich sage aber das Vertrauen in das deutsche Volk, hätte haben sollen, daß Schleswig-Holstein und seine Vertreter die Punktationen seines Waffenstillstandes nicht hätten für einen Frieden halten dürfen, nachdem es ausdrücklich der §. 11. dieser Convention darthut, daß dieser Waffenstillstand den zukünftigen Friedensbedingungen nicht präjudizirlich sein wird. Meine Herren! Wenn Sie alle Paragraphen für eine Lüge halten, ja dann ist es unnöthig, weiter zu debattiren; wenn Sie aber einen Punkt angreifen, so müssen Sie die andern angreifen, und den Sinn, der hineingelegt worden ist, auch darin finden. Es steht aber ausdrücklich in diesem Paragraphen, daß dieser Waffenstillstand für den künftigen Frieden durchaus nicht präjudizirlich sei, und diese Bestimmung macht alles Dasjenige unanwendbar, was in Bezug auf §. 4. des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt gesagt worden ist. Es kann hier durchaus nicht von unserer Ratification die Rede sein, denn der Waffenstillstand ist als Waffenstillstand vom Ministerium durch Vollmacht abgeschlossen, und wenn wir damit unzufrieden sind, dann erst greifen wir das Ministerium an. Das Ministerium kann aber einen Waffenstillstand abschließen, und hätte ihn allein abschließen können. (Bravo!) Ich will hier, meine Herren, in die-

sen Punkt nicht weiter eingehen; ich bleibe aber bei dem Artikel VI. stehen, und will jetzt allein von diesem reden. Meine Herren! Der Art. VI. ist entweder ein einzelner Paragraph eines Waffenstillstandes, durch dessen Verwerfung Sie den ganzen Waffenstillstand verwerfen, oder wenn dieses nicht der Fall ist, eine rein militärische oder administrative Maßregel, die außer Ihrer Competenz liegt; Sie haben dann nicht das Recht, sich in denselben hineinzumischen. Meine Herren! Die einzige Gefahr für uns liegt in der Meinung unserer eigenen Omnipotenz und darin, daß uns der Schwindel derselben nicht ergreife. (Unruhe auf der Linken.) Ich schließe hier mit den Worten des Herrn Dahlmann, denn auf diesen beziehen sich meine Worte. Er sagte Ihnen heute: „Meine eigenen Landsleute dem Untergange zu weihen, dazu habe ich den Muth nicht.“ Diese Worte, ich vindicire sie für mich; denn ich spreche sie nicht für Schleswig, sondern für Deutschland. (Lebhaftes Bravo auf der Rechten. Zischen auf der Linken. Ruf nach Schluß.)

Präsident: Meine Herren! Ich frage die Nationalversammlung, ob sie die Berathung über den Bericht des Herrn Dahlmann für erschöpft hält? Diejenigen, welche die Berathung für erschöpft halten, vorbehältlich des Wortes für den Berichterstatter des Ausschusses ...

Reichsminister v. **Schmerling**: Meine Herren! Als ich früher am heutigen Tage mir das Wort erbeten, habe ich mir bereits erlaubt, Ihnen anzukündigen,

welchen Beschluß das Ministerium in der Frage wegen der Genehmigung des Waffenstillstandes mit Dänemark gefaßt hat; ich habe zugleich, meine Herren, Ihnen eröffnet, daß das Ministerium der Ansicht sei, daß die Sistirung des Waffenstillstandes mit der Frage der Verwerfung unzertrennlich verbunden sei; das Ministerium ist daher der einstimmigen Ansicht, daß diese Frage durchaus nicht getheilt behandelt werde, und daß mit einer Entscheidung, womit der Entscheidung in der Hauptsache vorgegriffen werden würde, über die Hauptsache selbst entschieden wäre, — eine solche Entscheidung würde die sein, die in der Annahme des Majoritäts-Gutachtens heute liegt, und das Ministerium muß daher wiederholt das Minoritäts-Gutachten nicht nur unterstützen, sondern es zu seiner eigenen Sache machen. Gerade des innigen Zusammenhanges wegen, in welchem dieses Minoritäts-Gutachten mit der Entscheidung in der Hauptfrage liegt, habe ich Namens des Ministeriums hiermit die Erklärung abzugeben, daß es sofort zurücktreten würde, wenn gegen das Minoritäts-Gutachten die Entscheidung ausfallen würde. Dabei, meine Herren, erlauben Sie mir, wenige Worte beizufügen. Das Ministerium hat sich erklärt, daß es mit dem bittersten Gefühle zu seinem Beschlusse gekommen ist; es würde sich glücklich gefühlt haben, einen andern Beschluß nach Lage der Dinge fassen zu können. Gelingt es daher, meine Herren, Männern aus Ihrer Mitte, nach Ihrer innigsten Ueberzeugung, nach Prüfung aller Verhältnisse, zu einem andern Beschlusse zu kommen, — dann, meine

Herren, hat Deutschland das Recht, zu fordern, daß diese Männer nach uns die Leitung der Geschäfte übernehmen, und ihren Beschlüssen Geltung verschaffen. Würden Sie, meine Herren, das ist meine Ueberzeugung, diesem Rufe in kürzester Zeit nicht entsprechen, dann müßte ich bedauern zu bemerken, daß es leichter ist, eine Maßregel zu tadeln, als selbst eine entsprechendere durchzuführen. (Bravo auf der Rechten, Unruhe auf der Linken.)

Unterstaatssekretär **M. v. Gagern**: Meine Herren! Ich besteige nicht die Tribüne, um dem Herrn Abgeordneten von Ratibor heute zu antworten, weil ich dieß für eine ausführlichere Gelegenheit mir vorbehalte, nämlich wenn über den Antheil zu sprechen sein wird, den ich bei dieser, für ganz Deutschland so wichtigen Angelegenheit gehabt habe. Ich kann Ihnen für heute so viel sagen, daß mein Bestreben war, diese Angelegenheit, soweit sie mich betrifft, als res integra, als eine unverdorbene Sache hierher zurückzubringen, und sie so dem Reichsministerium und der Nationalversammlung zur Entscheidung vorzubringen. Es kann natürlich mit den einzelnen Papieren, die eine Rolle gespielt haben bei den Verhandlungen meiner Sendung, Niemand besser bekannt sein, als ich; ich habe diese Papiere noch an dem letzten Tage zu ordnen geholfen, ich habe einen großen Theil der Nacht damit zugebracht, und will hier meine Ueberzeugung nur in e i n e m Punkte aussprechen, das ist, daß man unmöglich in der Hauptsache urtheilen kann, ohne diejenigen wichtigen Aktenstücke zu kennen,

die theils im Drucke sind, theils zum Drucke vorbereitet werden. Diese Kenntniß gilt ja Allen, es ist nur eine Frage der Zeit für zwei oder drei Tage; so viel werden Sie doch Vertrauen haben auf unsere Begeisterung, daß sie noch drei Tage hält! (Bravo!) Ich beschwöre Sie also, meine Herren, vor Allem, da man von Ehre gesprochen hat, Ehre darin zu finden, worin sie vor Allem besteht, nämlich in der Gerechtigkeit gegen Alle! (Beifall auf der Rechten.)

Wurm von Hamburg: Meine Herren, es ist das Gutachten der Mehrzahl der vereinigten Ausschüsse vielfach hier angegriffen worden, und es ist nicht mehr als billig, daß darauf mit ein paar Worten erwiedert werde. Es ist noch hinzugekommen, meine Herren, daß das Ministerium für gut gefunden hat, aus der Frage eine Cabinetsfrage zu machen. Das war gestern von der Majorität der vereinigten Ausschüsse nicht vorauszusehen, das kann aber unsere Ueberzeugung nicht ändern, es kann die Lage der Sache nicht affiziren. Ich trete hier lediglich auf als Einer, der auf Angriffe zu erwidern, der abzuwehren hat, wenn von dem Gutachten der Mehrzahl der vereinigten Ausschüsse geredet worden ist, als wären wir leichtfertig dazu gekommen. Das war nicht der Fall. Meine Herren! Es hat Herrn Bassermann gefallen, hier davon zu reden, daß, wenn wir jetzt den Beschluß fassen sollten, die Maßregeln zum Vollzuge des Waffenstillstandes zu sistiren, dieß dann den Anschein eines Treubruchs haben könnte. Meine Herren! Ich hoffe, es ist nicht nöthig, Ihnen zu sagen,

daß die Mehrzahl Ihrer vereinigten Ausschüsse sich wohl hüten wird, Ihnen etwas anzurathen, was den Anschein eines Treubruchs haben könnte. Die Sache ist einfach. Wahr ist, daß in der Vollmacht vom 7. August der Vorbehalt der Ratification nicht gemacht worden ist. Aber darauf ist von dem Redner von Trier mit dem größten Rechte von der Welt erwidert worden, daß Keiner mehr Rechte auf einen Andern übertragen kann, als er selbst besitzt, und damit ist die Sache erledigt. Möglich ist es und wahrscheinlich, daß Herr Minister Camphausen geglaubt hat, daß ein solcher Vorbehalt der Ratification auch in dem Gedanken des Ministeriums nicht gelegen haben könnte; aber, meine Herren, das macht keinen Unterschied in der Sache, es steht noch immer so, daß der Waffenstillstand ungültig ist ohne die Ratification der Nationalversammlung; es ist kein militärischer, es ist ein politischer Waffenstillstand. Nun, meine Herren, während es so steht, ist unser Recht der Ratification gänzlich ignorirt. Von der Krone Preußen ist das Recht der Centralgewalt in dieser Sache auf das Vollständigste ignorirt worden, während Preußen wohl wissen mußte, was verfassungsmäßig durch das Gesetz vom 28. Juni besteht. Auch Dänemark mußte das wissen. Um so weniger wird man von einem Scheine des Treubruchs sprechen dürfen; denn von Dem, der mit einem Andern contrahirt, darf mit Recht vorausgesetzt werden, daß er nicht unbewußt der Befugnisse Desjenigen sei, mit dem er contrahirt hat. Daß aber im Kriege zwischen feindlichen Mächten keine gegenseitigen Noti-

fícationen im Wege des diplomatischen Verkehrs gewöhnlich sind, das ist bekannt genug. Nun, meine Herren, verfassungsmäßig steht es so, daß die Ratification der Versammlung nothwendig ist, wie es verfassungsmäßig in andern Staaten hergebracht ist, daß eine Versammlung noch außer der Regierung die Sanction den Staatsverträgen zu ertheilen hat. Ich habe nie gehört, daß es den Anschein eines Treubruchs hat, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten in seinem Namen abschließen ließ, und der Senat die Ratification vorenthielt. Die Sache liegt aber so. Vor dieser Ratification, deren Recht auf das Vollständigste vor der ganzen Welt ignorirt worden ist, soll die Sache vollzogen werden, oder ist vollzogen worden. Deßhalb sage ich, lassen Sie uns nicht herabwürdigen jene Centralgewalt, die wir, umkleidet mit der Majestät der deutschen Nation, geschaffen haben, lassen Sie nicht unter die Füße getreten werden, was das Symbol der deutschen Einheit ist. Sehen Sie die heutigen französischen Zeitungen. Der National rühmt sich des Einflusses, den Frankreich auf den Waffenstillstand gehabt habe. Die deutsche Centralgewalt aber, welches Einflusses auf den Waffenstillstand kann denn diese sich rühmen? Man hat gesagt, es sei überflüssig in militärischer Hinsicht, die Sache zu sistiren. Trägt es aber etwa dazu bei, aus dem moralischen und politischen Standpunkt aufgefaßt, die Sache zu entscheiden, ob die Truppen drei oder sechs Meilen des Tages marschiren? Die Schmach bleibt, die brennende Schmach, daß die Centralgewalt und die

Nationalversammlung ignorirt sind. (Bravo!) Man hat gesagt, politisch sei es überflüssig, daß wir einen solchen Beschluß fassen, denn man wolle jetzt eine unumwundene Anerkennung verlangen. Warum hat man sie nicht früher schon verlangt und erlangt? Solche Dinge würden dann nicht vorgekommen sein. Das kann uns nicht ersetzen, was versäumt ist, und dem deutschen Volk und den andern Nationen nicht zeigen, daß hier eine Einheit herscht. Es liegt in Demjenigen, was ich sagen mußte, allerdings die Behauptung, daß Preußen einen Uebergriff sich erlaubt hat, und nun gestatten Sie mir eine Bitte. Indem wir dieß sagen, wie wir es müssen, lassen Sie es uns sagen, ohne Bitterkeit gegen Preußen. Es ist nicht leicht, sich der hegemonischen Gewohnheiten so schnell zu entwöhnen und zu entschlagen. Preußen war im Zollverein und sonst gewöhnt, voranzutreten, und ich meine auch, wir Anderen haben Ursache, es anzuerkennen, und Preußen dafür zu danken. Preußen war in dieser Gewohnheit, denn es ist seinen Herschern von großen Regenten das Erbtheil, das Muster und der Spruch hinterlassen: „immer der Erste zu sein, und vorzustreben den Anderen." Verzeihlich also, und entschuldbar sein Verfahren. Aber unsere Mission ist die, die deutsche Einheit zu gründen, und dieselbe der Welt zur Anschauung zu bringen. Warum sollten wir es auch nicht? Man hat Besorgnisse aller Art vor unseren Blicken heraufbeschworen. Meine Herren! Die Furcht ist ein schlechter Rathgeber. Man hat von einem europäischen Krieg gesprochen. Ich gebe das

nicht zu (Gelächter); allein ich will annehmen, daß ein Krieg daraus entstehe. Es sind hier in der Paulskirche Solche, die die Sache ernst ansehen und meinen. Lassen Sie uns also selbst annehmen, es werde Krieg daraus. Was wollen Sie lieber, meine Herren, von fremden Völkern? Wollen Sie lieber Krieg mit dem Ausland, oder Verachtung von dem Ausland? Man hat ferner hin und wieder mit einem Bruch mit Preußen gedroht. Bei dem, was in dieser Beziehung gesagt wurde, denkt man an einen neuen Baseler Frieden, an einen Separatfrieden, den Preußen schließen werde. Kann es aber einen solchen nach der heutigen Verfassung Deutschlands, oder kann es ihn nach der alten Bundesverfassung schließen, wenn Herr Camphausen das Wort „deutscher Bund" für sich vindicirt? Nein, nach dem Art. XI. der deutschen Bundesakte — damit diese noch einmal hier citirt werde — und nach dem Art. 48 der Wiener Schlußakte kann Preußen ebensowenig einen Separatfrieden schließen, als in Gemäßheit der neuen Ordnung der Dinge. Und dann hat Preußen die Früchte des Baseler Friedens durchgekostet bis zu den Hefen. Erst die unwürdige Stellung Frankreich gegenüber, und das unwürdige Schwanken zwischen Frankreich und Rußland, und dann, schlimmer als Alles, das Alpdrücken einer russischen Allianz. Das preußische Volk kann und wird nicht dulden, daß dergleichen sich erneuere. Preußens Zukunft ist eine große. Sie liegt nicht in Separatverhandlungen mit dem Auslande, nicht in einer isolirten Stellung; sie liegt in seinem Verhältniß zu Deutsch-

land. Preußen soll stehen in und mit Deutschland, und Preußens Zukunft ist eine um so größere, wenn dieses Deutschland versteht, im rechten Augenblick und ohne Säumniß seine Ehre zu wahren, seine Einheit zu gründen. (Bravo!)

Präsident: Der Antrag der Majorität des Ausschusses geht dahin:

„Die hohe Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstands ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen.“

Der Antrag des Herrn Schubert lautet:

„Daß über die Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden möge, wenn über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt wird.“

Da widersprochen worden ist, daß dieser Antrag ein Minoritäts-Erachten sei, obgleich ich in der Sitzung war und weiß, daß 8 Mitglieder dahin gestimmt haben, jedoch zugeben muß, daß ein Minoritäts-Erachten nicht förmlich eingegeben und verfaßt worden ist, so frage ich, ob dieser Antrag Unterstützung findet? (Es erhebt sich eine genügende Anzahl Mitglieder.) Er ist unterstützt. Ich glaube nun, meine Herren, daß der Minoritäts-Antrag in der Abstimmung den Vorzug vor dem Majoritäts-Gutachten hat. (Viele Stimmen: Nein!) Meine Herren! Ich glaube es darum, weil er ganz einfach zur Tagesordnung übergehen will, und die einfache Tagesordnung überall den Vorzug hat.

Wesendonck von Düsseldorf: Wenn der Minoritäts-Antrag ein Antrag auf Tagesordnung ist, so begreife ich nicht, warum man nicht gleich sagt, man solle zur Tagesordnung übergehen. Es ist aber kein Antrag auf Tagesordnung, sondern einer, der unsern gestrigen Beschluß wieder aufheben will, der sich von der Sache entfernt. Im Zweifel muß übrigens immer der Ausschuß-Antrag zuerst zur Abstimmung gelangen. Er ist der Antrag, der am Weitesten geht, und für den wir deßhalb die Priorität vindiciren. Zeigen Sie wenigstens den Muth, meine Herren, daß Sie darüber zuerst abstimmen.

Präsident: Es ist dafür, daß der Antrag des Herrn Schubert zuerst zur Abstimmung kommen müsse, der Grund geltend gemacht worden, daß er ein verschiebender sei; dieser Grund ist auch richtig, und ich muß ihn anerkennen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, so werde ich daher den Schubert'schen Antrag zur Abstimmung bringen. Diejenigen, welche wollen, daß die Abstimmung zuerst über den Antrag des Herrn Schubert, Namens der Minorität des Ausschusses erfolgen soll, bitte ich, aufzustehen (Die Mehrheit erhebt sich.) Dieser Antrag ist genehmigt. — Ich muß jetzt fragen: Ob über diese Frage namentlich soll abgestimmt werden. (Mehrfacher Zuruf: Allerdings.) Ich frage: Ob diese namentliche Abstimmung unterstützt wird? (Die Unterstützung erfolgt.) Ich frage nun: Will die Nationalversammlung, daß über die Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden möge, wenn über

den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt wird? Diejenigen, welche wollen, daß über die Sistirung erst dann abgestimmt werde, bitte ich, mit Ja, die Uebrigen mit Nein zu antworten. Der Hr. Schriftführer wird die Namen verlesen. (Abstimmung.) Das Resultat der Abstimmung ist nach der Vergleichung der zwar etwas verschiedenen Aufzeichnungen, die aber im Resultat wenig abweichen, daß die Frage: Beschließt die Versammlung, daß über eine Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden soll, wenn über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt wird, mit 244 gegen 230, also mit einer Mehrheit von 14 Stimmen, verneint ist. (Vielfaches Bravo.) — Wir kommen jetzt zum Antrag der Majorität des Ausschusses. Der Antrag der Majorität geht dahin:

> „Die hohe Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen."

Ich frage also: Will die Nationalversammlung die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes nöthigen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen? Diejenigen, die das beschließen wollen, werden mit Ja antworten; die Anderen mit Nein. (Abstimmung.) Die Nationalversammlung hat mit 238 gegen 221, also mit einem Mehr von 17 Stimmen, die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes nöthigen militärischen und andern Maßregeln beschlossen. (Anhaltender Beifall auf der Linken und auf der Galerie.)

(Schluß der Sitzung um 6½ Uhr.)

In gleichem Verlage ist erschienen und auf feste Bestellung zu erhalten:

Das Dekameron von Boccaccio,

neu übersetzt von E. Ortlepp. 3 Thle. in 8 Bändchen 1 fl. 48 kr. — 1 Thlr. Ausgabe mit 12 erotischen Kupfern $1\frac{1}{2}$ Rthlr. od. 2 fl. 42 kr. baar.

Nicht umsonst nimmt dieß Buch seit einigen Jahrhunderten in der Unterhaltungslektüre einen bedeutenden Platz ein, und ist in alle Sprachen übersetzt worden. Die Gabe der Erzählung und mit ihr die Kunst, den Leser zu fesseln, ist dem Verfasser in gleichem Grade eigen wie der Scheherazade, und das Dekameron ist auch die Tausend und Eine Nacht der Italiener. Um einen Begriff von der Art der Novellen zu geben, die das Dekameron enthält, folgt hier einiges aus dem Inhalt.

Der Jude Mechisedech rettet sich aus einer ihm vom Sultan Saladin bereiteten großen Gefahr durch eine Erzählung von den drei Ringen. — Rinaldo von Asti kommt, von Räubern geplündert, nach Castel Guiglielmo, wo er von einer Wittwe beherbergt wird, und nachdem er für seinen Verlust schadlos gehalten worden, kehrt er gesund und wohl nach Haus zurück. — Der Sultan von Babylonien schickt seine Tochter dem König von Algarbien zur Frau. Dieselbe geräth durch verschiedene Zufälle und an verschiedenen Orten binnen vier Jahren neun Männern in die Hände. Endlich wird sie wieder zu ihrem Vater zurückgebracht, worauf sie als vorgebliche Jungfrau zu dem König von Algarbien reist, um diesen, zufolge ihrer ersten Absicht, zu heirathen. — Masetto von Lamporecchio stellt sich stumm, und wird Gärtner in einem Nonnenkloster, dessen Bewohnerinnen um die Wette bei ihm schlafen. — Ein Stallknecht schläft bei der Gemahlin des Königs Agilulf. Agilulf wird es gewahr,

macht den Thäter ausfindig, und schneidet ihm im Schlafe das Haar ab. Der Geschorene aber thut allen seinen Cameraden ein Gleiches, und entgeht dadurch seiner Strafe. — Eine Dame die in einen jungen Mann verliebt ist, bringt unter dem Schein der Beichte und der strengsten Gewissenhaftigkeit einen hochwürdigen Pater dahin, daß er, ohne zu wissen, was er thut, sie selbst zum Ziel ihrer Wünsche führt. — Don Felice lehrt den Bruder Puccio, wie er durch eine gewisse Bußübung das Paradies gewinnen soll, und vertreibt sich unterdessen die Zeit mit dessen Frau. — Zima schenkt dem Herrn Francesco Vergellesi ein schönes Pferd für die Erlaubniß, mit seiner Frau sprechen zu dürfen. Da sie schweigt, so antwortet er selbst in ihrem Namen, und der Ausgang entspricht seiner Antwort. — Ricciardo Minutolo liebt die Frau des Filippello Fighinolfi. Weil er merkt, daß sie eifersüchtig ist, so macht er sie glauben, Filippello werde am nächsten Tage mit seiner Gattin in einer Badstube seyn, und beredet sie, sich dort einzufinden; während sie nun vermeint, mit ihrem Manne zusammen zu seyn, ergibt es sich, daß Ricciardo bei ihr war. — Ferondo wird, nachdem er ein gewisses Pulver genossen, für todt begraben. Ein Abt, der sich mittlerweile mit seiner Frau erlustirt, holt ihn aus dem Sarge, und sperrt ihn in ein Gefängniß, wo man ihm weiß macht, daß er sich im Fegfeuer befinde. Dann wird er wieder auferweckt, und erzieht einen Sohn, welchen der Abt mit seiner Frau erzeugt hat, als den seinigen. — Giletta von Narbonne heilt den König von Frankreich von einer Fistel, und verlangt dafür den Grafen Bertram von Roussillon zum Gemahl. Dieser heirathet sie wider Willen, und geht aus Verdruß darüber nach Florenz, wo er sich in ein junges Mädchen verliebt, welche er zu beschlafen vermeint, indem er Giletta umarmt. Als diese dann nach der Zeit von ihm Zwillinge bekommt, gewinnt sie der Graf lieb, und ehrt sie als seine

Gemahlin. — Alibech wird Eremitin, und der Mönch Rustico lehrt sie, wie man den Teufel in die Hölle schickt. Später kehrt sie zurück, und wird die Frau des Neerbai. — Der Bruder Alberto macht einer Dame weiß, daß der Engel Gabriel in sie verliebt sey, und besucht sie unter diesem Vorwand mehrmals bei Nacht. Doch einstmals muß er aus Furcht vor ihren Verwandten durch das Fenster entspringen, und flüchtet sich in das Haus eines armen Mannes. Dieser bringt ihn am nächsten Tage unter der Maske eines Wilden auf den Markusplatz. Daselbst wird er entlarvt, worauf ihn seine Collegen fortführen, und ihn ins Gefängniß werfen lassen. — Gian di Procida wird in den Armen einer Jungfrau ertappt, welche er liebt, die jedoch dem König Friedrich geschenkt worden war. Der König will ihn wegen seines Frevels mit dem Mädchen an Einem Pfahl verbrennen lassen. Da erkennt ihn Ruggieri dell' Oria, worauf sie freigelassen werden, und sich einander heirathen. — Pietro di Vinciolo geht zu einem Abendessen. Seine Frau unterhält sich unterdessen mit einem Jüngling. Pietro kommt nach Haus zurück, und entdeckt die Streiche seiner Ehehälfte. Weil er aber selbst eben so gut seine schwachen Seiten hat, als wie sie, so verträgt er sich mit ihr in Güte. — Madonna Nona de Pulci bringt den Bischof von Florenz, welcher sich unbescheidene Scherze gegen sie erlaubt, durch eine treffende Antwort zum Schweigen. — Madonna Philippa, welche von ihrem Mann in den Armen ihres Liebhabers überrascht wird, muß sich vor Gericht stellen. Sie hilft sich durch eine kecke und gewandte Antwort, und bewirkt dadurch zugleich die Milderung eines harten Gesetzes. — Gianni Lotteringhi hört in der Nacht an seine Thüre klopfen und weckt seine Frau. Diese macht ihm weiß, daß es ein Gespenst sey, und ihr Mann geht mit ihr, um es zu beschwören, worauf das Klopfen aufhört. — Petronella versteckt bei der Rückkehr ihres Mannes ihren

Liebhaber in ein Faß. Da der Mann sagt, daß er das Faß verkauft habe, erwiedert sie, sie habe es um einen noch höhern Preis an Einen verkauft, der sich eben darin befinde, um zu sehen, ob es auch wasserdicht sey. Worauf der Liebhaber herauskommt, dem Manne gebietet, ihm das Faß abzuliefern, und es mit nach Hause nimmt. — Bruder Rinaldo vergnügt sich mit seiner Gevatterin; ihr Mann ertappt ihn in ihrer Kammer; sie machen ihm aber weiß, daß er dem Kinde die Würmer vertreibe. Ein Eifersüchtiger hört, als Geistlicher verkleidet, die Beichte seiner Frau, in welcher sie ihm gesteht, daß sie einen Priester liebe, der sie jede Nacht besuche. Indem darauf der Eifersüchtige deßwegen vor seiner Thüre Schildwacht steht, läßt sie ihren Liebhaber vom Dach herein zu sich kommen, und vergnügt sich mit ihm. — Madonna Isabella wird, indem sie ihren Liebhaber Leonetto bei sich hat, von Herrn Lambertuccio überrascht. Bald darauf kommt auch ihr Mann nach Hause. Lambertuccio muß ihm mit gezücktem Dolche entgegenlaufen und davonreiten, und ihr Gemahl begleitet den Leonetto nach Hause. — Lodovico entdeckt Frau Beatricen seine Liebe. Diese schickt ihren Mann Egano in ihrer Kleidung in den Garten, und vergnügt sich mit Lodovico, welcher sich dann aufmacht, und den Egano im Garten durchprügelt u. s. w.

Weihnachtsgeschenk für Knaben!

Historische und malerische **Wanderungen in Griechenland**. Kriegs- und Reisescenen aus dem 19ten Jahrhundert. Nach den Schilderungen von Blaquiere, Castellan, Chandler, Clarke, Iken, Klüber, Müller, Pouqueville, Predl, Quin, Raffenel, Squire, Thiersch,

Tietz, Boutier u. A. Herausgegeben von Professor Dr. J. M. Braun. Mit zwölf englischen Stahlstichen. 450 Seiten elegant gebunden. Preis früher 4 fl. 30 kr. oder 2 Thlr. 12 sgr. Für die Abnehmer der Parlamentsbücher nur 1 Thlr. — 1 fl. 48 kr. — Inhalts-Verzeichniß. Scenen aus dem Befreiungskampfe der Griechen gegen die Türken in den Jahren 1821 bis 29. 1. Erster Ausbruch der Revolution. — 2. Hinrichtungen in Konstantinopel. — 3. Unglücklicher Ausgang des Kampfes in der Moldau. — 4. Kriegsscenen. — 5. Die Belagerung von Tripolizza. — 6. Belagerung von Patras, Einnahme von Tripolizza. — 7. Belagerung und Uebergabe von Corinth. — 8. Das Blutbad auf Chios. — 9. Belagerung und Einnahme Athens. — 10. Erste Belagerung von Missolunghi. — 11. Nächtlicher Ueberfall des türkischen Lagers durch Bozzaris. Sein Tod und Begräbniß. — 12. Dritte, vierte und fünfte Belagerung und Einnahme von Missolunghi. — 13. Gefechte zur See; Siege des Miaulis; Feldzug des Odisseus; Blutscenen auf Kreta. — 14. Die Seeschlacht von Navarino. — 15. Niederlage der Griechen vor Athen. Vorfälle zur See. Lord Cochrane, Oberbefehlshaber der griechischen Flotte. Bürgerkrieg in Nauplia. Ernennung des Grafen Capodistrias zum Präsidenten. — 16. Griechenland unter der Verwaltung des Grafen Capodistrias, bis zu dessen Ermordung. — 17. Griechenland unter König Otto. Reisen in Griechenland. — 1—10. Aus Pouqueville's Reisen. Klima in Morea. — Zustand der Künste und Gewerbe in Morea. — Physische Beschaffenheit des Volkes. — Erziehung der Kinder. Beschäftigung der Jugend. — Spiele. — Tänze. — Gesang und Musik. — Sprüchwörter. — Feste. — Religionsgebräuche. — Priester. — Aberglaube. — Eitelkeit. — Leichenfeierlichkeit. — Prozesse. — 11. Schilderung der Griechen von Gottfried Müller, einem Philhellenen. — 12. Die Insel Hydra. — 13. Die Insel

Spezzia. — 14. Ruinen von Sparta, jetzt Mistra. — 15. Das alte Athen. — 16. Athen und Korinth im Jahr 1834. — 17—19. Auszug aus Tietz Skizzen aus Griechenland. 1. Nauplia. 2. Die Umgegend von Nauplia. Die griechische Wasserweihe. Kaffeehäuser. 3. Lebensart in Nauplia. — 20. Die Ebene von Marathon. — 21. Die Ersteigung des Parnaß. Besuch von Delphi. — 22. Der Berg Oleno. — 23. Der Olymp und das Tempethal. — 24. Arkadien. — 25. Einzug der bairischen Truppen in Athen. Bildungs-Anstalten, Literatur und Dichtkunst des neuen Griechenlands. — Vermischtes. — Die Stahlstiche gehören zu den schönsten existirenden, und werden in den ersten Abdrücken geliefert, so daß sie allein den Preis von 1 Thlr. werth sind.

Sechs Tausend Sprüchwörter und Redensarten, broschirt 48 kr. = 15 sgr. Noch war bisher keine Sammlung vorhanden, in der sich wie hier der Kern aller deutschen Sprüchwörter zusammengedrängt fand, und die damit einen so billigen Preis verband. Die alphabetische Einrichtung erleichtert das Auffinden der Gegenstände, und erhöht die Brauchbarkeit des Buchs. Es folgen hier als Belege für die Vollständigkeit einige Angaben aus dem Inhalt. Man findet z. B. über Ehre 12 Sprüchwörter, über Geld 43, über Fuchs 21, Esel 18, Glück 39, Gott 70, Hand 34, Herr 30, Herz 17, Hund 54, Katze 38, Kind 27, Leute 32, Liebe 48, Mann 40, Narr 48, Noth 24, Ohr 22, Pfaffe 21, Pferd 29, Recht 25, Reich 19, Spiel 29, Tag 19, Teufel 57, Tod 23, Vogel 27, Wahrheit 18, Weib 57, Wein 31, Wille 17, Wirth 15, Wolf 24, Wort 50, Zeit 45 u. s. w. Das Buch bildet gewissermaßen den Inbegriff alles deutschen Witzes; es enthält die größten Weisheitslehren, Erfahrungssätze und Sentenzen aller Zeiten, für

jedes Alter und jeden Stand im bescheidensten Gewande, so daß ihm in dieser Beziehung nichts Aehnliches an die Seite gestellt werden kann.

Echte und wahrhafte Feen-Mährchen. Neue Bearbeitung. 2 Thle.; broschirt; auf Velinpapier mit Kpfn. 36 kr. = 12 sgr. Rothkäppchen. — Lili und Fränzel oder die Feen. — Blaubart. — Die schlafende Schöne. — Die gestiefelte Katze. — Aschenbrödel. — Ruprecht mit der Kuppe. — Der kleine Däumling. — Prinzessin Schöngestirn. — Eselshaut. — Der Frosch mit dem rothen Käppchen. — Die weiße Katze. Der Delphin. Perthartte und Ferandine. — Constanz und Constanze, oder das Taubenpaar.

Arabische Mährchen der 1001 Nacht. Neue Bearbeitung. 2 Thle.; broschirt; auf Velinpapier mit Kpfn. 36 kr. = 12 sgr. Der Kaliph und sein Wessir. — Basem, der Grobschmied. — Geschichte Bohetzads und seiner zehn Wessire. — Illage-Mohamed. — Abosaber. — Bahar Kan. — Der Sultan und sein Wessir. — Wiedervergeltung. — Der Cadi. — Der Pedant. — Die schwarzen Sklaven. — Des alten Mannes Gebet. — Dankbarkeit. Man ersieht aus dieser Inhaltsanzeige, daß von den beliebten Feen-Mährchen nur die berühmtesten aufgenommen wurden. Ebenso wurden von den arabischen Mährchen nur die unterhaltendsten gewählt, wie denn die Geschichte des Kaliphen von Bagdad Harun al Raschid und Bohetzads und seiner zehn Wessire zu den besten Erzeugnissen der orientalischen Mährchenwelt gehören. Bei der Herausgabe ist die Bestimmung des Buches, eine unterhaltende Jugendschrift zu liefern, stets im Auge behalten worden, so daß dasselbe, und weil die Erzählungen jedes Alter ansprechen, ein wahres Familienbuch genannt zu werden verdient.

Dramatisches Potpourri. Auswahl komischer Scenen und Gesänge aus den beliebtesten Lustspielen, Possen, Vaudevilles, Travestieen u. s. w. 4 Theile in einem Band 48 kr. = 15 sgr. Inhalt. Fröhlich, Vaudeville. — Lumpaci Vagabundus, oder das liederliche Kleeblatt, Zauberposse. — Der Bär und der Bassa. — Hamlet, eine Karrikatur in Knittelreimen. — Die travestirte Jungfrau von Orleans. — Pachter Feldkümmel, von Kotzebue. — Carolus Magnus, von Kotzebue. — Schülerschwänke, oder die kleinen Wilddiebe. Vaudevill. — Gesänge aus den Schneidermamsels. Vaudeville. — Die Wiener in Berlin. — Sieben Mädchen in Uniform. — Preziosa. — Das Fest der Handwerker. —

Theaterbesuchern wird diese Auswahl der ansprechendsten Scenen aus den beliebtesten Vaudevilles, Lustspielen u. s. w. eine willkommene Erscheinung seyn.

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Wolff, Christian von

Deutsche Parlaments-Bücher

Bd.: 2,1

Stuttgart 1848

J.publ.g. 576 d-1,1/2,3
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10560669-7